



# Staat und Wirtschaft in Hessen

STATISTIK HESSEN

Heft Nr. 9, September 2012

67. Jahrgang



- Fortschrittsbericht 2012 zur Nachhaltigkeitsstrategie Hessen: Entwicklung der Zielindikatoren
- Daten zur Wirtschaftslage
- 10 Jahre Forschungsdaten für die Wissenschaft
- Hessischer Zahlenspiegel

## Inhalt

<b>Ganz kurz</b>	190
<b>Nachhaltige Entwicklung</b>	
Fortschrittsbericht 2012 zur Nachhaltigkeitsstrategie Hessen: Entwicklung der Zielindikatoren. Von <i>Till Lachmann</i>	191
<b>Daten zur Wirtschaftslage</b>	205
<b>Allgemeines</b>	
10 Jahre Forschungsdaten für die Wissenschaft – zum zehnjährigen Bestehen der Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik. Von <i>Alexander Richter</i>	218
<b>Bevölkerung</b>	
Bevölkerungszunahme in Hessen 2011 überwiegend durch hohe Zuwanderung aus Polen, Rumänien und Bulgarien. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i>	223
<b>Hessischer Zahlenspiegel</b>	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit . . . . .	226
Soziales, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung . . . . .	227
Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel . . . . .	228
Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel . . . . .	229
Tourismus, Verkehr . . . . .	230
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern . . . . .	231
Verdienste . . . . .	232
<b>Buchbesprechungen</b>	Seite 236 und Umschlagseite 3

## Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)  
ISSN 1616 – 9867 (Digital)  
Copyright: © **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2012**  
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.  
Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37  
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890  
E-Mail: [vertrieb@statistik-hessen.de](mailto:vertrieb@statistik-hessen.de) – Internet: [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)  
Schriftleitung: Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37, Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804  
Haus-/Lieferanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden  
Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden  
Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,50 Euro (Doppelheft 13,00 Euro), Jahresabonnement 66,30 Euro  
(jew. inkl. Versandkosten)  
E-Mail-Versand: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 8,80 Euro)  
Jahrgangs-CD-ROM: 33,30 Euro, (inkl. Versandkosten)  
Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt



## Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807; E-Mail: [info@statistik-hessen.de](mailto:info@statistik-hessen.de)

## Zeichen

–	= genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0	= Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
.	= Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
...	= Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
( )	= Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/	= keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
X	= Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsdaten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D	= Durchschnitt.
s	= geschätzte Zahl.
p	= vorläufige Zahl.
r	= berichtete Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsdaten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsdaten und Salden sind ohne Vorzeichen.  
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.



# Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

## 9 · 12

67. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



## Mehr Ärzte an hessischen Krankenhäusern

Am Jahresende 2011 waren an den 174 hessischen Krankenhäusern 10 400 hauptamtliche Ärzte beschäftigt, 420 Personen oder 4,2 % mehr als ein Jahr zuvor. Der Zuwachs betrug – gemessen in Vollzeitkräften – 350 Stellen oder 3,9 %. Rund 2000 der hauptamtlichen Ärzte (19 %) waren teilzeit- oder geringfügig beschäftigt; knapp drei Viertel davon waren Ärztinnen. Neben den hauptamtlichen Medizinern waren in den Krankenhäusern 760 Belegärzte tätig. Die personell größte Gruppe bilden die 7300 Assistenzärztinnen und -ärzte (70 %). Daneben waren in den hessischen Krankenhäusern rund 2200 Oberärzte und -ärztinnen sowie 920 leitende Ärzte/Ärztinnen beschäftigt. 46 % aller hauptamtlichen Mediziner waren Frauen. Betrachtet man die jeweilige Stellung der Ärzte, so nimmt der Frauenanteil mit steigender Hierarchieebene ab. So waren 56 % aller Assistenzärzte weiblich; bei den Oberärzten (27 %) und den leitenden Ärzten (gut 9 %) war der Frauenanteil erheblich geringer. Die Untergliederung der Ergebnisse nach der Gebiets- und Schwerpunktbezeichnung der hauptamtlichen Ärzte zeigt, dass die meisten der hauptamtlichen Ärzte und Ärztinnen in der Inneren Medizin praktizierten (13 %), gefolgt von der Anästhesiologie (9 %) und der Chirurgie (8 %).

## Aufenthalt im Krankenhaus kurz wie nie

Vollstationär in hessischen Krankenhäusern aufgenommene Patienten wurden im Jahr 2011 bereits nach 7,7 Tagen (2010: 7,9 Tage) wieder entlassen. Die Verweildauer war damit so kurz wie noch nie: Seit dem Beginn der Krankenhausstatistik im Jahr 1990 ist diese Zeitspanne stetig gesunken; damals dauerte ein Krankenhausaufenthalt im Durchschnitt noch etwas über 13 Tage. Im Jahr 2011 wurden in den 174 hessischen Krankenhäusern 1,3 Mill. Patienten vollstationär behandelt, knapp 28 000 mehr als im Vorjahr. Daneben stieg die Zahl der Behandlungstage um 50 000 auf rund 10,07 Mill. Rein rechnerisch waren 213 Krankenhausaufenthalte auf 1000 Einwohner zu verzeichnen. Für die Versorgung der Bevölkerung standen im Jahr 2011 in Hessens Krankenhäusern insgesamt 35 940 aufgestellte Betten zur Verfügung (2010: 35 840). Die Bettenauslastung entsprach mit fast 77 % fast dem Vorjahrsniveau.

## Armutsgefährdung der Hessen geringer als im Bundesdurchschnitt

Im Jahr 2011 bestand für 12,7 % der hessischen Bevölkerung eine Gefährdung durch relative Armut. Das entspricht etwa jedem achten Hessen. Die Ergebnisse des

Mikrozensus 2011 zeigen, dass der Anteil der von Armut Gefährdeten in Hessen 2,4 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 15,1 % lag. Lediglich in Baden-Württemberg (11,2 %) und in Bayern (11,3 %) waren weniger Personen von Armut bedroht. Wie in den meisten anderen Bundesländern lag die Armutsgefährdung der Menschen in Hessen über dem Niveau des Jahres 2010 (Hessen: 12,1 %). Im längerfristigen Vergleich hat das Armutsrisiko wieder den Wert des Jahres 2005 erreicht, als erstmals Ergebnisse zur Armutsgefährdung aus dem Mikrozensus berechnet wurden. Entsprechend einer EU-Konvention gelten Menschen als armutsgefährdet, wenn ihnen weniger als 60 % des mittleren Einkommens (Median) der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Demnach galten im Jahr 2011 Einpersonenhaushalte mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 848 Euro als armutsgefährdet. An dieser Armutsgefährdungsschwelle (Bundesmedian), die für den Bund und die Länder einheitlich ist, orientieren sich die hier dargestellten Quoten. Erwerbslose mussten besonders häufig mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle auskommen. Mit rund 47 % war beinahe jeder Zweite ohne Job von Armut bedroht, von den Erwerbstätigen hingegen nur jeder Fünfzehnte (6,7 %). Geringqualifizierte trugen mit einem Anteil von gut 26 % ebenfalls ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. War der Geringqualifizierte gleichzeitig Haupteinkommensbezieher in einem Mehrpersonenhaushalt, stieg das Armutsrisiko auf 35 %. Hochqualifizierte hingegen trugen mit 4,4 % ein deutlich geringeres Armutsrisiko. Neben dem Erwerbsstatus hat die Zusammensetzung eines Haushalts Einfluss auf die Armutsgefährdung der darin lebenden Personen. Häufig von Armut gefährdet waren Alleinerziehende mit Kindern (35 %) sowie Familien mit 3 oder mehr minderjährigen Kindern im Haushalt (18 %). Aber auch gut jeder fünfte Einpersonenhaushalt (21 %) war einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Haushalte mit 2 oder mehr Erwachsenen ohne Kinder sowie kleinere Familien mit 1 oder 2 Kindern trugen ein deutlich geringeres Armutsrisiko (zwischen 8 und 10 %). Besonders jüngere Menschen waren überdurchschnittlich oft von Armut gefährdet. Annähernd jedes siebte Kind unter 18 Jahren (15 %) und jeder fünfte junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren (20 %) waren armutsgefährdet. Bei den 50- bis unter 65-Jährigen hingegen traf dies nur auf 10 % zu. Im Rentenalter lag die Armutsgefährdungsquote mit 12,6 % im Durchschnitt der hessischen Gesamtbevölkerung. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund war zudem mit einem Anteil von 23 % mehr als doppelt so häufig von Armut betroffen wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (9,2 %). Diese und weitere umfangreiche Daten zu Armuts- und Sozialindikatoren sowie detaillierte methodische Erläuterungen finden Sie im Internet-Angebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter [www.amtliche-sozialberichterstattung.de](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de).

## Fortschrittsbericht 2012 zur Nachhaltigkeitsstrategie Hessen: Entwicklung der Zielindikatoren

Im Mai 2012 gab das Hessische Statistische Landesamt (HSL) die Publikation „Nachhaltigkeitsstrategie Hessen – Ziele und Indikatoren; Fortschrittsbericht 2012“ heraus<sup>1)</sup>. Der Fortschrittsbericht ist Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie der Hessischen Landesregierung und bildet in diesem Kontext den Entwicklungsprozess des Landes Hessen in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung ab. Er baut dabei auf dem ersten Indikatorenbericht vom April 2010<sup>1)</sup> auf und stellt die für die Nachhaltigkeitsstrategie ausgewählten knapp 40 Ziel- und Reportingindikatoren, gegliedert nach den 3 Säulen „Ökonomie“, „Ökologie“ und „Soziales“, dar. Für die 14 Zielindikatoren werden neben den Zeitreihen auch die zu erreichenden Zielwerte – i. d. R. für das Jahr 2020 – und der aktuelle Entwicklungsstatus abgebildet. Im Folgenden wird auf wesentliche Inhalte dieser Publikation eingegangen, und zwar zunächst auf die Weiterentwicklung des Indikatorensets seit Erscheinen des ersten Indikatorenberichts von 2010 und im Anschluss daran auf die Entwicklung der Zielindikatoren. Dabei werden zum einen die einheitliche Berechnung des Status dieser Indikatoren im Hinblick auf die Erreichung der beschlossenen Ziele sowie die entsprechenden Ergebnisse dargestellt und zum anderen exemplarisch ausgewählte Zielindikatoren aus allen 3 Säulen näher betrachtet. Hierbei werden auch 2 neue Zielindikatoren mit Angaben aus externen Datenquellen vorgestellt.

### Entwicklung des Indikatorensets: Ziele und Indikatoren stehen weitgehend fest

Als der Indikatorenbericht von 2010 zur Nachhaltigkeitsstrategie im April 2010 erschien, bestand bei einigen Indikatoren noch Klärungsbedarf bzgl. der Definition und/oder der Zielfestlegung. Im Auftrag der Nachhaltigkeitskonferenz, dem obersten Entscheidungsgremium der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen unter dem Vorsitz des hessischen Ministerpräsidenten, oblag der Task Force „Ziele und Indikatoren“ unter dem Vorsitz des damaligen Präsidenten<sup>2)</sup> des HSL sowie ihren Expertengruppen die Aufgabe, die offenen Fragen zu klären. Die seitdem gewonnenen Ergebnisse wurden der Nachhaltigkeitskonferenz zur Entscheidung vorgelegt. Auf den Sitzungen im Mai 2010 und Juni 2011 beschloss die Nachhaltigkeitskonferenz die Ziele und Definitionen der folgenden bis dahin „offenen“ **Zielindikatoren**:

- Indikator Z8 „Modal Split“: Neben dem bereits bestehenden Teilziel, dass eine nachhaltigere Gestaltung des Motorisierten Individualverkehrs – ohne Vorgabe eines Zielwertes – gefördert werden soll (dies könnte etwa durch eine bessere Energieeffizienz oder durch die Verwendung von alternativen Kraftstoffen realisiert werden), gilt nun für den Modal Split – der

Indikator gibt für die zurückgelegten Wege die prozentuale Aufteilung der Wege auf die Verkehrsmittel an – das neue Teilziel „50:50-Aufteilung des Modal Splits“. Dies bedeutet konkret, dass ein Anstieg des Anteils der in Hessen mit dem Öffentlichen Personenverkehr<sup>3)</sup>, mit dem Fahrrad und zu Fuß zurückgelegten Wege an den Wegen insgesamt von 42 % im Jahr 2008 auf 50 % im Jahr 2020 erreicht werden soll. Nach Ansicht der zur Klärung des Indikators eingesetzten Projektgruppe von Verkehrsexperten erscheint die Realisierung des Ziels durch die Umsetzung geeigneter Maßnahmen und durch allgemeine Entwicklungen (u. a. steigendes Umweltbewusstsein, Preisanstieg der Kraftstoffe) erreichbar.

- Indikator Z9 „Siedlungs- und Verkehrsfläche“: Es gilt nun eine von der Projektgruppe „Nachhaltiges Flächenmanagement“ und deren Arbeitsgruppen entwickelte Zielvorgabe für die sukzessive Reduktion der Flächeninanspruchnahme. Demnach ist der tägliche Zuwachs der hessischen Siedlungs- und Verkehrsfläche ab 2012 auf 3,1 ha, ab 2016 auf 2,8 ha und ab 2020 auf 2,5 ha zu begrenzen. Dies kann unter Beteiligung von Planungsinstitutionen, Verbänden und weiteren wichtigen Akteuren wie Kommunen erreicht werden.
- Indikator Z10 „Artenvielfalt“: Aufbauend auf Auswertungen von vorliegenden Daten aus der jährlichen Bestandserfassung von ausgewählten Vogelarten in den wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen, legte ein Gremium aus Vogelschutzexperten für jede einzelne Vogelart und damit für jeden Landschafts-

1) Die Printversion ist zum Preis von 14,00 Euro (einschl. Versandkosten) beim Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden oder per E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de erhältlich. Die elektronische Version kann als PDF-Datei kostenfrei im Internet unter [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de) heruntergeladen werden.

2) Seit Mai 2012 hat den Vorsitz die jetzige Präsidentin des HSL, Frau Dr. Figgener.

3) Einschl. nicht näher definierter „Anderer Hauptverkehrsmittel“ und einschl. Taxi.

und Lebensraumtyp sowie für Hessen insgesamt einen geltenden Bestandszielwert für das Jahr 2020 fest, der bei zügiger Umsetzung europäischer und nationaler rechtlicher Naturschutzregelungen und der Einhaltung von Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung erreicht werden kann (mehr dazu auf S. 200 f.).

- Indikator Z15 „Internationale Entwicklung und Zusammenarbeit“: In Zusammenarbeit mit dem 2004 gegründeten Entwicklungspolitischen Netzwerk e. V. (EPN Hessen) möchte das Land Hessen das bereits bestehende Engagement hessischer Bürger, Vereine und Verbände, sich für die Belange der sogenannten Dritten Welt einzusetzen, weiter ausbauen. In diesem Zusammenhang wird der Anstieg der Mitgliederzahl des EPN Hessen auf 135 im Jahr 2020 angestrebt (mehr dazu auf S. 203 f.).

Für die Darstellung des **Reportingindikators** „Fachkräfteverfügbarkeit“ lagen im Indikatorenbericht von 2010 noch keine geeigneten Angaben vor. Inzwischen können dafür die Ergebnisse aus einer Umfrage der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main zur Fachkräftenachfrage bzw. zum -angebot herangezogen werden.

Mit den gewonnenen Ergebnissen wurden somit deutliche Fortschritte bei der Vervollständigung bzw. Konkretisierung des Indikatorensets zur nachhaltigen Entwicklung in Hessen gemacht.

Über die Entwicklungslinien der Indikatoren des Indikatorensets berichtet das HSL in zweijährlichem Turnus. Der nächste Fortschrittsbericht ist für Frühjahr 2014 geplant. Derzeit ist noch nicht absehbar, ob bis dahin die Fragen bei den folgenden noch „offenen“ Indikatoren bzgl. der Ziel- bzw. Definitionsfestlegung gänzlich geklärt werden können.

### Ziel- und Reportingindikatoren zur nachhaltigen Entwicklung in Hessen nach Säulen

Lfd. Nr.	Indikator Kurzbezeichnung	Lfd. Nr.	Indikator Kurzbezeichnung
<b>Zielindikatoren</b>		<b>Noch: Reportingindikatoren</b>	
<b>Ökonomie</b>		<b>Noch: Ökonomie</b>	
Z1	Energieproduktivität	R4	Energieversorgungssicherheit <sup>4)</sup>
Z2	Erwerbstätigenquote nach Alter	R5	Fachkräfteverfügbarkeit
Z3	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	R6	Gewerbeanzeigen
Z4	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen <sup>1)</sup>	R7	Ausbildungsquote
Z5	Finanzierungssaldo	R8	Erwerbstätigenquote nach Alter und Migrationsstatus
<b>Ökologie</b>		R9	Öffentliche Schulden
Z6	Treibhausgasemissionen	<b>Ökologie</b>	
Z7	Erneuerbare Energien	R10	Gütertransportintensität
Z8	Modal Split	R11	Zufriedenheit mit dem ÖPNV-Angebot <sup>2)</sup>
Z9	Siedlungs- und Verkehrsfläche	R12	Radwegenetz
Z10	Artenvielfalt	R13	Schadstoffbelastung der Luft nach 3 Schadstoffen
<b>Soziales</b>		R14	Ökologischer Landbau
Z11	Adipositas bei Kindern	R15	Waldzustand
Z12	Ausländische Schulabgänger mit Schulabschluss	R16	Landschaftszerschneidung
Z13	Bildungsgerechtigkeit <sup>2)</sup>	<b>Soziales</b>	
Z14	18- bis unter 25-Jährige ohne bzw. mit niedrigem Abschluss	R17	Ganztagesbetreuung für Kinder
Z15	Entwicklung und Zusammenarbeit	R18	Einbürgerungen von Ausländern
<b>Reportingindikatoren</b>		R19	Index zur Messung von Integration <sup>5)</sup>
<b>Ökonomie</b>		R20	18- bis unter 25-Jährige ohne bzw. mit niedrigem Abschluss nach Migrationsstatus
R1	Rohstoffproduktivität	R21	25- bis unter 35-Jährige mit abgeschlossener Hochschulbildung
R2	Umweltschutzinvestitionen bei Betrieben (Verarbeitendes Gewerbe)	R22	Lebenslanges Lernen
R3	Preisstabilität der Energieversorgung <sup>3)</sup>	R23	Öffentliche Ausgaben für Bildung
		R24	Öffentliche Leistungen für Entwicklungszusammenarbeit
<p>1) Dieser Indikator soll durch einen neuen Indikator ersetzt werden, der der Thematik „Nachhaltige Wirtschaftsleistung“ eher entspricht. — 2) Dieser Indikator muss noch von einer Expertengruppe konkretisiert und von der Nachhaltigkeitskonferenz verabschiedet werden. — 3) In einer Expertengruppe wurde die Ergänzung des bestehenden Indikators durch einen weiteren Teilindikator diskutiert; hierfür wird von der Expertengruppe nun der Teilindikator „Strompreise für die Industrie“ vorgeschlagen. Die Nachhaltigkeitskonferenz entscheidet noch darüber. — 4) In einer Expertengruppe wurde die Ersetzung des bestehenden Indikators durch den Indikator „Nichtverfügbarkeit von Strom bei Letztverbrauchern“ vorgeschlagen. Die Nachhaltigkeitskonferenz entscheidet noch darüber. — 5) Dieser Indikator kann nicht mehr aktualisiert werden und wird deshalb gestrichen. Dafür wird zukünftig der Zielindikator Z14 „18 bis unter 25-Jährige ohne bzw. mit niedrigem Abschluss“ auch detailliert nach dem Migrationsstatus dargestellt.</p>			

- Zielindikator Z1 „Nachhaltige Wirtschaftsleistung“: Es wird angestrebt, den aktuellen Zielindikator „Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen“ durch einen neuen Indikator „Nachhaltige Wirtschaftsleistung“ zu ersetzen, der nach Möglichkeit auch Wohlstandsgesichtspunkte und damit Nachhaltigkeitsaspekte umfassen soll. Auf europäischer und nationaler Ebene arbeiten viele Arbeitsgruppen an der Entwicklung eines solchen Indikators; auf europäischer Ebene werden die entsprechenden Initiativen unter dem Begriff „GDP and beyond“ zusammengefasst. Das HSL verfolgt diese Entwicklungen, um zu gegebener Zeit die Arbeiten an einem entsprechenden hessischen Indikator aufzunehmen.
- Zielindikator Z13 „Bildungsgerechtigkeit“: Im Indikatorenbericht von 2010 wurden für diesen Indikator provisorisch die Chancen des Gymnasialbesuchs von Schülern aus unterschiedlichen Sozialschichten anhand der Ergebnisse von PISA-Studien miteinander verglichen. Dieser Indikator kann u. a. mangels Datenverfügbarkeit nicht mehr nach dieser Definition gebildet werden. Eine Expertengruppe ist derzeit dabei, einen neuen, aber ähnlichen Indikator zu definieren und einen entsprechenden Zielwert festzulegen. Jedoch erfordern die Beschaffung von Datenbeständen, die auf einem Ländervergleich der Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss basieren, und die Auswertungen für eine geeignete Zielvorgabe einen hohen Zeitaufwand. Weitere Auswertungen stehen bald zur Verfügung; auf deren Basis soll die Zielfestlegung erfolgen.
- Reportingindikator R11 „Zufriedenheit mit dem ÖPNV-Angebot“: Für diesen Indikator liegen bisher noch keine ausreichenden Informationen vor. Die mögliche Verwendung von Daten hessischer Verkehrsverbände wird noch geprüft.

Die Übersicht auf S. 192 bietet einen Überblick über den derzeitigen Stand des Sets aus Ziel- und Reportingindikatoren.

### Ermittlung des Status der Zielindikatoren

Die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen ist durch eine enge Verzahnung des strategischen Dachs mit Zielen und Indikatoren auf der einen und der konkreten Maßnahmenebene auf der anderen Seite gekennzeichnet. Sie ist somit langfristig angelegt. Die Frage, inwieweit sich Hessen in Richtung der vereinbarten Ziele bewegt – i. d. R. wurde das Jahr 2020 als Zieljahr festgelegt – macht eine regelmäßige Berichterstattung bzw. Erfolgsmessung erforderlich. Diesem Zweck dient die im Folgenden dargestellte Berechnung des Status der Zielindikatoren. Diese erfolgt nach einheitlicher Methode für alle Zielindikatoren und bietet einen schnellen Überblick über den Sta-

tus der Indikatoren im Hinblick auf die Erreichung der beschlossenen Ziele. Dabei orientiert sie sich an der Methodik des Statistischen Bundesamtes zur Ermittlung des Status der Indikatoren im Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Auch die einfache Ergebnisdarstellung mit Hilfe von Wettersymbolen wurde übernommen.

Grundlage der Berechnung ist die durchschnittliche jährliche Veränderung der Indikatoren in den letzten 5 Berichtsjahren (eine abweichende Anzahl der Berichtsjahre liegt bei den Indikatoren Z1 „Energieproduktivität“, Z3 „Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung“, Z8 „Modal Split“ und Z10 „Artenvielfalt“ vor). Davon ausgehend wurde statistisch berechnet, welcher Wert bei unveränderter Fortsetzung dieser Entwicklung im Zieljahr erreicht werden würde. Der Abstand zwischen dem Zielwert und diesem fortgeschriebenen Wert wird ins Verhältnis gesetzt zur zurückzulegenden Wegstrecke insgesamt. Mit diesem Anteil der noch verbleibenden Wegstrecke erfolgt eine Einteilung der Indikatoren in 4 Gruppen (s. u.).

Es handelt sich dabei nicht um eine Prognose. Die Wirkung von Maßnahmen, die zum Ende des Beobachtungszeitraums des Fortschrittsberichts beschlossen wurden, sowie zusätzliche Anstrengungen der Akteure in den Folgejahren bleiben unberücksichtigt. Die tat-

### Statusgruppen im Überblick

	Zielwert des Indikators ist erreicht oder verbleibende „Wegstrecke“ würde bei unveränderter Fortsetzung der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung bis zum Zieljahr bewältigt (Anteil der verbleibenden Wegstrecke an der Wegstrecke insgesamt kleiner als 5 %).
	Indikator entwickelt sich in die richtige Richtung, aber im Zieljahr verbliebe bei unveränderter Fortsetzung der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung noch eine verbleibende Wegstrecke von 5 bis 20 % der Wegstrecke insgesamt bis zur Erreichung des Zielwerts.
	Indikator entwickelt sich in die richtige Richtung, aber im Zieljahr verbliebe bei unveränderter Fortsetzung der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung noch eine verbleibende Wegstrecke von mehr als 20 % der Wegstrecke insgesamt bis zur Erreichung des Zielwerts.
	Indikator entwickelt sich in die falsche Richtung, Wegstrecke zum Ziel würde sich bei unveränderter Fortsetzung der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung weiter vergrößern.

Lfd. Nr.	Indikator Kurzbeschreibung und -ziel <sup>2)</sup>
<b>Ökonomie</b>	
Z1	Anstieg des Energieproduktivitätsindex (Verhältnis der Messzahl „Bruttoinlandsprodukt“ zur Messzahl „Primärenergieverbrauch“) auf 200 im Jahr 2020
Z2	a) Anstieg des Anteils der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung gleichen Alters auf 75 % im Jahr 2020 b) Anstieg des Anteils der Erwerbstätigen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung gleichen Alters auf 57 % im Jahr 2020
Z3	Anstieg des Anteils der privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt auf 3,0 % im Jahr 2010
Z4	Beibehalten des Abstands des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt, verkettet, Referenzjahr 2000) je Erwerbstätigen (in Euro) von Hessen und Deutschland zum Stand von 2008 (7700 Euro je Erwerbstätigen)
Z5	Senkung des Finanzierungssaldos (Differenz zwischen bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben) des Landeshaushalts auf Null bis 2020
<b>Ökologie</b>	
Z6	Senkung des Indexes der Treibhausgasemissionen auf 60 im Jahr 2020
Z7	Anstieg des Anteils der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch der Industrie, der Haushalte und der übrigen Verbraucher auf 20 % im Jahr 2020
Z8	Anstieg des Anteils der mit ÖFFA <sup>10)</sup> zurückgelegten Wege an den zurückgelegten Wegen insgesamt auf 50 % im Jahr 2020
Z9	Senkung der Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 2,5 ha/d im Jahr 2020
Z10	Anstieg des Indexes der Vogelartenbestände auf 100 im Jahr 2020
<b>Soziales</b>	
Z11	Senkung des Anteils der Kinder mit Adipositas an den Kindern insgesamt auf 2,4 % im Jahr 2020
Z12	Senkung des Abstands des Anteils der Schulabgänger mit Schulabschluss an den Schulabgängern insgesamt bei deutschen und nichtdeutschen Schulabgängern auf Null bis 2020 (IW in Prozentpunkten)
Z13	Bildungsgerechtigkeit — der Indikator ist noch nicht definiert.
Z14	Senkung des Anteils der 18- bis unter 25-Jährigen ohne bzw. mit niedrigem Abschluss an der Bevölkerung gleichen Alters auf 4,5 % im Jahr 2020
Z15	Anstieg der Zahl der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen im Entwicklungspolitischen Netzwerk e. V. (EPN Hessen) auf 135 im Jahr 2020
<p>1) Vollständige Zeitreihen für die Indikatoren können der genannten Publikation entnommen werden. — 2) Die detaillierten Indikatorbeschreibungen und Zielsetzungen können der Darstellung der jeweiligen Indikatoren in der genannten Publikation entnommen werden; diese enthält auch Hinweise wie Fußnoten etc. — 3) Grundlage der Statusberechnung ist i. d. R. die durchschnittliche jährliche Veränderung der Indikatoren in den letzten 5 Berichtsjahren. — 4) Wegen der Entwicklung am aktuellen Rand (Erläuterungen dazu sind in der genannten Publikation enthalten) wurde zur Ermittlung der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate und des statistischen Trends die Entwicklung des Indikators seit 1990 herangezogen. — 5) Zieljahr ist 2010. — 6) Aus Gründen der Datenverfügbarkeit wurde zur Ermittlung der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate und des statistischen Trends die Entwicklung des Indikators zwischen den Berichtsjahren 1999 und 2007 herangezogen. — 7) Hier handelt es sich nicht um Indikatorwerte, sondern</p>	

sächliche Entwicklung der Indikatoren kann also – in Abhängigkeit von veränderten politischen, wirtschaftlichen und anderen Rahmenbedingungen – im Zieljahr von der Fortschreibung abweichen. Die vorliegende grobe Einschätzung der weiteren Entwicklung der Indikatoren bis zum Zieljahr soll und kann die Analyse der jeweiligen Zeitreihen unter Berücksichtigung von Hintergrund- und Zusatzinformationen nicht ersetzen.

Zur Ermittlung der Beziehung zwischen den Merkmalen „Indikatorwert“ und „Zeit“ (Jahr) wurde der Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman verwendet. Daraus lässt sich der Grad (die Stärke) und die Richtung der Be-

ziehung zwischen beiden Merkmalen ablesen. Bei der Entwicklung von 2 Indikatoren (Z10 „Artenvielfalt“ und Z11 „Adipositas bei Kindern“) ist kein (deutlicher) statistischer Trend (in Richtung Zielwert) erkennbar oder berechenbar. Die Eingruppierung könnte in diesen Fällen mit größeren Unsicherheiten behaftet sein.

Die Liste der Zielindikatoren auf (s. o. und S. 195) führt für diese jeweils eine Kurzbeschreibung sowie die Zielfestlegung auf und stellt die Indikatorwerte ausgewählter, insbesondere jüngerer Berichtsjahre sowie die Ergebnisse der Berechnungen des Status und des Rangkorrelationskoeffizienten zusammen. Die auf das

in Hessen nach Säulen<sup>1)</sup>

Indikator- einheit	Erstes Berichts- jahr	Indikator- wert im ersten Be- richtsjahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Indikator- zielwert im Jahr 2020	Status <sup>3)</sup>	5- Jahres- Trend	Lfd. Nr.
<b>Ökonomie</b>												
1990 = 100	1990	100	114,9	137,9	118,2	135,5	.	.	200		ja <sup>4)</sup>	Z1
%	1991	67,4	68,3	69,3	70,3	70,8	71,2	.	75		ja	Z2
%	1991	41,9	49,9	52,0	53,7	56,5	56,9	.	57		ja	
%	1995	2,23	.	2,63	.	.	.	.	3,0 <sup>5)</sup>		ja <sup>6)</sup>	Z3
Euro	1991	8 700 <sup>7)</sup>	7 400 <sup>7)</sup>	7 200 <sup>7)</sup>	7 700 <sup>7)</sup>	7 600 <sup>7)</sup>	8 000 <sup>7)</sup>	.	7 700 <sup>8)</sup>		ja	Z4
Mill. Euro	1990	- 1 114	- 326	- 570	- 1 070	- 2 532	- 1 891	- 1 189	0	— <sup>9)</sup>	— <sup>9)</sup>	Z5
<b>Ökologie</b>												
1990 = 100	1990	100	89,4	83,7	85,4	.	.	.	60		ja	Z6
%	2003	4,6	5,5	6,2	6,4	7,3	.	.	20		ja	Z7
%	2002	40,1	.	.	42,1	.	.	.	50		ja <sup>11)</sup>	Z8
ha/d <sup>12)</sup>	1995	4,4 <sup>12)</sup>	3,3 <sup>12)</sup>	3,9 <sup>12)</sup>	3,6 <sup>12)</sup>	3,6 <sup>12)</sup>	3,6 <sup>12)</sup>	.	2,5		ja	Z9
2020 = 100	1994	81,7	79,1	76,5	74,4	69,2	.	.	100		nein <sup>13)</sup>	Z10
<b>Soziales</b>												
%	2002	4,8	4,7	4,7	4,3	4,4	4,8	.	2,4		nein	Z11
Prozent- punkte	1993	16,4 <sup>7)</sup>	9,6 <sup>7)</sup>	9,5 <sup>7)</sup>	7,4 <sup>7)</sup>	8,9 <sup>7)</sup>	8,4 <sup>7)</sup>	.	0 <sup>7)</sup>		ja	Z12
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	Z13
%	2005	14,7	14,7	13,8	12,4	11,3	11,7	.	4,5		ja	Z14
Anzahl	2004	31	62	70	76	80	84	.	135		ja	Z15
<p>um den Abstand von 2 (Indikator-)Werten. — 8) Dieser Zielwert gilt ab Festsetzung des Zielwerts zum Berichtsjahr 2008 für alle Folgejahre. — 9) Die starken Schwankungen des jährlichen Finanzierungssaldos erschweren eine Einschätzung der zukünftigen Entwicklung des Indikators bis zum Jahr 2020. Auf eine Aussage zum Status und zum statistischen Trend wird daher verzichtet. — 10) ÖFFA: Öffentlicher Personenverkehr, Fahrrad, Fußgänger und „Andere Hauptverkehrsmittel“. — 11) Aus Gründen der Datenverfügbarkeit wurde zur Ermittlung der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate und des statistischen Trends die Entwicklung des Indikators zwischen den Berichtsjahren 2002 und 2008 herangezogen. — 12) Hier als gleitender Vierjahresdurchschnitt dargestellt. — 13) Zur Ermittlung der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate und des statistischen Trends wurde die Entwicklung des Indikators zwischen den Berichtsjahren 2000 und 2009 herangezogen.</p>												

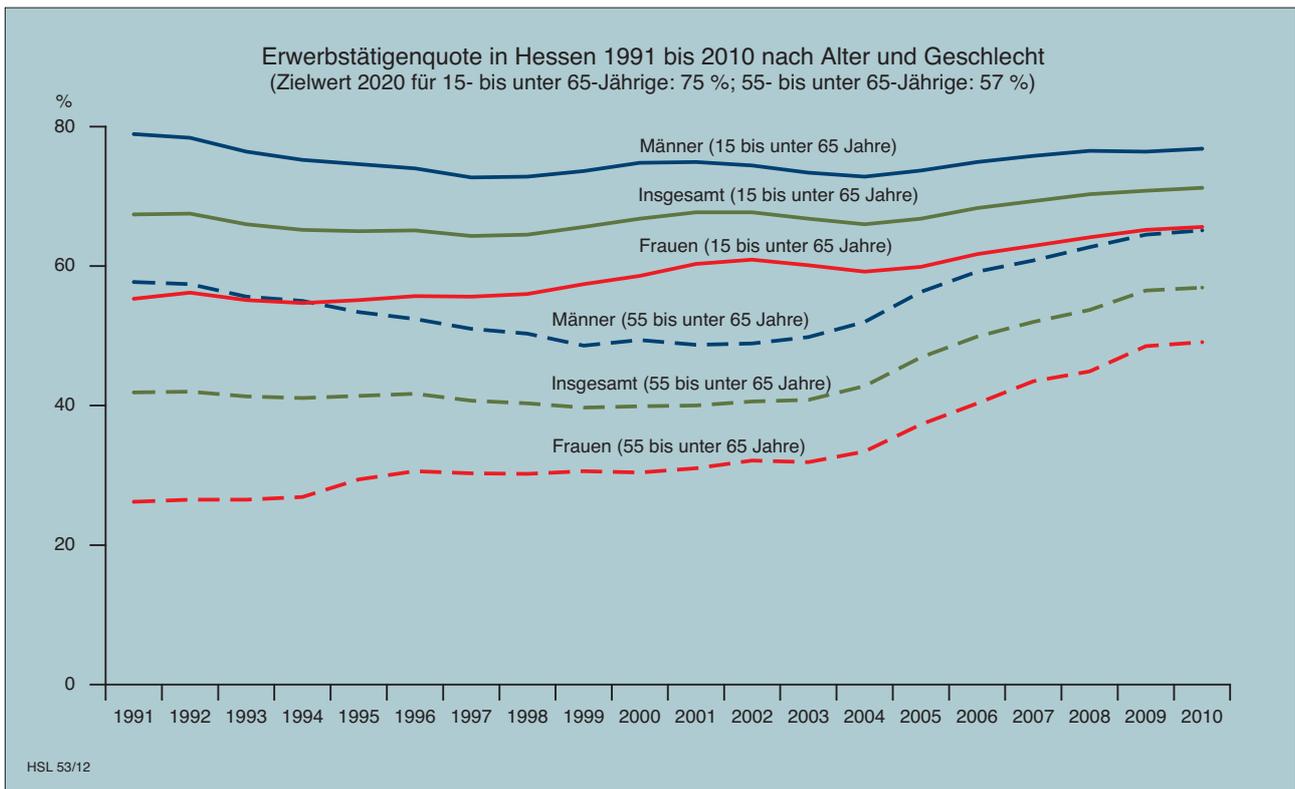
Erreichen der Ziele bezogene statistische Analyse von 13 Indikatoren ergibt, dass 3 Indikatoren sich sehr gut entwickelten und das Ziel bereits erreicht haben bzw. bei gleichbleibender Entwicklung im Zieljahr fast erreicht haben könnten. 2 weitere Indikatoren entwickelten sich insofern günstig, als im Zieljahr nur noch eine Wegstrecke zwischen 5 und 20 % bis zum jeweiligen Zielwert zurückzulegen wäre. Bei weiteren 6 Indikatoren wäre im Zieljahr noch eine Wegstrecke von mehr als 20 % bis zum Zielwert zurückzulegen, und 2 Indikatoren wiesen eine ungünstige Entwicklung auf. Bei 2 Zielindikatoren (Z5 „Finanzierungssaldo“ und Z13 „Bildungsgerechtigkeit“) konnte aus methodischen

Gründen keine Bewertung erfolgen. Insgesamt wurde demnach schon viel erreicht.

Die folgende Ausführung stellt exemplarisch aus jeder Säule je 2 Zielindikatoren, deren Sinn und Zweck sowie deren Entwicklung im Hinblick auf die Zielerreichung dar.

**Indikator Z2 „Erwerbstätigenquote nach Alter“: Ziel für 2020 bei den 55- bis unter 65-Jährigen bereits nahezu erfüllt**

Die Alterung der Bevölkerung dürfte langfristig zu einem Mangel an Arbeitskräften führen. Neben den absehbaren Problemen für die Unternehmen, die dem Mangel



an qualifiziertem Personal begegnen müssen, drohen die auf dem Generationenvertrag basierenden sozialen Sicherungssysteme in eine Schieflage zu geraten. Aufgrund der Verschiebung des Zahlenverhältnisses zwischen Rentnern und Beitragszahlern ist mit einer zunehmend schwierigeren Finanzierung dieser Systeme zu rechnen. Daher ist es erforderlich, künftig das vorhandene Arbeitskräftepotenzial der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis unter 65-Jährige) besser auszuschöpfen. Dies trifft nicht nur auf die Gesamtheit der Personen im erwerbsfähigen Alter zu, sondern insbesondere auf die Gruppe der Älteren (55- bis unter 65-Jährige).

Die Erwerbstätigenquote erfasst das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung und gibt den Anteil der Erwerbstätigen einer bestimmten Altersgruppe an der Bevölkerung gleichen Alters an. Dabei werden gemäß der Indikatorfestlegung die Erwerbstätigenquoten der 15- bis unter 65-Jährigen sowie der 55- bis unter 65-Jährigen betrachtet. Die Datenbasis für die Berechnung der Erwerbstätigenquote liefern die Ergebnisse des Mikrozensus.

Hessen übernahm die Zielwerte der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und strebte eine Steigerung der Erwerbstätigenquote bei den 15- bis unter 65-Jährigen auf 73 % bis zum Jahr 2010 an, sowie eine weitere Erhöhung auf 75 % bis zum Jahr 2020. Für die Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen setzte sich Hessen für das Jahr 2010 eine Erwerbstätigenquote von 55 % zum Ziel und für das Jahr 2020 eine von 57 %.

In **Hessen** stieg die Gesamterwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen von 67,4 % im Jahr 1991 um

3,8 Prozentpunkte auf 71,2 % im Jahr 2010 an. Die insgesamt positive Entwicklung verlief nicht kontinuierlich, sondern wurde in den Jahren zwischen 1993 und 1997 sowie 2003 und 2004 durch Rückgänge der Erwerbstätigenquote unterbrochen. 2004 etwa lag die Gesamterwerbstätigenquote mit 66,0 % unterhalb des Ausgangswertes, kletterte seitdem aber rasch und übertraf im Jahr 2008 erstmals die 70%-Marke. In den Jahren der Finanzkrise zeigte sich der hessische Arbeitsmarkt zwar äußerst robust, trotzdem bremste die schwierige Wirtschaftslage den weiteren Ausbau der Erwerbstätigenquote merklich. So konnte in den Jahren 2009 und 2010 das zuvor beobachtete jährliche Wachstum der Erwerbstätigenquote von durchschnittlich einem Prozentpunkt nicht mehr erreicht werden. Daher wurde die für 2010 angestrebte Erwerbstätigenquote von 73 % verfehlt. Jedoch dürfte bei Fortschreibung der Entwicklung der letzten 5 Jahre der Zielwert von 75 % im Jahr 2020 zu erreichen sein.

Die Beschäftigung von Frauen und Männern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren entwickelte sich im Vergleich des Jahres 2010 gegenüber 1991 gegenläufig. Während die Erwerbstätigenquote der Frauen von 55,3 % im Jahr 1991 um 10,3 Prozentpunkte auf 65,6 % im Jahr 2010 wuchs, ging jene der Männer im gleichen Zeitraum von 78,9 auf 76,8 % zurück. Bei insgesamt ähnlichem Verlauf der Entwicklung mussten die Frauen in den konjunkturell schwachen Jahren (außer 2003 und 2004) geringere Rückgänge verkraften als die Männer und konnten sich zugleich beim Aufbau der Erwerbstätigkeit dynamischer entwickeln. Der Anstieg der Gesamterwerbstätigenquote ist demnach allein auf das Wachstum der Erwerbstä-

tigenquote der Frauen zurückzuführen. Dennoch liegt die Erwerbstätigenquote der Männer weiterhin deutlich über jener der Frauen.

Die Erwerbstätigenquote der 55- bis unter 65-Jährigen erhöhte sich in Hessen von 1991 bis 2010 von 41,9 % um 15 Prozentpunkte auf 56,9 %. Während der Rückgang der Erwerbstätigenquote in der konjunkturschwachen Phase Mitte der Neunzigerjahre bei den Älteren deutlich schwächer ausfiel als in der Gesamtheit der Erwerbstätigen, begann 1999 ein zunächst langsamer, seit 2003 aber zunehmend dynamischer Anstieg der Beschäftigung bei den Älteren. Dies führte dazu, dass bereits 2009 die für 2010 anvisierte Erwerbstätigenquote von 55 % vorzeitig übertroffen wurde. Zudem ist das gesteckte Ziel für 2020 (57 %) bereits 2010 mit 56,9 % nahezu erfüllt.

Die überaus positive Entwicklung der Erwerbstätigenquoten bei den Älteren geht ebenfalls maßgeblich auf die Frauen zurück. Mit einem Anstieg der Erwerbstätigenquote der älteren Frauen um 22,9 Prozentpunkte auf 49,1 % im Zeitraum zwischen 1991 und 2010 übertrafen deren Wachstum das der Männer (+ 7,4 Prozentpunkte auf 65,1 %) bei Weitem.

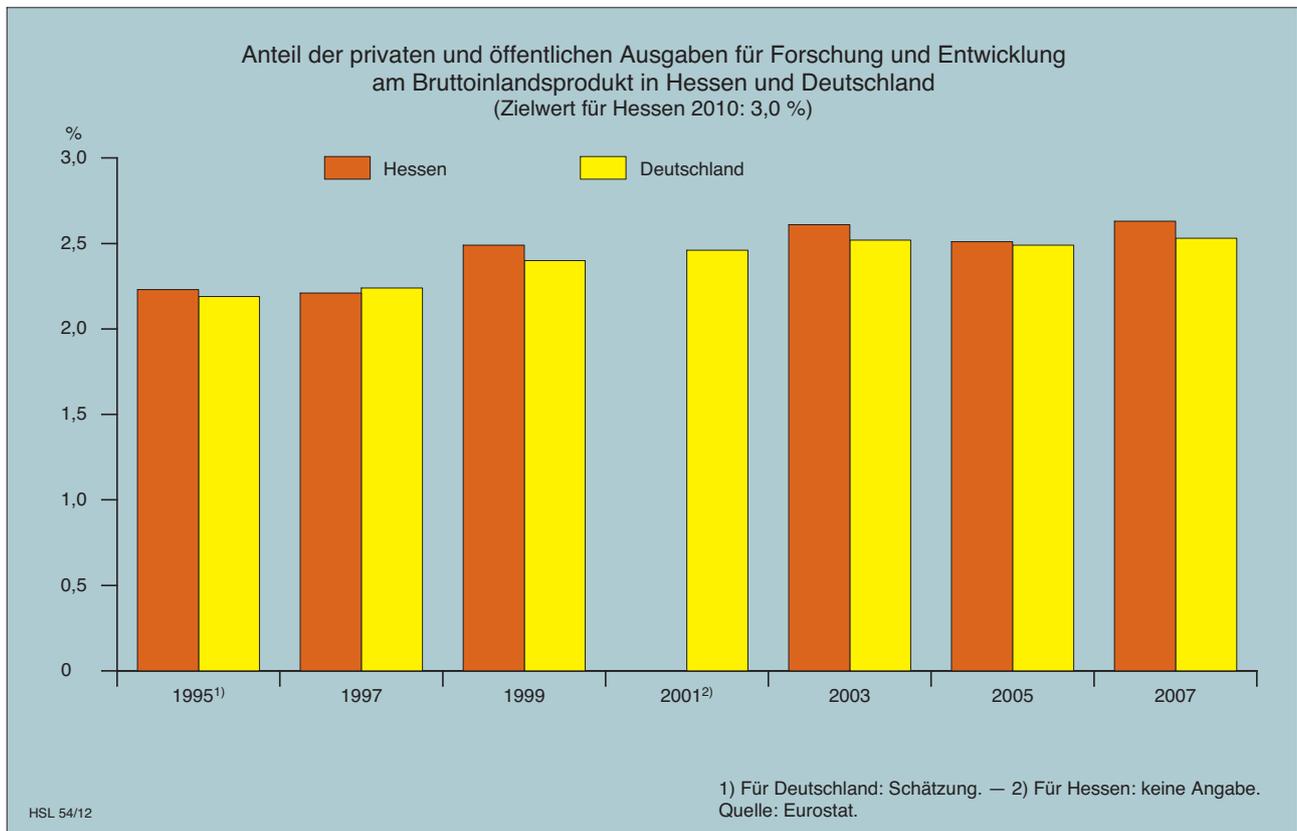
**Indikator Z3 „Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung“: Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit durch Innovationen sichern**

Forschung und Entwicklung (FuE) ist für Regionen mit vergleichsweise hohen Lohnstückkosten und geringen Rohstoffressourcen ein unverzichtbarer Faktor im glo-

balen Wettbewerb. Vorsprung wird dabei vor allem mit Prozessinnovationen, hochwertigen und innovativen Produkten und Dienstleistungen erzielt.

Die FuE-Ausgaben stehen für die Mittel, die Wirtschaft und Staat in die technologische Leistungsfähigkeit investieren. Sie stellen eine wichtige Größe zur Beurteilung der FuE-Aktivitäten einer Region dar. Obwohl die Höhe der Ausgaben alleine noch keine Auskunft über den Erfolg der FuE-Aktivitäten gibt, gelten sie als wichtiger Teil des FuE-Inputs und damit als eine Voraussetzung für erfolgreiche FuE-Aktivitäten. Je höher die Investitionen in FuE sind, desto größer ist die Aussicht auf eine dynamischere Entwicklung der Produktivität, ein stärkeres Wirtschaftswachstum und letztendlich eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit. Aus diesem Grund hat der Rat von Barcelona 2002 als Zielvorgabe für Europa im Jahr 2010 einen Anteil der FuE-Ausgaben von 3 % am Bruttoinlandsprodukt beschlossen. Im Zuge der Strategie Europa 2020 übertrug der Europäische Rat im Juni 2010 dieses Ziel nun auf das Zieljahr 2020. Eine ähnliche Zielanpassung erfolgte im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, bei der das anvisierte, gleichlautende Ziel für 2010 nun für 2020 gilt. Das Land Hessen hält sich derzeit noch an die alte Zielvorgabe, den Zielwert (von 3 %) bis 2010 zu erreichen. Es strebt jedoch an, sich der Entscheidung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie anzuschließen.

Der Indikator, der zur Beurteilung der relativen Bedeutung von FuE bzw. der FuE-Ausgabenintensität einer



Wirtschaftseinheit dient, stellt also den Anteil der privaten und öffentlichen Ausgaben für FuE am nominalen Bruttoinlandsprodukt dar. Die FuE-Ausgaben werden dabei entsprechend der methodischen Regelungen des Frascati-Handbuches der OECD abgegrenzt<sup>4)</sup>.

In **Hessen** stagnierte der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1995 und 1997 zunächst bei 2,2 %. Nach 1997 verlief die Entwicklung der FuE-Ausgaben langsam – jedoch nicht linear – in Richtung Zielwert, allerdings ohne diesen zu erreichen. Die Quote konnte von 2,2 % im Jahr 1997 auf 2,6 % im Jahr 2003 erhöht werden. Von 2003 bis 2005 ging der entsprechende Wert wieder leicht auf 2,5 % zurück, um erneut auf 2,6 % im Jahr 2007 anzusteigen. Zur Erreichung der Zielvorgabe (3 % ab 2010) fehlen noch 0,4 Prozentpunkte. Eine Fortsetzung des bisherigen durchschnittlichen Entwicklungstempos würde nicht ausreichen, um das gesetzte Ziel von 3,0 % im Jahr 2010 zu erreichen.

In Hessen hatten sich die private Wirtschaft zuletzt (2007) mit 81 %, die staatlichen Forschungseinrichtungen mit 6,2 % und der Hochschulsektor mit 13 % an den FuE-Aufwendungen beteiligt. Innerhalb des Wirtschaftssektors weisen insbesondere industrielle Branchen hohe FuE-Intensitäten auf. Besonders großes Gewicht entfällt in Hessen auf die Chemie und den Kraftwagenbau. Im Gegensatz dazu existieren im Dienstleistungsbereich – abgesehen von den unternehmensnahen Dienstleistungen – keine Wirtschaftszweige mit nennenswerten FuE-Ausgaben.

Ähnlich wie in Hessen entwickelten sich die FuE-Investitionen in **Deutschland**, wo ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 2,2 % im Jahr 1995 recht kontinuierlich auf 2,5 % im Jahr 2003 anstieg und seitdem auf diesem Niveau stagnierte. Wiesen Deutschland und Hessen im Jahr 2005 noch gleiche Indikatorwerte auf, so lag Hessens Quote im Jahr 2007 um 0,1 Prozentpunkte über der von Deutschland. Grundsätzlich wurde also in beiden Vergleichsräumen der FuE-Entwicklung die gleiche Bedeutung zugemessen.

Im Vergleich zu Hessen hatte die private Wirtschaft in Deutschland mit einem Anteil von zuletzt 70 % an den FuE-Ausgaben diesbezüglich ein geringeres Gewicht. Hingegen waren das Gewicht der staatlichen Forschungseinrichtungen mit 14 % und das des Hochschulsektors mit 16 % etwas ausgeprägter.

4) OECD (2002): Frascati Manual, § 63.

5) Für die 3 weiteren Kyoto-Treibhausgase HFCs, PFCs und SF<sub>6</sub>, die allerdings bundesweit auch nur zu etwa 1,7 % an den gesamten Treibhausgasemissionen beteiligt sind, liegen für Hessen keine Angaben vor. Deshalb werden auch für Deutschland keine Angaben zu diesen Gasen gemacht, obwohl Angaben dazu vorliegen.

6) Das Ziel Deutschlands bezieht sich auf die Gesamtemissionen aller Kyoto-Gase (CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub>, N<sub>2</sub>O sowie HFCs, PFCs und SF<sub>6</sub>).

## Indikator Z6 „Treibhausgasemissionen“: Bisherige Minderung der hessischen Treibhausgasemissionen reicht nicht aus

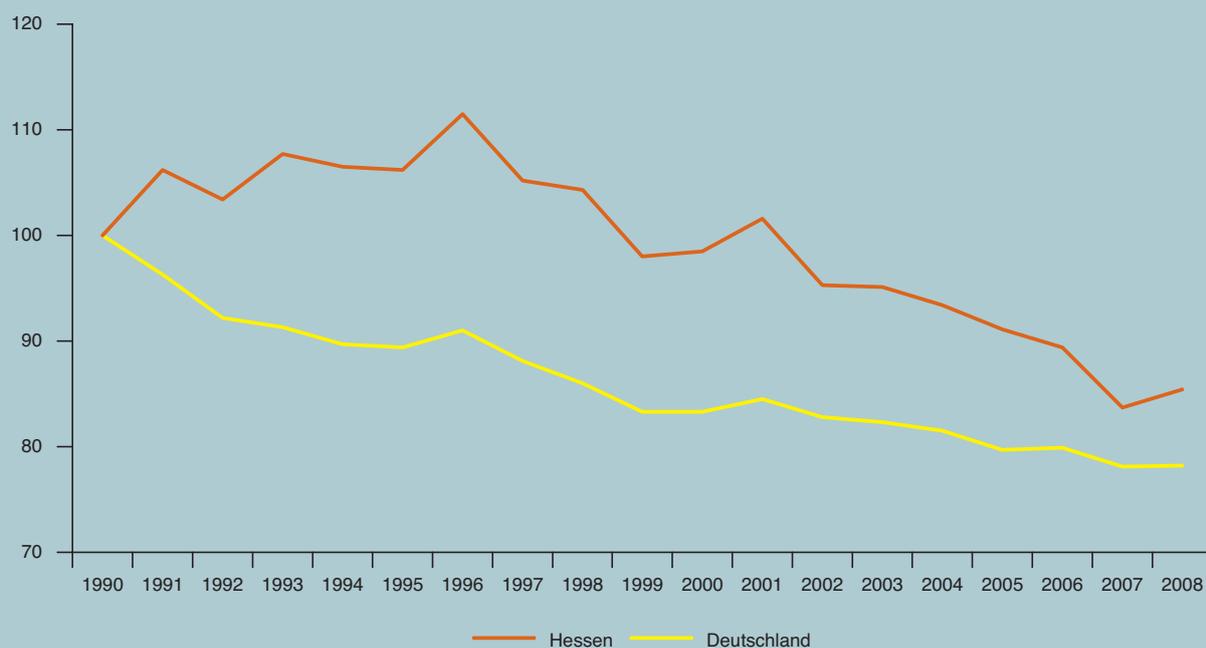
Mit der fortschreitenden Industrialisierung veränderte sich der globale Stoffhaushalt der Atmosphäre deutlich. Als Folge menschlicher Aktivitäten stieg die CO<sub>2</sub>-Konzentration seit Beginn der industriellen Revolution weltweit um rund 35 %. Die Methankonzentration hat sich um 145 % erhöht und diejenige von Lachgas ist um 18 % gewachsen. Der daraus resultierende Klimawandel gilt heute als eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Um die globale Erderwärmung zu begrenzen, haben sich auch Deutschland und die Länder zur Senkung der absoluten Höhe der Treibhausgasemissionen verpflichtet.

Der Schwerpunkt der Treibhausgasemissionen liegt bei den folgenden 3 Treibhausgasen: Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>) und Lachgas (N<sub>2</sub>O)<sup>5)</sup>. Diese Emissionen entstehen hauptsächlich bei der Verbrennung fossiler Energieträger, wie Kohle, Erdöl oder Gas, aber auch in der Landwirtschaft (Viehhaltung, Verwendung von Düngemitteln) und in Herstellungsprozessen. Als Indikator ausgewiesen werden für die 3 Treibhausgase zusammen die emittierten Tonnen pro Jahr in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten als absolute Emissionsmenge und als Index auf der Basis 1990, wobei für Hessen der Ausstoß der Treibhausgase CH<sub>4</sub> und N<sub>2</sub>O für die in der Berichterstattung fehlenden Jahre (1990–1994, 1996–1999 sowie 2001 und 2002) aus den Angaben der vorliegenden Jahre geschätzt wurde. Für Hessen werden die Treibhausgasemissionen vom Hessischen Statistischen Landesamt im Auftrag des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie ermittelt; die CH<sub>4</sub>- und N<sub>2</sub>O-Emissionswerte stammen dabei vom Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“. Die Werte für Deutschland wurden den „Nationalen Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung atmosphärischer Emissionen“ des Umweltbundesamtes entnommen.

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie lehnt sich Hessen an die nationalen Minderungsziele<sup>6)</sup> an. Demnach sollen die Emissionen der 3 o. g. Treibhausgase in Hessen bis 2012 um 21 % bzw. bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 gesenkt werden.

In **Hessen** machten CO<sub>2</sub>-Emissionen mit 40,3 Mill. t rund 92 % des Emissionsgeschehens von 43,9 Mill. t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten im Jahr 2008 aus. Jeweils 4 % der Emissionen entfielen auf Methan und Lachgas. Gegenüber 1990 gingen die Gesamtemissionen in Hessen um knapp 15 % zurück. Damit sank der entsprechende Index von 100 im Jahr 1990 auf zuletzt 85. Insgesamt entwickelten sich die Treibhausgasemissionen zwar in die gewünschte Richtung; das bisherige Tempo würde jedoch nicht ausreichen, um das gesteckte Ziel im Jahr 2020 zu erreichen.

Treibhausgasemissionen<sup>1)2)3)</sup> in Hessen und Deutschland 1990 bis 2008<sup>4)</sup> (1990 = 100)  
(Zielwert (Index) für Hessen 2020: 60)



1) Ohne internationalen Luftverkehr. — 2) Es handelt sich hierbei um die Treibhausgase CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub> und N<sub>2</sub>O. Für die 3 weiteren Kyoto-Treibhausgase HFCs, PFCs und SF<sub>6</sub> können in Hessen keine Angaben gemacht werden. — 3) Da in den Jahren 1990–1994, 1996–1999, 2001 und 2002 für Hessen keine Angaben für die Emission von prozessbedingtem CO<sub>2</sub> (nur 1990–1994), CH<sub>4</sub> und N<sub>2</sub>O existieren, wurden diese aus den vorliegenden Angaben in den übrigen Jahren extrapoliert. Alle hessischen Indexwerte beruhen deshalb auf einem geschätzten Emissionsausstoß im Jahr 1990 und sind deshalb selbst Schätzungen. Prozessbedingtes CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub> und N<sub>2</sub>O verursachten in Hessen zusammen etwa ein Zehntel des Gesamtausstoßes der betrachteten Treibhausgase in den Jahren 1995, 2000 und 2003–2008. Für Deutschland wurden die Originalwerte verwendet. — 4) Stand: November 2011.

HSL 55/12

Quellen: Hessisches Statistisches Landesamt, Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“, „Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung atmosphärischer Emissionen“ des Umweltbundesamtes, eigene Berechnungen.

Die einzelnen Treibhausgase trugen unterschiedlich stark zur Emissionsreduktion bei: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen lagen im Jahr 2008 um 4,2 Mill. t unter denen des Basisjahres 1990 (- 9,4 %). Die Emissionen von Methan jedoch sanken um 63 %; Lachgasemissionen verminderten sich um 15 %. Auch die Kurvenverläufe der Emissionsentwicklung der einzelnen Treibhausgase weichen voneinander ab: Der energiebedingte CO<sub>2</sub>-Ausstoß stieg zwischen 1990 und 1996 deutlich an, was u. a. auf den wachsenden Energiesektor sowie auf steigende Verkehrszahlen zurückzuführen war. Danach setzte eine rückläufige Entwicklung ein. Bei Methan gingen die Emissionen über den gesamten Zeitraum deutlich zurück. Lachgasemissionen wurden erst nach der Jahrtausendwende spürbar eingespart.

Zur Verminderung der Emissionen von Methan und Lachgas in Hessen trug die Abfallentsorgung in besonderem Maße bei, wobei die Abnahme überwiegend aus dem Rückgang der deponierten Abfallmengen und aus den Entwicklungen im Bereich Deponietechnik resultiert. Die Landwirtschaft verursachte, bedingt durch weniger intensive Viehhaltung und verbessertes Düngermanagement, ebenfalls weniger Emissionen. Bei beiden Gasen gilt es, den Trend beizubehalten.

Die Erreichung des vorgegebenen Minderungsziels stellt eine große Herausforderung dar, da die Höhe des Ausstoßes mit relativ stabilen Strukturen der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs, v. a. der Bereiche „Haushalte“ und „Verkehr“, verbunden ist.

**Deutschland** verminderte seine Emissionen zwischen 1990 und 2008 deutlich – bei den 3 betrachteten Gasen CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub> und N<sub>2</sub>O insgesamt um knapp 22 %. Die bundesweite Emissionsmenge von 0,97 Mrd. t im Jahr 2008 war um 270 Mill. t niedriger als im Basisjahr 1990 (1,24 Mrd. t). Allerdings entfiel ein Großteil der Reduktion (128 Mill. t) auf die Jahre 1990 bis 1994. Eine wichtige Erklärung hierfür liefern der Strukturwandel in der Industrie und die Modernisierung der Energieerzeugung in den neuen Ländern nach der Wiedervereinigung.

Bezieht man den absoluten Treibhausgasausstoß auf die Zahl der Einwohner, so kamen in Deutschland 2008 auf jeden Einwohner Treibhausgasemissionen von 11,8 t. Diese Kennzahl lag damit um 4,6 t je Einwohner höher als in Hessen mit 7,2 t je Einwohner. Das niedrigere Emissionsniveau Hessens ist sicherlich u. a. auf eine stärker dienstleistungsorientierte Wirtschaftsstruktur zurückzuführen. Aufgrund dessen sowie wegen des o. g. Strukturwandels dürfte für Hessen die Erreichung des Min-

derungsziels im Vergleich zu Deutschland mit größeren Anstrengungen verbunden sein.

**Indikator Z10 „Artenvielfalt“: Raumnutzung beeinflusst Artenvielfalt**

Zum Artenschutz haben sich Deutschland und Hessen verpflichtet. Eine gesunde Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen bildet eine notwendige Voraussetzung für einen intakten Naturhaushalt. Diese über lange Zeiträume gewachsene Lebensgrundlage des Menschen ist jedoch durch die Folgen der intensiven und naturfremden Landnutzung beeinträchtigt. Die Erkenntnis, dass zum Erhalt der Artenvielfalt eine kleinräumige Unterschutzstellung von wertvollen Lebensräumen nicht ausreicht, setzt sich zunehmend durch. Gefragt ist vielmehr eine in der Normallandschaft funktionierende Balance zwischen Interessen der menschlichen Inanspruchnahme des Naturraums einerseits und des Natur- und Lebensraumschutzes andererseits. Damit wirken sich eine naturverträgliche Landwirtschaft und Waldbewirtschaftung, eine naturnahe Gewässergestaltung sowie eine Durchgrünung von Siedlungen positiv auf den Erhalt der Tier- und Pflanzenwelt aus.

Der für Hessen neu gebildete Indikator für die Artenvielfalt stellt die Bestandsentwicklung von repräsentativen Vogelarten nach Landschafts- und Lebensraumtypen dar. Damit ist ein wissenschaftlich abgesicherter Anzeiger aus dem Spektrum der Biodiversität vorhanden, der Auskunft gibt über die Auswirkungen der Landnutzung auf die Landschaftsqualität und Artenvielfalt der heimischen Tier- und Pflanzenwelt. Die für den Indikator ausgewählten Vogelarten reagieren nämlich sensibel auf jedwede Veränderung der Umwelt. Die Erfassung der jeweiligen Vogelbestände ermöglicht somit Rückschlüsse auf den Zustand des Lebensraums. Da neben Vögeln auch andere Arten an eine reichhaltig gegliederte Landschaft mit intakten Lebensräumen gebunden sind, bildet

der Indikator indirekt auch die Entwicklung zahlreicher weiterer Arten in der Natur ab.

Er leitet sich aus dem Bundesindikator für Artenvielfalt und Landschaftsqualität ab. Dabei musste der Bundesindikator auf die Verhältnisse des Landes Hessen angepasst werden, da die für Deutschland bedeutsamen Teilräume „Meeresküste“ und „Alpen“ in Hessen nicht vorkommen. In der für Hessen maßgeblichen Liste der ausgewählten Vogelarten finden sich deshalb – neben den von allen Ländern berücksichtigten „LIKI-Kernarten“ der „Länderinitiative Kernindikatoren“ (LIKI) und einigen beim Bundesindikator enthaltenen Arten – ergänzend weitere Vogelarten, die die wichtigsten Lebensräume repräsentieren. Die Übersicht auf S. .... enthält eine Liste mit allen 36 für den hessenspezifischen Indikator ausgewählten Vogelarten nach Landschafts- und Lebensraumtypen.

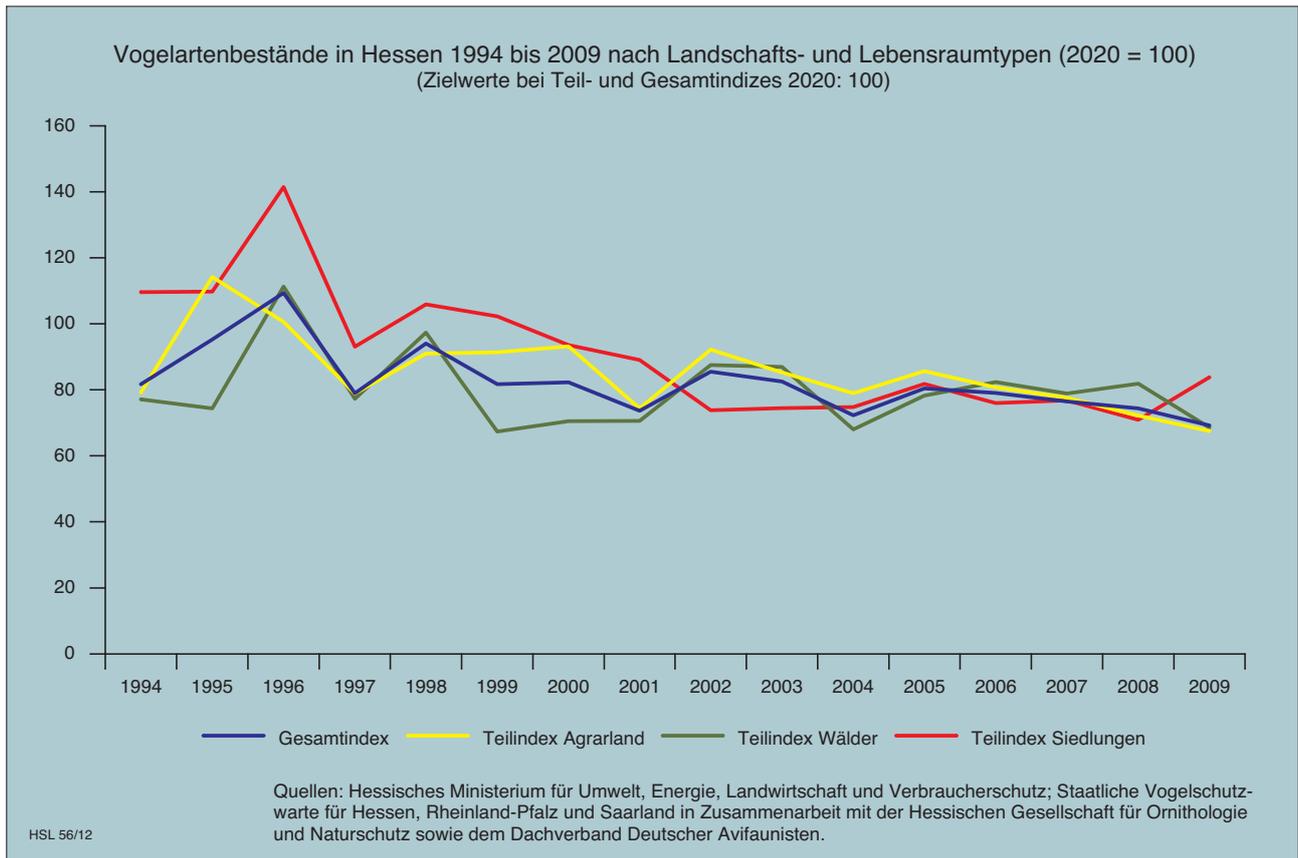
Der Gesamtindex des Indikators setzt sich aus den nach dem Flächenanteil gewichteten Teilindizes für die Teilräume „Agrarland“, „Wälder“ und „Siedlungen“ zusammen. Die Teilindizes ergeben sich wiederum aus der Bestandsentwicklung einzelner Vogelarten. Aufgrund einer unzureichenden Datenbasis kann der Teilindex „Binnengewässer“ (noch) nicht in eine Gesamtauswertung einbezogen werden, was den Gesamtindikator aber nur geringfügig beeinträchtigt, da die Binnengewässer nur ca. 3 % an der Gesamtfläche Hessens einnehmen. Die Datenbasis wird noch verbessert.

Ein Gremium aus Vogelschutzexperten legte nach einem sogenannten „vereinfachten Delphi-Verfahren“ für jede einzelne Vogelart und damit für jeden Teil- sowie den Gesamttraum einen für Hessen geltenden Bestandszielwert für das Jahr 2020 fest, der bei zügiger Umsetzung europäischer und nationaler rechtlicher Naturschutzregelungen und der Einhaltung von Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung erreicht werden kann. Diese

Beim hessenspezifischen Indikator für die Artenvielfalt berücksichtigte Vogelarten nach Landschafts- und Lebensraumtypen

Landschafts- und Lebensraumtyp Vogelart			
Agrarland	Wälder	Siedlungen	Binnengewässer <sup>1)</sup>
Bekassine	Grauspecht	Dohle	Eisvogel
Braunkelchen	Hohltaube	Gartenrotschwanz	Haubentaucher
Feldlerche	Kleiber	Girlitz	Knäkente
Goldammer	Mittelspecht	Hausrotschwanz	Rohrhammer
Kiebitz	Schwarzspecht	Hausperling	Rohrweihe
Neuntöter	Schwarzstorch	Mauersegler	Teichrohrsänger
Rebhuhn	Sumpfmehse	Mehlschwalbe	Wasseramsel
Rotmilan	Waldlaubsänger	Rauchschwalbe	Wasserralle
Steinkauz	Weidenmehse	Türkentaube	Zwergtaucher

1) Die Vogelarten des Lebensraums „Binnengewässer“ können erst in zukünftige Auswertungen einbezogen werden.



Bestandsziele werden in einer Bestandsskala gleich 100 gesetzt. Die jährlich festgestellten Bestandszahlen sind ebenfalls nach dieser Skala normiert. Bei der Interpretation der Datenreihen ist auf langfristige Trends abzustellen.

Die Zählung der Reviere bzw. Brutpaare erfolgt vornehmlich durch ehrenamtlich Tätige der Vogelschutzorganisationen. Im Rahmen einer „Verwaltungsvereinbarung Vogelmonitoring“ (VVV) zwischen Ornithologieverbänden und amtlichen Naturschutzbehörden errechnet der Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA), dem die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz (HGON) angehört, jährlich den Gesamtindikator. Die methodische Entwicklung des Indikators erfolgte im Auftrag des Landes Hessen durch die Staatliche Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (VSW) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Naturschutz und den Ornithologieverbänden.

In **Hessen** schwanken die Kurvenverläufe aller Teilindizes des Indikators von Jahr zu Jahr. Dies ist neben statistischen Effekten u. a. auf jährliche Unterschiede beim Wettergeschehen zurückzuführen, das Einfluss auf das Brutverhalten nimmt. Im langjährigen Trend des Beobachtungszeitraums 1994 bis 2009 zeigen aber alle Indizes eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Abwärtsentwicklung. Damit entfernten sich die Indexwerte von

7) Vgl. Statistisches Bundesamt: „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2012“, S. 16 f.

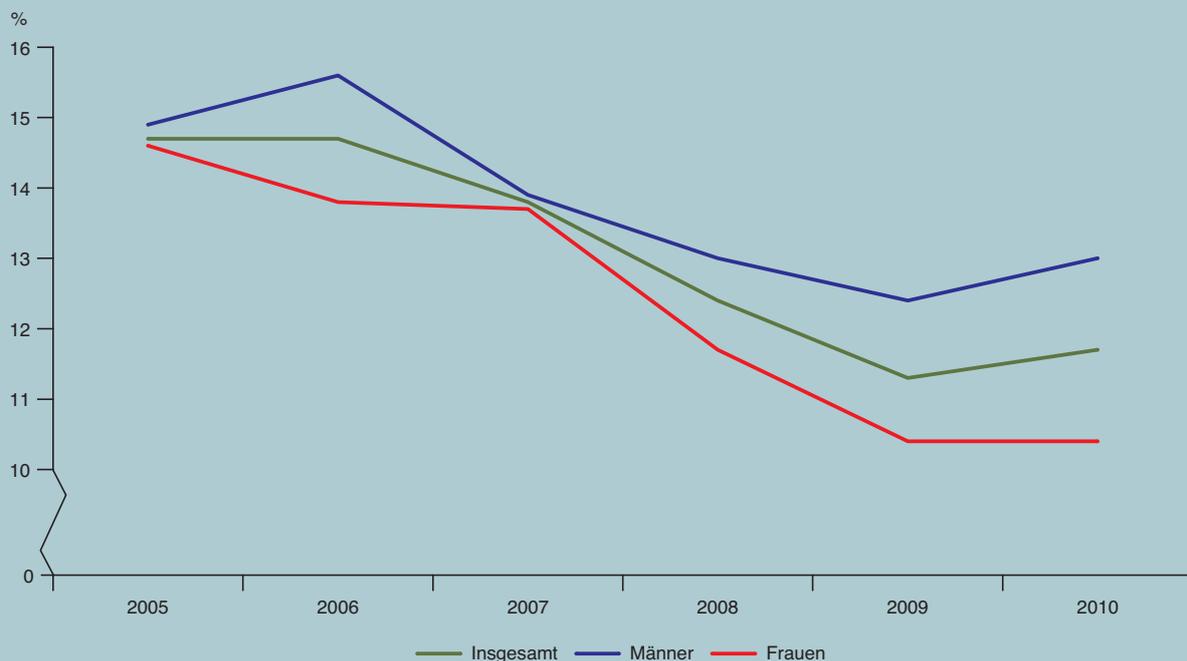
den Bestandszielen im Jahr 2020. Eine vergleichbare Entwicklung zeigt sich auch für Deutschland<sup>7)</sup>.

Die Gründe für den Rückgang der Artenvielfalt sind vielfältig und münden letztlich in eine Einengung des für die Pflanzen- und Tierwelt in Frage kommenden Lebensraums. Insbesondere gehören dazu die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke, die Veränderungen der landwirtschaftlichen Bodennutzung (in jüngster Zeit v. a. der Wegfall der EU-Flächenstilllegungen und der zunehmende Energiepflanzenanbau), Erholungsdruck auf die Landschaft sowie flächendeckende Stoffeinträge. Die in Hessen zuletzt durchgeführten Maßnahmen zum Schutz der Naturlandschaft und der Biodiversität bewirken bislang noch nicht den erwünschten Erfolg. Eine gewisse Stabilisierung bahnt sich im Zeitraum nach dem Jahr 2000 für die Gebietskulissen Wälder und Siedlungen an. Zur Zielerreichung sind noch erhebliche und zeitnahe Anstrengungen auf Landes- und Kommunalebene erforderlich.

#### **Indikator Z14 „18- bis unter 25-Jährige ohne bzw. mit niedrigem Abschluss“: Bildungsniveau junger Erwachsener steigern**

Schulische und berufliche Bildung sind eine wichtige Voraussetzung für die persönliche Entwicklung junger Menschen. Zudem besteht ein enger Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Erwerbstätigkeit. Personen mit einfacher Bildung sind in Deutschland besonders

Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen, die keine (Hoch-)Schule besuchen und sich an keiner Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme beteiligen und nicht über Sekundarabschluss II verfügen, an der Bevölkerung gleichen Alters in Hessen 2005 bis 2010 nach Geschlecht  
(Zielwert 2010: 9,0 %; Zielwert 2020: 4,5 %)



HSL 57/12

von Erwerbslosigkeit betroffen. Fehlende Schul- und Berufsabschlüsse bedeuten ein erhöhtes Armutsrisiko und eine Belastung der Sozialsysteme. Schulische und berufliche Bildung stellen somit Schlüsselqualifikationen dar, die Jugendliche fit für den Arbeitsmarkt machen. Angesichts der drohenden Überalterung der Gesellschaft im Zuge des demografischen Wandels gilt es, das Humankapital der Jugendlichen besser zu nutzen und deren Talente in der schulischen und beruflichen Ausbildung derart zu fördern, dass sie die nötigen Qualifikationen zum Einstieg in den Arbeitsmarkt erlangen. Das erklärte Ziel der Bundesregierung ist es daher, dass möglichst alle Jugendlichen einen Schulabschluss erreichen, einen Ausbildungsplatz erhalten oder ein Studium absolvieren. Dazu soll die Zahl der 18- bis unter 25-Jährigen ohne bzw. mit niedrigem Abschluss minimiert werden.

Zum zuletzt genannten Aspekt beschreibt der Indikator den Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen, die keine (Hoch-)Schule besuchen und sich an keiner Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme beteiligen und nicht über Sekundarabschluss II (Hochschulreife bzw. abgeschlossene Berufsausbildung) verfügen, gemessen an der Be-

völkerung gleichen Alters. Demnach werden auch junge Menschen, die eine Haupt- oder Realschule erfolgreich abgeschlossen, anschließend aber keine Hochschulreife bzw. keinen beruflichen Abschluss erlangt haben und sich gegenwärtig auch nicht im Bildungsprozess befinden, beim Indikator berücksichtigt und damit in Anlehnung an eine internationale Bezeichnung des entsprechenden Indikators als „frühe Schulabgänger“ bezeichnet. Die Datenbasis für die Berechnung des Indikators ist der Mikrozensus.

Seit dem Berichtsjahr 2008 können Personen, die sich kurzfristig aufgrund von Schulferien oder des Übergangs in eine andere Schule/Ausbildung bzw. Hochschule nicht in Bildung befinden, differenziert werden. Sie werden bei der Berechnung des Indikators ausgeschlossen. In den Berichtsjahren 2005 bis 2007 war dies nicht möglich<sup>8)</sup>.

Hessen übernahm die ursprünglichen Zielwerte der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und strebte eine Senkung des Anteils der 18- bis unter 25-Jährigen ohne bzw. mit niedrigem Abschluss auf 9,0 % für das Jahr 2010 bzw. 4,5 % für das Jahr 2020 an<sup>9)</sup>.

In **Hessen** sank der Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen ohne bzw. mit niedrigem Abschluss an der Bevölkerung gleichen Alters von 14,7 % im Jahr 2005 um 3,4 Prozentpunkte auf 11,3 % im Jahr 2009, bevor er im Jahr 2010

8) Auch ohne Berücksichtigung der methodischen Änderung wäre der Indikatorwert Hessens von 2007 auf 2008 gesunken.

9) Zur Anpassung an die im Jahr 2010 festgelegten Ziele der Strategie Europa 2020 wurde in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie eine Erhöhung des für 2020 vereinbarten Zielwerts von 4,5 auf 10 % beschlossen

wieder leicht auf 11,7 % zulegen. Demzufolge konnte das gesteckte Entwicklungsziel für 2010 (9,0 %) nicht erreicht werden. Insgesamt entwickelte sich der Indikator in die gewünschte Richtung; das bisherige Tempo würde jedoch nicht ausreichen, um das gesetzte Ziel im Jahr 2020 zu erreichen.

Eine differenzierte Betrachtung der 18- bis unter 25-Jährigen nach dem Geschlecht zeigt deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Bei den Frauen konnten deutlichere Erfolge erzielt werden als bei den Männern. Während im Zeitraum 2005 bis 2010 der Rückgang des Anteilwertes der jungen Menschen ohne bzw. mit niedrigem Abschluss an der Bevölkerung gleichen Alters bei den Frauen 4,2 Prozentpunkte betrug, fiel er bei den Männern mit lediglich 1,9 Prozentpunkten deutlich bescheidener aus.

Am aktuellen Rand ist bei den Männern – wie für die beschriebene Altersgruppe insgesamt – ein Anstieg festzustellen. Hingegen stagniert der Anteilwert bei den Frauen.

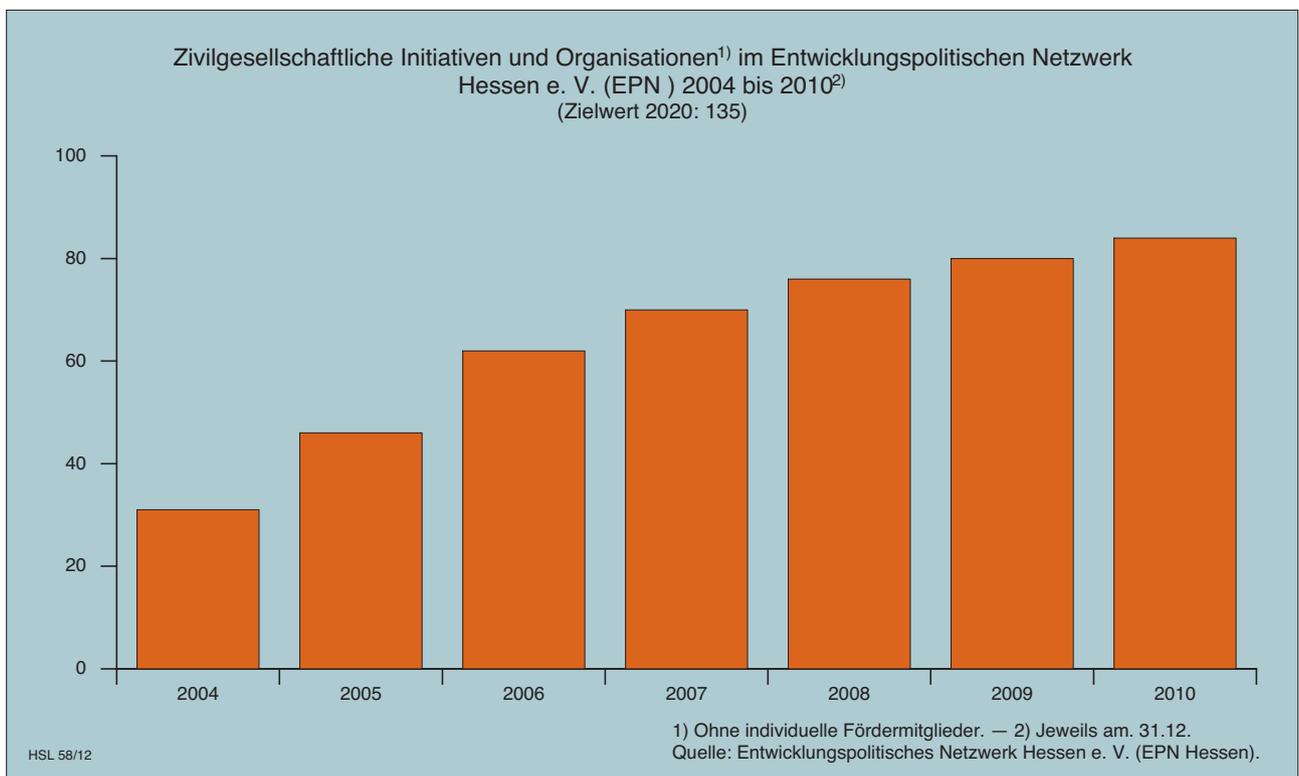
**Indikator Z15 „Internationale Entwicklung und Zusammenarbeit“: Das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen erfährt Zulauf**

Die zur Verfügung gestellten finanziellen Leistungen für Entwicklungszusammenarbeit (sog. ODA-Leistungen – Official Development Assistance-Leistungen)

10) Angaben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

des Bundesstaates und seiner Bundesländer liegen deutlich über den entsprechenden Ausgaben von Privatorganisationen und -personen. So standen im Jahr 2010 bundesweit 9,8 Mrd. Euro an öffentlichen ODA-Leistungen 1,1 Mrd. Euro<sup>10)</sup> von privater Seite (z. B. Kirchen, Stiftungen und Verbände) gegenüber. Dennoch basiert Entwicklungspolitik häufig auf freiwilliger bzw. ehrenamtlicher Arbeit. Denn das Engagement, in der sogenannten Dritten Welt Entwicklungshilfe zu leisten, geht vielfach auf aktive Bürger in diversen Verbänden bzw. Nichtregierungsorganisationen (NRO, englisch NGO) zurück, die tatkräftig Ideen und Projekte zur Verbesserung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Lebensumständen in Entwicklungsländern konzipieren und auch zum Teil selbst ausführen sowie das Bewusstsein in der Bevölkerung für eine gerechte und nachhaltige „Eine Welt“ schärfen. Der Zusammenschluss dieser Verbände in ein übergeordnetes Netzwerk verleiht diesem Anliegen zusätzliches Gewicht. Diese NRO oder auch Einzelpersonen können in den einzelnen Bundesländern auf freiwilliger Basis Landesverbänden bzw. „Eine Welt Landesnetzwerken“ beitreten. In Hessen ist es das im Jahr 2004 gegründete Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen e. V. (EPN Hessen).

Hier setzt die internationale Komponente der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen an: Der im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen im Fortschrittsbericht 2012 erstmals dargestellte Indikator zur internationalen Entwicklung und Zusammenarbeit ist definiert als



Zahl der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen, die als Mitglied im EPN Hessen angemeldet sind. Individuelle Fördermitglieder gehören demnach nicht dazu.

Das Land Hessen hat sich bei der Sitzung der Nachhaltigkeitskonferenz im Juni 2010 zum Ziel gesetzt, die Zahl der im EPN Hessen zusammengefassten zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen von 80 im Jahr 2009 auf 135 im Jahr 2020 zu erhöhen. Dieses Ziel wird durch eine gezielte Förderung von Aktivitäten zur Aktivierung ehrenamtlichen Engagements verfolgt. Das Land Hessen unterstützt die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Aktivitäten der Landesnetzwerke im Bereich des Capacity Building und fördert entsprechende Projekte der Mitgliedsorganisationen. Damit soll das entwicklungspolitische Engagement der hessischen Zivilgesellschaft angeregt werden.

11) Hinzu kommt seit 2008 ein individuelles Fördermitglied; individuelle Fördermitglieder werden beim Indikator jedoch nicht berücksichtigt.

Das EPN **Hessen** wurde 2004 von 31 hessischen Organisationen gegründet, um die entwicklungspolitischen Forderungen und Anliegen, die Aktivitäten und Projekte der hessischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu vernetzen, zu bündeln und zu stärken. Insbesondere in der Anfangsphase wuchs die Zahl der Netzwerkmitglieder rasch und kontinuierlich. So verdoppelte sie sich innerhalb von 2 Jahren auf 62 zum Ende des Jahres 2006. Seitdem stieg sie nahezu gleichmäßig weiter an. Ende 2010 zählte das EPN Hessen bereits 84 Mitgliedsorganisationen<sup>11)</sup>.

Um das gesteckte Ziel von 135 Mitgliedsverbänden im Jahr 2020 zu erreichen, müsste die Gesamtzahl in der nächsten Dekade jährlich um gut 5 ansteigen. Diese Zunahme entspräche dem Tempo des Mitgliederzuwachses in den letzten 4 Berichtsjahren. Sollten sich die Bemühungen für die Mitgliederanwerbung weiter fortsetzen oder gar verstärken, dürfte das angestrebte Ziel im Jahr 2020 erreichbar sein.

## Hessische Kreiszahlen

### Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern und für den Regionalverband FrankfurtRheinMain. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen können als PDF-Datei mit Excel-Anhang im Internet unter [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de) kostenlos heruntergeladen werden.

**Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.**

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.  
Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden



STATISTIK HESSEN



W\_160

# Daten zur Wirtschaftslage

Auf die konjunkturelle Dynamik wirkten sich die bestehenden Unsicherheiten über den Verlauf der Schuldenkrise und die Turbulenzen an den Finanzmärkten dämpfend aus: Die Auftragseingänge der hessischen Industrie sanken infolge drohender Konjunkturabschwächungen weiter. Jedoch blieben die Arbeitslosenzahlen weiterhin rückläufig und die Arbeitskräftenachfrage nahezu unverändert hoch. Wie in den beiden vorangegangenen Berichtsquartalen, nahmen auch im zweiten Quartal des laufenden Jahres die realen Auftragseingänge der Industrie in Hessen gegenüber dem Vorjahresquartal ab. Dabei verstärkten sich die Abnahmen. Bei den preisbereinigten Umsätzen stellt sich die Situation ähnlich dar: Auch sie nahmen in den letzten 3 Berichtsquartalen kontinuierlich ab. Erstmals war jedoch ein Rückgang bei den Inlandsumsätzen zu beobachten. Trotz sinkender Inlandsumsätze und rückläufiger Industrienaufträge nahm die Zahl der Beschäftigten weiter zu, allerdings mit einer geringeren Zuwachsrate. Im Bauhauptgewerbe waren der Auftragseingang und die Beschäftigtenzahl höher als noch vor einem Jahr, der Umsatz ging aber im selben Zeitraum leicht zurück. Somit stellten sich die Entwicklungen im Bauhauptgewerbe weiterhin positiv dar, obgleich sie aufgrund eines leicht rückläufigen Umsatzes etwas an Schwung verloren haben. Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum nahm die Anzahl an geplanten Wohnungen im zweiten Vierteljahr im Wohnbau deutlich zu, ebenso die Wohnfläche. Im Nichtwohnbau hingegen sank der Flächenbedarf im zweiten Quartal in Folge. Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel gingen im zweiten Quartal 2012 gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht zurück. Dagegen stieg die Anzahl der Beschäftigten wie auch der Teilzeitbeschäftigten im Einzelhandel weiter an. Ausschlaggebend hierfür war ein Beschäftigtenzuwachs im Einzelhandel mit Lebensmitteln. Am Arbeitsmarkt kam es, wie in den entsprechenden Quartalen der vorherigen Jahre, saisonbedingt zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit; dieser fiel aber geringer als üblich aus. Von der Verringerung der Arbeitslosigkeit profitierten insbesondere Frauen aufgrund neuer Arbeitsplätze im Gesundheits- und Erziehungsbereich und infolge saisonaler Schwankungen in männerdominierten Branchen. Die Arbeitslosenzahlen sanken von April bis Juni 2012 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal und gegenüber dem ersten Quartal 2012. Der Bestand an offenen Stellen verringerte sich leicht gegenüber dem Bestand von vor einem Jahr, dennoch blieb die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern hoch. Die mit Abstand größte Nachfrage stammte aus dem Bereich „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ und hier hauptsächlich vonseiten der Zeitarbeit. Die Zahl der Insolvenzen von Unternehmen verringerte sich im zweiten Quartal 2012. Die größte Abnahme gegenüber dem zweiten Quartal 2011 war im Verarbeitenden Gewerbe zu beobachten, gefolgt vom Bereich „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“. Bei den Verbraucherinsolvenzen war der Rückgang gegenüber dem zweiten Quartal 2011 noch markanter, nämlich rund 26 %. Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich im zweiten Quartal 2012 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresquartal um 1,9 %. Besonders deutliche Preiserhöhungen im genannten Zeitraum bekamen die Verbraucher in den Bereichen „Haushaltsenergie“ (Strom, Heizöl, Gas, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) und „Nahrungsmittel“ zu spüren. Merkliche Entlastungen konnten hingegen für den Bereich „Unterhaltungselektronik“ gemessen werden.

## Rückläufige Industrienaufträge

Die hessische Industrie musste auch im zweiten Quartal 2012 rückläufige Auftragseingänge hinnehmen. Der Rückgang verstärkte sich leicht, vor allem die Inlandsaufträge verzeichneten ein stärkeres Minus. Die preisbereinigten Umsätze nahmen zum dritten Mal in Folge ab; zum ersten Mal verringerten sich auch die Inlandsumsätze. Der Beschäftigungsanstieg hatte seinen Höhepunkt im dritten Quartal 2011 erreicht. Seitdem schwächen sich die Zuwachsraten ab.

Die preisbereinigten Auftragseingänge der hessischen Industrie nahmen im zweiten Quartal 2012 um 7,3 % gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal ab. Inlands- und Auslandsorders gingen im gleichen Maße zurück.

Im vierten Quartal 2011 hatte es erstmals wieder einen Auftragsrückgang von 4,9 % gegeben, der sich im ersten Quartal 2012 auf ein Minus von 6,1 % verstärkt hatte. Nach einem schwachen ersten Quartal konnten die Pharmahersteller im zweiten Quartal ein Auftragsplus von 3,1 % verbuchen. Wegen des großen Anteils des Auslandsgeschäfts reichte der Anstieg von 14 % bei den Auslandsorders aus, die schwache Inlandsnachfrage zu kompensieren. Dagegen war es bei der Chemischen Industrie vor allem die schwache Auslandsnachfrage, die insgesamt zu einem Rückgang von 7,7 % führte. Nach einem kräftigen Plus von 22 % im ersten Quartal mussten die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen im zweiten Quartal einen Auftragsrückgang von 7,0 % hinnehmen. Eine deutlich verschlechterte Auftragslage verzeichnete

## Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie

Art der Angabe	2011			2012	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex <sup>1)</sup> des Auftragseingangs i n s g e s a m t	108,1	103,2	99,0	108,7	100,2
Inland	99,6	100,0	90,6	101,9	92,3
Ausland	115,8	106,0	106,7	114,7	107,3
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex <sup>1)</sup> des Auftragseingangs i n s g e s a m t	3,3	0,6	– 4,9	– 6,1	– 7,3
Inland	3,5	4,1	– 5,6	– 1,2	– 7,3
Ausland	3,3	– 2,2	– 4,1	– 9,8	– 7,3
1) 2005 = 100.					

der Maschinenbau, der im zweiten Quartal 2012 einen Rückgang von 12 % hinnehmen musste. Glimpflicher kamen die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit einem Minus von 7,0 % davon.

### Inlandsumsätze erstmals im Minus

Die preisbereinigten Umsätze (ohne sonstige Umsätze wie Handelsware, etc.) der hessischen Industrie sind wie die Auftragseingänge seit dem vierten Quartal 2011 rückläufig, aber nicht so ausgeprägt wie diese. Zum ersten Mal gingen im zweiten Quartal 2012 die Inlandsumsätze zurück.

Im zweiten Quartal 2012 lagen die preisbereinigten Umsätze der hessischen Industrie um 2,7 % niedriger als vor Jahresfrist. Die Inlandsumsätze gaben um 4,2 %

### Reale Umsätze und Beschäftigte der hessischen Industrie<sup>1)</sup>

Art der Angabe	2011			2012	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex der Umsätze i n s g e s a m t	105,2	105,4	105,6	104,9	102,4
Inland	97,7	100,9	99,7	97,3	93,6
Ausland	114,1	110,6	112,5	113,9	112,7
Beschäftigte	348 950	355 006	355 801	354 817	354 533
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex <sup>2)</sup> der Umsätze i n s g e s a m t	5,1	0,5	– 1,1	– 1,0	– 2,7
Inland	4,7	2,4	0,1	3,0	– 4,2
Ausland	5,7	– 1,6	– 2,4	– 4,8	– 1,2
Beschäftigte	3,6	3,9	3,6	2,7	1,6
1) Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. — 2) 2005 = 100.					

nach, die Auslandsumsätze verringerten sich um 1,2 %. Die Pharmahersteller konnten ihren Umsatz im zweiten Quartal um real 2,8 % steigern, während die Chemische Industrie das Vorjahresniveau um 1,0 % verfehlte. Der Maschinenbau musste eine Einbuße von 3,9 % hinnehmen und die Gummi- und Kunststoffverarbeiter von 4,3 %. Stärker betroffen waren die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen mit einem Minus von 9,1 % und die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 9,2 %.

### Geringere Beschäftigungszunahme

Trotz zurückgehender Auftragseingänge und einer verhaltenen Umsatzentwicklung gab es bei der Beschäftigung weiterhin Zuwachsraten. Seit dem Höhepunkt im dritten Quartal 2011 gingen sie allerdings kontinuierlich zurück. Im zweiten Quartal 2012 lag die Beschäftigtenzahl der hessischen Industrie mit 354 500 noch um 1,6 % über dem entsprechenden Vorjahresquartal. Im ersten Quartal hatte die Zunahme noch 2,7 % betragen.

Im zweiten Quartal 2012 erhöhten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ihren Personalbestand im Vorjahresvergleich um 3,2 % auf 47 700 und die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen um 2,7 % auf 24 700. Vor allem wegen einer Insolvenz lag die Beschäftigtenzahl im Maschinenbau mit 38 100 nur noch um 0,4 % höher als vor Jahresfrist. Die Chemische Industrie verzeichnete eine Zunahme von 0,9 % auf 37 300 und die Pharmaerzeuger eine von 1,4 % auf 19 000 Beschäftigte. Trotz nachlassender Dynamik gab es bei der Gummi- und Kunststoffverarbeitung noch einen Anstieg von 2,6 % auf 31 800 Personen.

### Bauhauptgewerbe nicht mehr so dynamisch Auftragseingänge und Beschäftigung weiter mit Zuwachsraten

Bis auf den Umsatz, der leicht rückläufig war, dominierten beim hessischen Bauhauptgewerbe auch im zweiten Quartal 2012 die Zuwachsraten. Wenn auch die Auftragseingänge im Vorjahresvergleich nicht mehr so kräftig anstiegen wie im Vorquartal, so lassen die kalender- und saisonbereinigten Daten doch erkennen, dass sich die Aufträge weiterhin auf hohem Niveau bewegen. Der Beschäftigungsanstieg ist weiterhin hoch, auch wenn der Anstieg nicht mehr so ausgeprägt ist.

Die wertmäßigen Auftragseingänge des hessischen Bauhauptgewerbes lagen im zweiten Quartal 2012 um 7,6 % höher als im entsprechenden Vorjahresquartal. Die Hochbauaufträge nahmen um 2,4 % zu, die Tiefbauaufträge um 13 %. Im Hochbaubereich glänzte der Wohnungsbau mit einem Plus von 42 %. Dagegen musste der gewerbliche und industrielle Hochbau einen Rückgang von 10 % und der öffentliche Hochbau sogar um

### Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt <sup>7)</sup>				
	Volumenindex des Auftragseingangs <sup>2)</sup> 2005 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-ein-gangs <sup>4)</sup> 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Um-sätze <sup>5)</sup> 2005 = 100	Ver-braucher-preis-index <sup>6)</sup> 2005 = 100	Arbeits-lose <sup>8)</sup>	Arbeits-losen-quote <sup>9)</sup>	Gemeldete Arbeits-stellen <sup>8)10)</sup>	Kurz-arbeit (Perso-nen) <sup>8)</sup>
	ins-gesamt	Inland	Ausland									
	Grundzahlen <sup>11)</sup>											
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	96,7	106,6	209 947	7,7	24 493	71 893
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	99,3	107,5	197 932	7,2	30 821	31 737
2011 D	106,5	98,3	113,9	351 396	117,7	24 557	102,0	109,7	182 518	6,6	38 053	7 943
2011 Mai	111,7	103,7	118,9	348 873	126,6	24 408	102,9	109,4	182 273	6,6	37 869	6 397
Juni	107,3	97,7	115,9	350 632	156,0	24 601	97,2	109,5	181 258	6,5	38 919	5 490
2. Vj. D	108,1	99,6	115,8	349 095	133,5	24 452	101,7	109,5	.	.	.	.
Juli	103,2	99,9	106,0	352 749	109,6	24 691	97,6	110,0	186 109	6,7	40 260	3 244
August	99,0	95,9	101,7	355 483	133,1	24 975	101,6	109,8	180 991	6,5	40 092	3 552
September	107,3	104,1	110,2	357 135	121,0	24 928	101,0	110,1	173 526	6,2	41 357	3 669
3. Vj. D	103,2	100,0	106,0	355 122	121,2	24 865	100,0	110,0	.	.	.	.
Oktober	96,8	92,4	100,8	356 743	99,6	26 170	104,9	110,1	170 317	6,1	41 246	3 334
November	106,9	100,5	112,6	356 305	103,7	25 896	107,7	110,1	167 289	6,0	40 395	3 597
Dezember	93,4	78,8	106,6	354 698	152,7	25 256	121,2	110,7	169 276	6,1	37 922	7 849
4. Vj. D	99,0	90,6	106,7	355 915	118,7	25 774	111,3	110,3	.	.	.	.
2012 Januar	108,8	106,1	111,2	355 296	117,9	24 603	94,6	110,4	185 474	6,7	35 139	...
Februar	104,3	97,5	110,3	354 308	104,0	24 573	94,5	111,3	186 399	6,7	36 362	...
März	112,9	102,2	122,5	354 846	130,5	25 001	109,2	111,5	181 911	6,6	36 897	...
1. Vj. D	108,7	101,9	114,7	354 817	117,5	24 726	99,4	111,1	.	.	.	.
April	95,3	88,3	101,7	354 255	139,5	25 218	101,5	111,7	181 250	6,5	36 639	...
Mai	102,4	96,5	107,7	354 482	119,9	25 360	104,3	111,5	176 865	6,3	36 482	...
Juni	102,9	92,2	112,6	354 862	171,7	25 557	104,3	111,5	175 172	6,2	36 504	...
2. Vj. D	100,2	92,3	107,3	354 533	143,7	25 378	103,4	111,6	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>11)</sup>												
2009 D	- 10,8	- 9,1	- 12,2	- 3,9	- 0,7	- 2,8	- 2,3	0,1	3,3	.	- 25,2	898,4
2010 D	12,5	6,4	17,6	- 2,1	- 16,1	1,3	2,7	0,8	- 5,7	.	25,8	- 55,9
2011 D	1,9	2,5	1,5	3,5	24,2	5,1	2,7	2,0	- 7,8	.	23,5	- 75,0
2011 Mai	13,5	15,0	12,5	3,7	18,0	4,9	6,1	2,0	- 8,5	.	28,3	- 79,7
Juni	- 3,7	- 5,7	- 2,0	3,9	24,4	6,2	- 1,3	2,1	- 7,2	.	21,9	- 78,3
2. Vj.	3,3	3,5	3,3	3,6	28,8	5,4	3,8	2,1	.	.	.	.
Juli	0,6	4,8	- 2,9	3,8	8,8	7,3	- 1,4	2,2	- 6,7	.	17,0	- 83,1
August	0,5	5,3	- 3,2	4,1	32,1	7,3	6,7	1,9	- 7,5	.	14,5	- 78,3
September	0,7	2,3	- 0,5	3,9	14,6	7,1	2,5	2,3	- 7,2	.	17,1	- 77,0
3. Vj.	0,6	4,1	- 2,2	3,9	18,5	7,3	2,5	2,2	.	.	.	.
Oktober	- 6,2	- 1,9	- 9,4	3,8	17,3	6,6	2,5	2,4	- 6,9	.	15,7	- 76,8
November	- 2,0	0,0	- 3,7	3,7	35,0	6,4	2,5	2,3	- 7,9	.	15,2	- 72,5
Dezember	- 6,5	- 15,6	0,8	3,5	67,3	6,3	1,4	1,7	- 8,0	.	14,2	- 53,2
4. Vj.	- 4,9	- 5,6	- 4,1	3,7	40,7	6,5	2,1	2,1	.	.	.	.
2012 Januar	- 0,8	6,0	- 6,1	3,0	74,3	7,1	2,7	1,9	- 7,8	.	11,7	...
Februar	- 8,3	- 3,8	- 11,8	2,7	4,0	6,3	4,7	2,2	- 6,1	.	6,7	...
März	- 8,6	- 5,1	- 11,2	2,3	5,1	7,2	6,1	2,0	- 5,2	.	2,4	...
1. Vj.	- 6,1	- 1,2	- 9,8	2,7	20,8	6,9	4,5	2,1	.	.	.	.
April	- 9,6	- 9,4	- 9,7	1,9	18,1	3,6	- 3,3	1,9	- 3,3	.	- 1,0	...
Mai	- 8,3	- 6,9	- 9,4	1,7	- 5,3	3,9	1,4	1,9	- 3,0	.	- 3,7	...
Juni	- 4,1	- 5,6	- 2,8	1,2	10,1	3,9	7,3	1,8	- 3,4	.	- 6,1	...
2. Vj.	- 7,3	- 7,3	- 7,3	1,6	7,6	3,8	1,7	1,9	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>11)</sup>												
2011 Mai	6,0	6,4	5,6	0,3	7,2	0,3	- 2,0	- 0,2	- 2,8	.	2,3	- 15,4
Juni	- 3,9	- 5,8	- 2,5	0,5	23,2	0,8	- 5,5	0,1	- 0,6	.	2,8	- 14,2
2. Vj.	- 6,6	- 3,4	- 8,9	1,1	37,3	5,7	6,9	0,6	.	.	.	.
Juli	- 3,8	2,3	- 8,5	0,6	- 29,7	0,4	0,4	0,5	2,7	.	3,4	- 40,9
August	- 4,1	- 4,0	- 4,1	0,8	21,4	1,2	4,1	- 0,2	- 2,8	.	- 0,4	9,5
September	8,4	8,6	8,4	0,5	- 9,1	- 0,2	- 0,6	0,3	- 4,1	.	3,2	3,3
3. Vj.	- 4,5	0,4	- 8,5	1,7	- 9,2	1,7	- 1,7	0,5	.	.	.	.
Oktober	- 9,8	- 11,2	- 8,5	- 0,1	- 17,7	5,0	3,9	0,0	- 1,8	.	- 0,3	- 9,1
November	10,4	8,8	11,7	- 0,1	4,1	- 1,0	2,6	0,0	- 1,8	.	- 2,1	7,9
Dezember	- 12,6	- 21,6	- 5,3	- 0,5	47,2	- 2,5	12,5	0,5	1,2	.	- 6,1	118,1
4. Vj.	- 4,1	- 9,4	0,7	0,2	- 2,1	3,7	11,3	0,3	.	.	.	.
2012 Januar	16,5	34,6	4,3	0,2	- 22,8	- 2,6	- 21,9	- 0,3	9,6	.	- 7,3	...
Februar	- 4,1	- 8,1	- 0,8	- 0,3	- 11,8	- 0,1	- 0,1	0,8	0,5	.	3,5	...
März	8,2	4,8	11,1	0,2	25,5	1,7	15,6	0,2	- 2,4	.	1,5	...
1. Vj.	9,8	12,5	7,5	- 0,3	- 1,0	- 4,1	- 10,7	0,7	.	.	.	.
April	- 15,6	- 13,6	- 17,0	- 0,2	6,9	0,9	- 7,1	0,2	- 0,4	.	- 0,7	...
Mai	7,5	9,3	5,9	0,1	- 14,0	0,6	2,8	- 0,2	- 2,4	.	- 0,4	...
Juni	0,5	- 4,5	4,5	0,1	43,2	0,8	4,4	0,0	- 1,0	.	0,1	...
2. Vj.	- 7,8	- 9,4	- 6,5	- 0,1	22,3	2,6	4,0	0,5	.	.	.	.

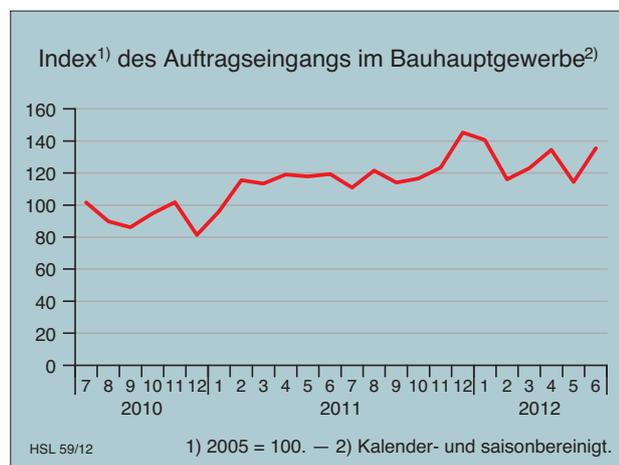
1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Unter- erfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

## Bauhauptgewerbe<sup>1)</sup> in Hessen

Art der Angabe	2011			2012	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Auftragseingang (1000 Euro)	1 014 631	920 972	901 708	892 488	1 091 836
Umsatz (1000 Euro)	967 478	1 071 112	1 158 221	667 724	962 761
Beschäftigte	24 452	24 865	25 774	24 726	25 378
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftragseingang	28,8	18,5	40,7	20,8	7,6
Umsatz	9,1	7,5	5,4	8,4	- 0,5
Beschäftigte	5,4	7,3	6,5	6,9	3,8
1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten.					

38 % hinnehmen. Im Tiefbausektor verzeichneten alle Bausparten einen Anstieg. Der Straßenbau legte um 16 % zu, der gewerbliche und industrielle Tiefbau um 9,2 % und der öffentliche und Verkehrsbau um 12 %.

Die baugewerblichen Umsätze, die im ersten Quartal noch um 8,4 % zugenommen hatten, nahmen im zweiten Quartal 2012 – bei einem Arbeitstag weniger als im Vorjahr – um 0,5 % auf 960 Mill. Euro ab. Der fulminante Umsatzanstieg des Wohnungsbaus aus dem ersten Quartal verstärkte sich im zweiten Quartal 2012 sogar noch. Mit 180 Mill. Euro wurde das Vorjahresniveau um 39 % übertroffen. Wesentlich verhaltener war die Entwicklung im gewerblichen und industriellen Bau mit einem Plus von 3,6 % auf 420 Mill. Euro. Während es in diesem Baubereich beim Hochbau zu einem Anstieg von 8,8 % auf 235 Mill. Euro kam, verringerten sich die Umsätze im Tiefbau um 2,4 % auf 180 Mill. Euro. Beim gesamten öffentlichen und Verkehrsbau kam es zu einem Umsatzrückgang von 16 % auf 370 Mill. Euro. Beim öffentlichen Hochbau gingen die Umsätze um 41 % auf 40 Mill. Euro zurück. Der Straßenbau musste eine Einbuße von 9,3 % auf 230 Mill. Euro hinnehmen und der sonstige Tiefbau eine von 13 % auf 90 Mill. Euro.



Weiterhin positiv war die Beschäftigungssituation, auch wenn die Zuwachsrate geringer ausfiel. Im Durchschnitt des zweiten Quartals dieses Jahres waren in den Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten 25 400 Beschäftigte tätig, ein Anstieg von 3,8 % gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal.

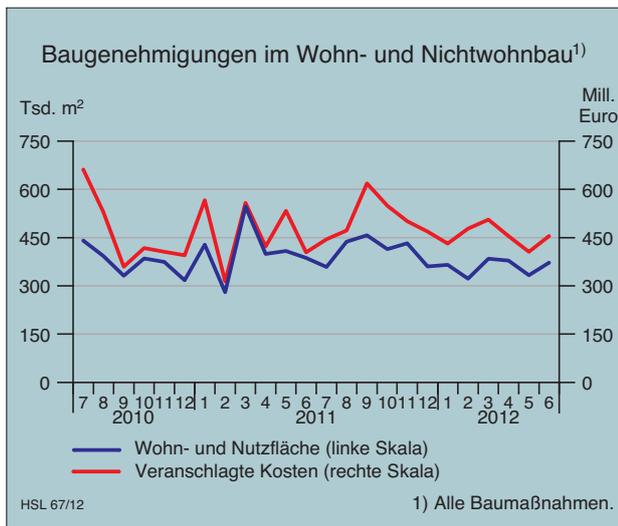
## Wohnbau weiterhin im Aufwind, Nichtwohnbau rückläufig

Die Summe der zum Neu- oder Umbau genehmigten Wohn- und Nutzfläche sank im zweiten Quartal 2012 um 149 000 m<sup>2</sup> auf 1 083 000 m<sup>2</sup>, was einem Rückgang von 12 % gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht. Die veranschlagten Kosten verringerten sich um 151 Mill. Euro bzw. ein Zehntel auf 1315 Mill. Euro. Ein deutlicher Rückgang im Nichtwohnbau konnte damit nur teilweise durch ein gestiegenes Engagement im Wohnbau seitens der Unternehmen aufgefangen werden.

Der **Wohnbau** zeigt seit Anfang 2010 einen positiven Trend. Der Impuls rührt sowohl von gewerblichen Bauvorhaben als auch von Seiten der privaten Haushalte, die weiterhin das niedrige Zinsniveau nutzen konnten. Mit 735,2 Mill. Euro lagen die für den Wohnbau veranschlagten Baukosten 10 % höher als im zweiten Quartal des Vorjahres. Über die Hälfte davon ging auf Vorhaben der privaten Haushalte zurück.

## Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hessen

Art der Angabe	2011			2012	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Wohnbau <sup>1)</sup>					
Wohnungen	3 086	2 764	4 001	3 218	3 666
Wohnfläche (1000 m <sup>2</sup> )	367	325	396	344	414
Nichtwohnbau <sup>1)</sup>					
Rauminhalt (1000 m <sup>3</sup> )	4 147	4 473	3 493	2 805	2 771
Nutzfläche (1000 m <sup>2</sup> )	606	679	541	471	397
Wohnungen insgesamt <sup>2)</sup>	3 777	3 556	4 814	3 749	4 242
Wohn- und Nutzfläche insgesamt <sup>2)</sup> (1000 m <sup>2</sup> )	1 232	1 253	1 206	1 072	1 083
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Wohnbau <sup>1)</sup>					
Wohnungen	36,1	- 2,3	42,5	- 5,3	18,8
Wohnfläche	32,4	1,9	22,5	- 12,1	13,0
Nichtwohnbau <sup>1)</sup>					
Rauminhalt	80,7	22,7	2,0	- 19,7	- 33,2
Nutzfläche	54,8	17,7	1,5	- 5,0	- 34,6
Wohnungen insgesamt <sup>2)</sup>	39,4	6,0	48,0	- 1,5	12,3
Wohn- und Nutzfläche insgesamt <sup>2)</sup>	35,8	7,6	12,1	- 14,6	- 12,1
1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).					

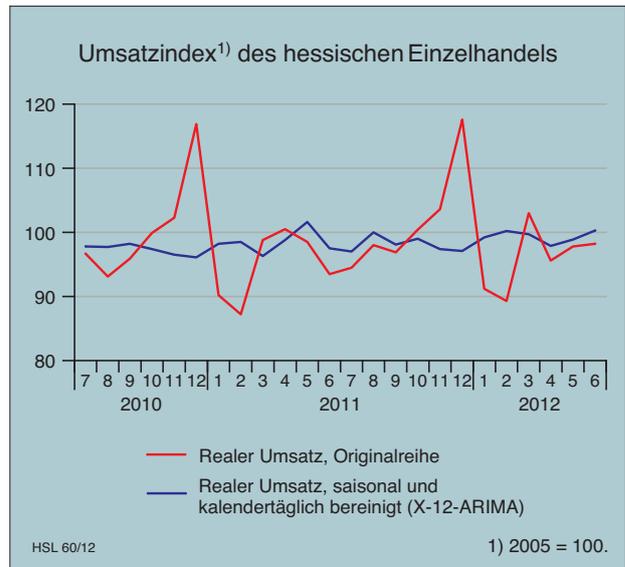


Für den Neubau von Einfamilienhäusern wurden 166 Genehmigungen mehr erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der genehmigten Zweifamilienhäuser ging um 10 zurück. Die Genehmigungen im Geschossbau nahmen um 17 und die darin vorgesehenen Wohnungen um 172 zu. Die Anzahl der in allen Neubauten vorgesehenen Wohnungen stieg um 19 % auf 3666. Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sollten 501 zusätzliche Wohnungen ergeben. 75 Wohnungen wurden im Rahmen von Um- oder Neubauten von Nichtwohngebäuden genehmigt. Die Anzahl aller vorgesehenen Wohnungen erhöhte sich somit um ein Achtel auf 4242. Ihre durchschnittliche Wohnfläche betrug 116 m<sup>2</sup>. Die durchschnittlichen Kosten je Wohnung sanken um 2,7 %; je m<sup>2</sup> Wohnfläche stiegen sie um 1,9 %.

Beim **Nichtwohnbau** sank der Flächenbedarf im zweiten Vierteljahr 2012 auf 397 000 m<sup>2</sup>. Das waren 35 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Baukosten wurden mit 579,8 Mill. Euro um 28 % geringer veranschlagt. Den Ausschlag hierfür gab ein Rückgang der Investitionen in nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude, sonstige Nichtwohngebäude und Anstaltsgebäude. Entgegen dieser Entwicklung nahm der Flächenbedarf bei Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden zu. Die öffentlichen Bauvorhaben wurden mit 79,7 Mill. Euro um zwei Drittel niedriger veranschlagt als im zweiten Quartal des Vorjahres.

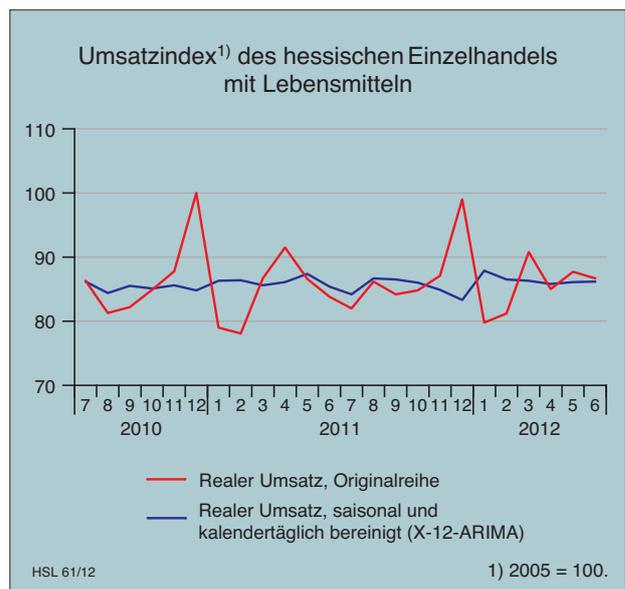
### Einzelhandel im zweiten Quartal im Minus

Der hessische Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) setzte in den ersten 6 Monaten des Jahres 2012 real 1,1 % mehr um als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im ersten Quartal 2012 hatte der preisbereinigte Umsatz noch um 2,6 % zugelegt. Der positive Jahresauftakt setzte sich im zweiten Quartal 2012 allerdings nicht fort: Das reale Umsatzminus betrug 0,3 % gegenüber dem zweiten Vierteljahr 2011. In den Monaten April und Mai nahm die inflationsbereinigte Geschäftstätigkeit um 4,9 bzw. 0,7 % gegen-



über den gleichen Vorjahresmonaten ab. Dagegen war im Juni ein reales Plus von 5,0 % festzustellen. In der saison- und kalenderbereinigten Darstellung zeigen sich in den Monaten März und April negative Tendenzen, dagegen ist zum Ende des zweiten Quartals die Entwicklung wieder nach oben gerichtet.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln schloss das erste Halbjahr 2012 ebenso wie der gesamte Einzelhandel mit einem realen Umsatzplus von 1,1 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2011 ab. Das erste Vierteljahr 2012 wies preisbereinigt einen Anstieg von 3,2 % auf, während im zweiten Quartal ein Umsatzrückgang von 0,9 % zu verzeichnen war. Dies ist insbesondere auf den Monat April zurückzuführen, in dem die realen Umsätze um 7,1 % gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres abnahmen. In den beiden Folgemonaten waren wieder steigende Umsätze mit 1,3 bzw. 3,5 % gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten festzustellen. Blendet man die Saison- und Kalendereinflüsse aus, so zeigt sich am



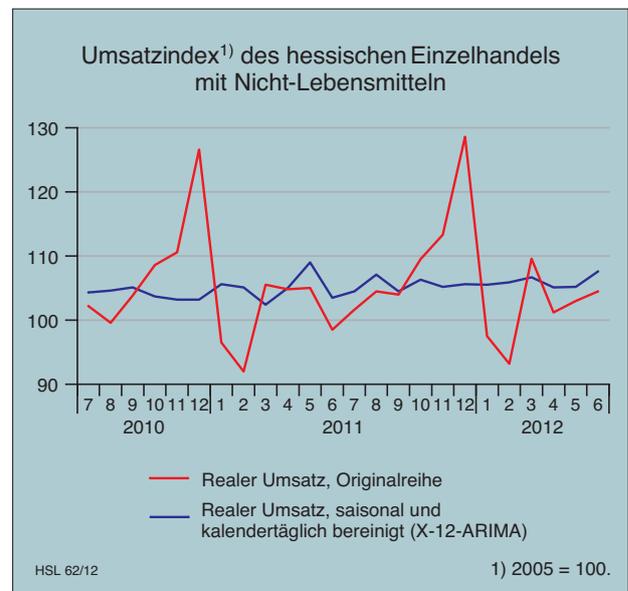
## Umsätze und Beschäftigte im Handel in Hessen nach Wirtschaftszweigen

Art der Angabe	2011			2012	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2005 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	101,7	100,0	111,3	99,4	103,4
Kfz-Handel <sup>2)</sup>	109,2	102,1	104,3	110,3	111,5
Großhandel	110,7	120,9	119,1	112,7	110,1
Reale Umsätze <sup>3)</sup>					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	97,5	96,5	107,2	94,5	97,2
Kfz-Handel <sup>2)</sup>	103,1	95,7	97,5	102,9	104,1
Großhandel	102,0	111,3	115,1	106,6	103,3
Beschäftigte					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	96,4	97,3	98,1	96,8	97,1
Kfz-Handel <sup>2)</sup>	97,7	99,4	100,9	100,8	101,2
Großhandel	95,7	96,3	97,4	96,8	97,1
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	96,8	98,1	98,8	97,4	97,7
Kfz-Handel <sup>2)</sup>	110,2	110,4	114,3	115,8	117,1
Großhandel	96,0	97,6	98,5	97,3	97,8
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	3,8	2,5	2,1	4,5	1,7
Kfz-Handel <sup>2)</sup>	13,2	5,6	4,5	7,5	2,1
Großhandel	0,7	6,2	–2,4	–3,8	–0,5
Reale Umsätze <sup>3)</sup>					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	2,6	1,4	0,8	2,6	–0,3
Kfz-Handel <sup>2)</sup>	11,8	3,6	2,7	5,8	1,0
Großhandel	–2,8	2,5	–2,0	–1,6	1,3
Beschäftigte					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	1,2	1,7	0,8	0,4	0,7
Kfz-Handel <sup>2)</sup>	2,5	3,0	3,4	4,2	3,6
Großhandel	1,9	1,2	1,6	1,1	1,5
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel <sup>1)</sup>	1,6	2,8	2,3	1,1	0,9
Kfz-Handel <sup>2)</sup>	4,8	4,7	7,5	7,8	6,3
Großhandel	1,9	1,1	1,9	1,2	1,9

1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 3) In Preisen des Jahres 2005.

aktuellen Rand eine Stagnation der preisbereinigten Umsätze.

Auch der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln beendete das erste Halbjahr mit einem inflationsbereinigten Umsatzplus von 1,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Allerdings schnitten hier die beiden Quartale des Halbjahres positiv ab. Während im ersten Vierteljahr das reale Umsatzplus bei 2,1 % lag, betrug es im zweiten Quartal 0,1 %. Auch hier spielten eine deutlich schwächere Entwicklung in den Monaten April und Mai, die mit einem Umsatzminus von 3,4 bzw. 1,9 % gegenüber den gleichen Monaten des Jahres 2011 abschritten, für die Quartalsentwicklung eine gewichtige

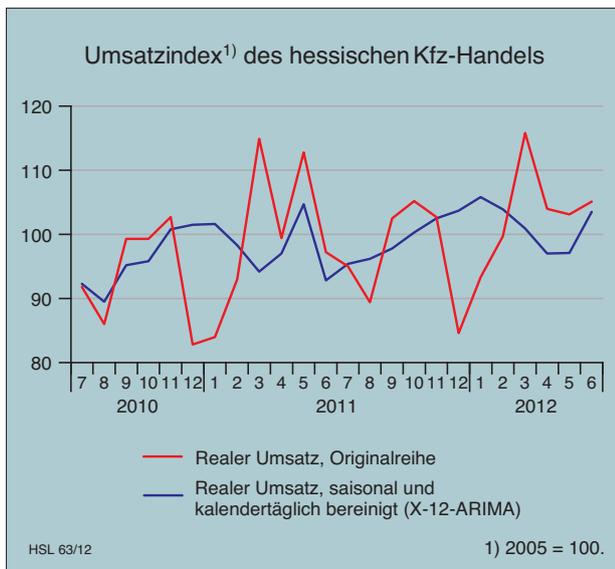


Rolle. Im Juni 2012 nahm der inflationsbereinigte Umsatz mit 6,1 % gegenüber Juni 2011 zu. Saison- und kalenderbereinigt ist in diesem Bereich eine Aufwärtstendenz festzustellen. Die positiven Impulse im hessischen Einzelhandel insgesamt sind also auf den Nicht-Lebensmittelhandel zurückzuführen, da der Einzelhandel mit Lebensmitteln in der bereinigten Darstellung stagniert.

Die Zahl der Beschäftigten im hessischen Einzelhandel erhöhte sich im ersten Halbjahr 2012 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,6 %. Im ersten Quartal lag das Plus bei 0,4 %, im zweiten Quartal bei 0,7 %. Der Anstieg resultierte aus einer Zunahme der Beschäftigtenzahlen im Einzelhandel mit Lebensmitteln. Hier nahm die Zahl der Beschäftigten in den ersten 6 Monaten des Jahres 2012 um 1,9 % zu. Nach einem etwas schwächeren Anstieg von 1,1 % im ersten Quartal betrug das Plus im zweiten Quartal 2,9 %. Der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln schloss das erste Halbjahr 2012 mit einem Beschäftigungsrückgang von 0,2 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2011 ab. Während im Jahresanfangsquarter die Zahl der Beschäftigten noch um 0,1 % stieg, war im Folgequartal ein Rückgang von 0,5 % zu verzeichnen.

### Kfz-Handel: Umsatzplus schwächt sich im zweiten Quartal ab

Im Wirtschaftsbereich des Kraftfahrzeughandels und deren Instandhaltung und Reparatur nahm der preisbereinigte Umsatz im den ersten 6 Monaten des Jahres 2012 um 3,3 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2011 zu. Das erste Quartal wies mit einem preisbereinigten Umsatzplus von 5,8 % einen deutlich stärkeren Anstieg auf als das zweite, in dem sich die realen Umsätze um 1,0 % erhöhten. In diesem Wirtschaftsbereich wirkte vor allem der Monat Mai mit einem inflationsbereinigten Umsatzminus von 8,6 % belastend auf die Quartalsbilanz. Im



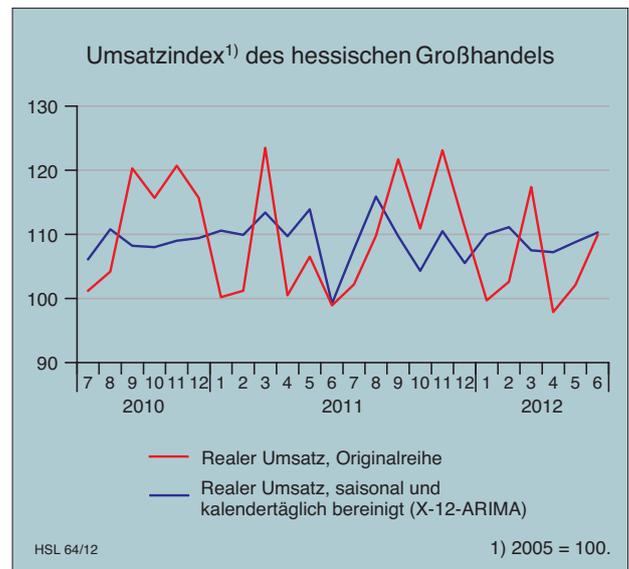
Juni wurde dagegen eine Zunahme der Geschäftstätigkeit von real 8,1 % festgestellt. Nach Ausblendung von Saison- und Kalendereffekten zeigt sich im hessischen Kraftfahrzeughandel nach einer Abwärtsbewegung im ersten Quartal eine positive Tendenz zum Ende des ersten Halbjahres 2012.

Im Kraftfahrzeughandel stieg die Zahl der Beschäftigten im ersten Halbjahr 2012 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 3,9 %. Das überaus kräftigte Beschäftigtenplus im ersten Vierteljahr von 4,2 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres schwächte sich im zweiten Vierteljahr auf 3,6 % ab.

### Großhandel mit starken Umsatzschwankungen

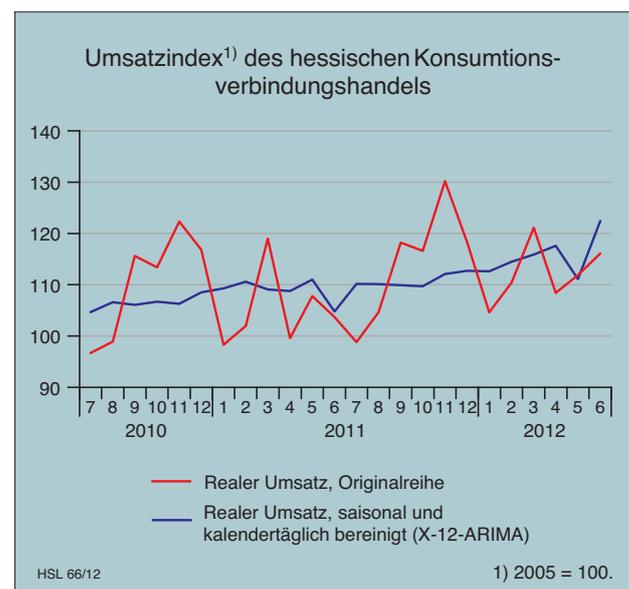
Im Großhandel war in den ersten 6 Monaten des Jahres 2012 ein reales Umsatzminus von 0,2 % zu verzeichnen. Das erste Quartal 2012 schloss mit einem Umsatzrückgang von 1,6 % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ab. Das zweite Quartal 2012 wies dagegen ein Plus von 1,3 % auf. Dies ist auf ein reales Umsatzwachstum von 11,1 % im Juni 2012 gegenüber dem Juni 2011 – hier war ein starker Rückgang der Geschäftstätigkeit zu beobachten gewesen – zurückzuführen. Die Monate April und Mai 2012 schnitten dagegen mit einem preisbereinigten Umsatzminus von 2,6 bzw. 4,1 % ab. In der saison- und kalenderbereinigten Darstellung zeigt sich am aktuellen Rand eine Aufwärtsbewegung. Ob diese dauerhaft sein wird oder nur eine Folge des Basiseffekts ist, wird die weitere Entwicklung zeigen.

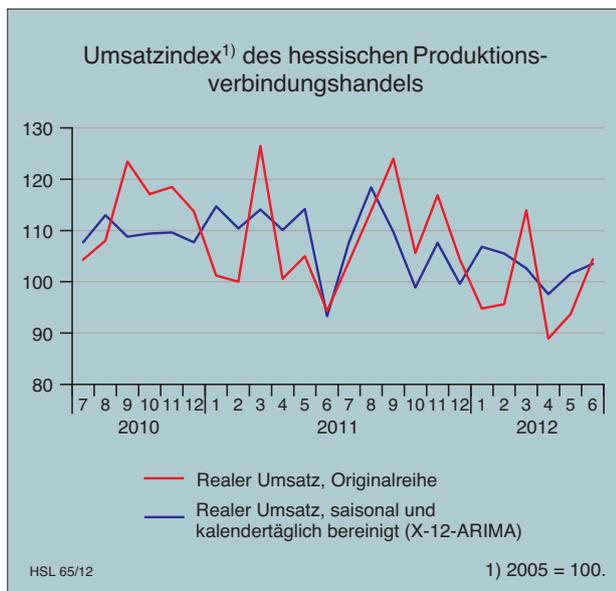
Die negative Entwicklung des gesamten Großhandels ist auf den Produktionsverbindungshandel zurückzuführen. Das ist der Teilbereich, des Großhandels, der überwiegend die Industrieunternehmen mit Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Ausrüstungen und Maschinen beliefert. In den ersten 6 Monaten des Jahres 2012 nahm der inflationsbereinigte Umsatz um 5,7 % ab. Das erste



Quartal 2012 schloss mit einem Umsatzminus von 7,1 %, das zweite mit einem von 4,3 % ab (jeweils gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres). Während in den Monaten April und Mai 2012 die Geschäftstätigkeit in realer Darstellung jeweils zweistellig abnahm, war im Juni 2012 ein preisbereinigtes Umsatzplus von 10,7 % festzustellen. Kalender- und saisonbereinigt zeigte sich im Juni 2012 eine starke Aufwärtsbewegung, nachdem seit August 2011 eine abnehmende Tendenz dominierte.

Der Konsumtionsverbindungshandel, der den Einzelhandel und das Gastgewerbe mit Nahrungsmitteln sowie Ge- und Verbrauchsgütern beliefert, übertraf in preisbereinigter Umsatzdarstellung im ersten Halbjahr 2012 das Vorjahresergebnis um 6,7 %. Im ersten Quartal 2012 betrug der Anstieg gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres 5,3 %. Im weiteren Jahresverlauf konnte das Plus noch ausgeweitet werden: Im zweiten Quartal 2012 betrug die Zunahme 8,1 %. Der saison- und kalenderbereinigte Verlauf zeigt, dass sich die Auf-





wärtsbewegung in diesem Teilbereich des Großhandels fortsetzt, nach einer „Wachstumspause“ im April.

Die Zahl der Beschäftigten im Großhandel erhöhte sich in den ersten 6 Monaten des Jahres 2012 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,4 %. Im ersten Quartal 2012 nahm die Beschäftigtenzahl um 1,1 % gegenüber dem ersten Quartal 2011 zu. Im zweiten Quartal 2012 war ein Beschäftigtenanstieg von 1,5 % zu verzeichnen. Der Beschäftigtenanstieg im Großhandel war auf die Zunahme im Produktionsverbindungshandel zurückzuführen – dies trotz eines Umsatzrückgangs. Das Beschäftigtenplus in diesem Teilbereich lag im ersten Halbjahr 2012 gegenüber den ersten 6 Monaten des Jahres 2011 bei 3,2 %. Das erste Quartal schnitt mit einem Plus von 3,4 % besser als das zweite Quartal ab, in dem der Anstieg bei 3,1 % lag. Der Konsumtionsverbindungshandel verzeichnete im ersten Halbjahr 2012 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Beschäftigtenminus von 0,8 %. Der Rückgang der Zahl der Beschäftigten fiel im ersten Quartal 2012 mit einem Minus von 1,2 % stärker aus als im zweiten Quartal, in dem eine Abnahme von 0,4 % zu beobachten war.

### Arbeitsmarkt weiterhin stabil

In Deutschland nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2012 mit einem Plus von 0,5 % gegenüber dem Vorquartal deutlich zu. Nach einem wachstumsstarken Jahresauftakt wird die konjunkturelle Dynamik in Deutschland aktuell vor allem durch Verunsicherungen im Zuge der Eurokrise gedämpft. Die anhaltende Unsicherheit über den Fortgang der Schuldenkrise, das Auf und Ab an den Finanzmärkten sowie die Sorgen vor einer massiven Konjunkturabschwächung bei wichtigen Handelspartnern wirken sich nicht mehr nur auf die Erwartungen der Marktteilnehmer aus, sondern dämpfen mehr und mehr die realwirtschaftliche

Entwicklung. Die konjunkturellen Risiken infolge der europäischen Schuldenkrise haben wieder zugenommen. So ist der ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft im Juni für das Bundesgebiet stark gefallen. Die Einschätzung der aktuellen Lage war deutlich weniger optimistisch. Die zukünftige Entwicklung wird von den Unternehmen pessimistisch beurteilt. Die deutsche Wirtschaft befürchtet zunehmende Beeinträchtigungen durch die Eurokrise.

Dies zeigt sich auch in den Beschäftigungsplänen der Unternehmen. Der ifo-Beschäftigungsbarometer ist seit September 2011 in der Tendenz rückläufig und es wurden weniger offene Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet. Die Arbeitslosigkeit war in den ersten beiden Monaten des zweiten Quartals saisonal leicht gestiegen. Außerdem verringerte sich der Indikator für die Arbeitskräftenachfrage, der BA-X, zum Ende des zweiten Quartals deutlich, lag allerdings nach wie vor auf hohem Niveau. Die Frühindikatoren deuten auf eine Verlangsamung der positiven Entwicklung hin.

Die derzeitige Konjunkturschwäche hat auf dem Arbeitsmarkt kaum Spuren hinterlassen. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahmen weiter zu. Der Arbeitsmarkt erwies sich auch weiterhin als ein wichtiger Stabilitätsfaktor für die Konjunktur.

In Hessen waren im ersten Quartal 2012 rund 3,21 Mill. Personen erwerbstätig, fast 65 000 oder 2,1 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) setzte sich die ab dem zweiten Quartal 2010 begonnene positive Entwicklung im ersten Quartal verstärkt fort. Bundesweit betrug der Anstieg 1,5 %.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung war nach wie vor die wichtigste Stütze für die Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Anders als in den Vorquartalen spielten Leiharbeitsverhältnisse für den Stellenaufbau keine Rolle. Die Zahl der marginal Beschäftigten ist weiter rückläufig, insbesondere verzeichnete hier die Untergruppe „Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten“ (1-Euro-Jobs) einen starken Rückgang im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Im Vergleich zum Vorquartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen im ersten Quartal 2012 um gut 18 600 Personen oder 0,6 % ab. Ein Rückgang der Erwerbstätigenzahl ist im ersten Quartal saisonal üblich; allerdings war dies die geringste Abnahme in den letzten 3 Jahren.

Zum Beschäftigungsaufbau im ersten Quartal 2012 trugen alle Wirtschaftsbereiche bei. Die größten absoluten Zuwächse gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum verzeichneten die Dienstleistungsbereiche

Arbeitsmarkt in Hessen nach Quartalen<sup>1)</sup>

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011			2012	
		2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
<b>Erwerbstätige</b>						
Erwerbstätige (Inland) i n s g e s a m t	1000	3 174,6	3 192,7	3 225,8	3 207,2	...
Zu- bzw. Abnahme (–) der Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal	%	1,4	1,6	1,9	2,1	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1000	2 232,2	2 261,9	2 283,9	2 266,8	...
<b>Arbeitslose</b>						
Arbeitslose i n s g e s a m t	Anzahl	183 664	180 209	168 974	184 595	177 762
und zwar						
Männer	„	95 518	91 989	87 012	99 138	93 433
Frauen	„	88 146	88 219	81 962	85 457	84 329
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	„	17 043	19 407	14 730	17 656	16 838
dar. 15 bis unter 20	„	3 281	4 068	2 975	3 183	3 178
50 oder älter	„	54 640	52 824	51 487	55 322	53 658
dar. 55 oder älter	„	32 737	32 035	31 433	33 274	32 411
Ausländer	„	46 259	45 599	43 717	47 231	46 035
im Rechtskreis III	„	54 368	53 511	48 492	60 214	54 883
im Rechtskreis II	„	129 296	126 698	120 449	124 380	122 879
Zu- bzw. Abnahme (–) der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal	%	– 8,4	– 7,1	– 7,6	– 6,4	– 3,2
Arbeitslosenquote <sup>2)</sup> i n s g e s a m t	„	5,9	5,8	5,4	5,9	5,7
und zwar						
Männer	„	5,8	5,5	5,2	6,0	5,6
Frauen	„	6,0	6,0	5,6	5,8	5,7
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	„	5,2	6,0	4,5	5,4	5,1
dar. 15 bis unter 20	„	3,5	4,4	3,2	3,4	3,4
50 oder älter	„	6,6	6,3	6,1	6,5	6,2
dar. 55 oder älter	„	7,2	6,9	6,8	7,2	6,8
Ausländer	„	13,3	13,0	12,5	13,5	12,9
Deutsche	„	5,0	4,8	4,5	5,0	4,7
<b>Gemeldete Stellen</b>						
Gemeldete Stellen (Bestand) <sup>3)</sup>	Anzahl	37 938	40 570	39 854	36 091	36 542
<b>Kurzarbeit</b>						
Betriebe mit Kurzarbeit <sup>4)</sup>	„	930	534	621	...	...
Kurzarbeiter <sup>4)</sup>	„	6 481	3 488	4 927	...	...
Anzeigen über Kurzarbeit	„	109	85	384	214	106
Anzahl d. i. d. Anzeigen über Kurzarbeit genannten Personen	„	1 224	1 169	5 668	2 872	1 221
1) Durchschnittswerte des Quartals. — 2) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — 3) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 4) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor.						
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.						

(+ 53 900 Erwerbstätige oder + 2,2 %). Insgesamt waren hier 2,5 Mill. oder 77,5 % aller Erwerbstätigen beschäftigt.

Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) stieg die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal im Vorjahresvergleich um 6800 oder 1,3 %. Damit schwächte sich der Beschäftigungsaufbau, der im dritten Quartal 2011 mit + 2,5 % den höchsten Anstieg nach der Wirtschaftskrise 2009 hatte, zum zweiten Mal in Folge ab. Durch-

schnittlich 528 000 Personen oder 16,5 % aller Erwerbstätigen hatten im ersten Quartal 2012 in diesem Bereich ihren Arbeitsplatz. Das Baugewerbe wies mit einem Plus von 1,9 % (+ 3000 Erwerbstätige) eine Zuwachsrate auf, die nur geringfügig unter dem Landesdurchschnitt lag. 162 700 Personen oder 5,1 % aller Erwerbstätigen arbeiteten in diesem Wirtschaftsbereich. In der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei nahm die Erwerbstätigenzahl

im Beobachtungszeitraum um 2,7 % oder rund 800 Personen zu. Allerdings arbeiteten hier insgesamt nur 30 000 Personen oder 0,9 % aller Erwerbstätigen.

Die Arbeitslosigkeit nahm zwar im zweiten Quartal 2012 im Zuge der Frühjahrsbelegung weiter ab; dieser Rückgang fiel aber schwächer als saisonal üblich aus. Im Durchschnitt des zweiten Quartals waren in Hessen insgesamt 177 800 Arbeitslose registriert. In saisonbereinigter Betrachtung gab es sogar einen leichten Anstieg. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich im Jahresvergleich um 5900 Personen oder 3,2 %. Im zweiten Quartal 2011 und im zweiten Quartal 2010 betrug der Rückgang zum entsprechenden Vorjahreszeitraum durchschnittlich 15 900 Personen oder 7,7 %. Gründe für die aktuelle Entwicklung sind die schwächeren konjunkturellen Impulse und dass die Entlastungswirkungen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen weiter nachlassen, wobei der Rückgang der Gründungszuschüsse für Selbstständige sich besonders auswirkt. Dies führt dazu, dass die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II nur hier noch abnimmt und nicht mehr bei den Empfängern von Arbeitslosengeld I.

Ebenfalls wie die hessische Arbeitslosenzahl sank auch die bundesweite Zahl der Arbeitslosen im Berichtsquartal gegenüber dem Vorjahresquartal. Abnahmen gab es mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz in allen Bundesländern; am stärksten waren die Abnahmen in den neuen Ländern und hier besonders in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Die hessische Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, war mit 5,7 % günstiger als die Quote der alten Länder (5,8 %) und deutlich niedriger als die für Gesamtdeutschland (6,8 %). Den vierten Platz im Länderranking hinter Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz konnte Hessen weiterhin behaupten. In Bayern und Baden-Württemberg liegt die Arbeitslosenquote deutlich unter der 4%-Marke.

Nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beträgt die Arbeitslosenquote für Deutschland insgesamt 5,6 %. Deutschland belegt innerhalb der Europäischen Union hinter Österreich, Niederlande und Luxemburg einen vierten Platz. Die entsprechende hessische Quote liegt bei 4,7 %. In der Eurozone (EU 17) belief sich die Quote auf 11,1 % und war genauso hoch wie im Euroraum insgesamt. Die höchsten Quoten weisen Spanien (24,6 %), Kroatien (15,8 %), Portugal (15,2 %) und Irland (14,6 %) aus.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Hessen betraf alle Personengruppen. Die stärksten Rückgänge gegenüber dem Vorjahresquartal meldete die Gruppe der Frauen. Im Vergleich zu den Männern war der Rückgang fast

doppelt so hoch. Ein Grund für den stärkeren Rückgang dürften insbesondere die neuen Arbeitsplätze im Gesundheits- und Erziehungsbereich sein, die überwiegend von Frauen besetzt werden.

Ein weiterer Grund ist, dass die Arbeitslosigkeit von Männern einem stärkeren Saisonmuster unterliegt als die von Frauen, da Männer häufiger in Branchen tätig sind, die jahreszeitlich bzw. von der Witterung beeinflusst sind. Auch die konjunkturelle Entwicklung zeigt Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Als Folge davon schwankt der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen insgesamt in den letzten Jahren zwischen 44 und 56 %. Die saisonale und konjunkturelle Entwicklung der Arbeitslosenquote bei den Männern war besonders deutlich während der Wirtschafts- und Finanzkrise zu beobachten. In der Zeit des Beschäftigungsabbaus ab der zweiten Jahreshälfte 2008 war die Arbeitslosigkeit von Männern im Vergleich zum Vorjahr stark angestiegen. Die Arbeitslosigkeit von Frauen dagegen nahm weiter ab. Nach der Krise profitierten die Männer stärker als die Frauen von der guten wirtschaftlichen Erholung. Aktuell sind die jeweiligen Quoten nahezu gleich hoch (5,6 % Männer bzw. 5,7 % Frauen).

Von den 177 800 Arbeitslosen im zweiten Quartal 2012 wurden 54 900 oder 31 % im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit und 122 900 oder 69 % im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung betreut. Hessen lag mit diesem SGB II-Anteil unter dem bundesweiten Durchschnitt von 71 %. Die höchsten Anteile wiesen die Stadtstaaten Bremen (83 %) und Berlin (81 %) auf; die niedrigsten Quoten meldeten Bayern (55 %) und Baden-Württemberg (60 %).

Die Arbeitslosenzahlen sanken gegenüber dem Vorjahresquartal in Hessen nur im Rechtskreis SGB II, im Rechtskreis SGB III stiegen sie leicht. Im Vergleich zum Vorquartal gab es in beiden Rechtskreisen einen Rückgang. Die anteilige SGB III-Arbeitslosenquote betrug 1,8 und die SGB II-Arbeitslosenquote 3,9 %.

Die Zugehörigkeit zum Rechtskreis wirkt sich auch auf die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit aus: Nach Auswertungen der Bundesagentur, die rückwirkend ab 2007 auf die integrierte Arbeitslosenstatistik umgestellt wurde und somit auch die Daten der zugelassenen kommunalen Träger beinhaltet, betrug sie im Rechtskreis SGB III 189, im Rechtskreis SGB II dagegen 594 Tage (hessische Zahl). In beiden Rechtskreisen verringerte sich die Arbeitslosenzeit im Vorjahresvergleich. Knapp 35 % aller Arbeitslosen waren länger als 1 Jahr arbeitslos.

Im Ländervergleich belegte Hessen bezüglich der Arbeitslosigkeitsdauer im SGB III einen vorderen Platz.

Bundesweit betrug hier die durchschnittliche Arbeitslosigkeit 237 Tage. Deutliche Unterschiede zeigten sich zwischen den neuen und alten Ländern: 212 Tage dauert die Arbeitslosigkeit in den alten Ländern bzw. 323 Tage in den neuen Ländern. Umgekehrt ist es im Rechtskreis SGB II: Hier ist die Dauer der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern mit 529 Tagen deutlich geringer als in den alten Ländern. Bundesweit betrug die Arbeitslosenzeit im SGB II 567 Tage (Bundesdurchschnitt).

Von den 26 kreisfreien Städten und Landkreisen Hessens meldeten 21 einen Rückgang der Arbeitslosenzahl im Vorjahresvergleich. 4 Landkreise und die kreisfreie Stadt Wiesbaden hatten dagegen einen Anstieg der Arbeitslosen zu vermelden. Im Vorquartal meldeten im Jahresvergleich bis auf den Odenwaldkreis alle kreisfreie Städte und Landkreise Rückgänge bei den Arbeitslosenzahlen. Am stärksten waren die Anstiege im Berichtsquartal in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg und Groß-Gerau. Die größten Rückgänge verzeichneten der Landkreis Fulda und der Odenwaldkreis.

Aufgrund des starken Rückgangs der Arbeitslosenzahl verringerte sich im Landkreis Fulda die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorquartal um 0,6 Prozentpunkte auf nunmehr 3,5 %. Der Landkreis Fulda hatte im „Kreisranking“ somit die niedrigste Quote und verdrängte den bisherigen Spitzenreiter „Hochtaunuskreis“ (Quote 3,7 %) auf den zweiten Platz. Mit deutlichem Abstand folgten der Main-Taunus-Kreis (4,2 %) und der Rheingau-Taunus-Kreis (4,4 %). Die höchsten Quoten meldeten die kreisfreien Städte Offenbach (10,5 %) und Kassel (9,7 %). Im Vergleich zur hessenweiten Arbeitslosenquote (5,7 %) hatten alle kreisfreien Städte eine deutlich höhere Quote, während von den 21 Landkreisen nur 5 über diesem Wert lagen.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war in den 3 Regierungsbezirken annähernd gleich stark und lag jeweils knapp unter (Giessen - 3,1 % und Kassel - 3,0 %) bzw. über (Darmstadt - 3,3 %) dem landesweiten Rückgang von 3,2 %. In den Regierungsbezirken Darmstadt und Giessen entsprach die Quote genau dem Landesdurchschnitt von 5,7 %. Im nordhessischen Regierungsbezirk betrug die Quote 5,6 %; im Vorquartal lag sie noch geringfügig über dieser Quote.

Der Bestand an offenen Arbeitsstellen veränderte sich innerhalb des zweiten Quartals 2012 kaum. Die von den Betrieben gemeldete Nachfrage nach neuen Mitarbeitern blieb weiterhin auf hohem Niveau. Insgesamt belief sich der Bestand an gemeldeten Stellen im Durchschnitt des zweiten Quartals 2012 auf gut 36 540. Dies entsprach einem Rückgang gegenüber dem Vorjahresquartal von 3,7 %.

Von allen gemeldeten Stellen entfielen zum Quartalsende rund 95 % auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Dies entsprach einem Rückgang von 4,4 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Nur 4,5 % aller gemeldeten Stellen entfielen auf geringfügige Arbeitsstellen. Im Vergleich zum Vorjahr war hier ein Rückgang von 26 % zu verzeichnen. Differenziert nach der Arbeitszeit entfielen 85 % aller Stellen auf Vollzeitbeschäftigte. Gegenüber dem Vorjahr gab es hier einen Rückgang von 5,1 %, bei den Teilzeittellen sogar um mehr als 10 %. Die Mehrzahl der gemeldeten Stellen (40 %) entfiel auf den Bereich „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ und hier insbesondere auf die Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit). Mit deutlichem Abstand folgten die Bereiche „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (10 %) sowie „Gesundheits- und Sozialwesen“ (8,4 %).

Durch den im Vergleich zur Arbeitslosenzahl insgesamt stärkeren relativen Rückgang bei der Zahl der gemeldeten Stellen im Vergleich zum Vorjahresquartal verschlechterte sich leicht auch die Quote aus dem Verhältnis Arbeitslose zu offenen Stellen. Im aktuellen Berichtsquartal kamen rechnerisch auf eine Stelle 4,9 Arbeitslose (Vorjahresquartal: 4,8).

Nach der Statistik über den Ausbildungsstellenmarkt wurden der Arbeitsvermittlung der Bundesagentur für Arbeit in Hessen im Zeitraum Oktober 2011 bis Juni 2012 insgesamt 32 740 Berufsausbildungsstellen gemeldet; 0,6 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig stieg die Zahl der gemeldeten Bewerber um 5,5 % auf 39 100. Dadurch kamen rechnerisch auf eine Ausbildungsstelle 1,19 Bewerber; im Vorjahreszeitraum betrug die Quote noch 1,12.

Deutschlandweit stieg sowohl die Zahl der gemeldeten Bewerber als auch die der gemeldeten Berufsausbildungsstellen. Hier kamen im aktuellen Ausbildungsjahr 1,06 Bewerber auf eine Ausbildungsstelle.

Von den 39 100 in Hessen gemeldeten Bewerbern waren 14 940 Ende Juni noch unversorgt. Denen standen 11 750 unbesetzte Stellen gegenüber. Allerdings gab es innerhalb Hessens starke regionale Disparitäten. Während in Frankfurt am Main die gemeldeten Ausbildungsstellen die Bewerberzahl um 35 % überstieg, war die Anzahl der Bewerber in den Landkreisen Groß-Gerau und Limburg-Weilburg jeweils doppelt so hoch wie die der gemeldeten Stellen.

### **Merklich weniger Insolvenzen**

Von April bis Juni 2012 haben die hessischen Amtsgerichte über 400 Anträge auf Insolvenz von Unternehmen entschieden. Das sind gut 3 % weniger als im vorherigen Quartal und knapp 6 % weniger als im zweiten Quartal

des Vorjahres. Damit setzte sich die schon Anfang des Jahres zu beobachtende positive Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen fort.

Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge liegt im zweiten Quartal 2012 mit 25 % deutlich niedriger als im ersten Quartal (32 %) und auch unter dem Durchschnitt des Jahres 2011 (28 %). Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger bezifferten die Gerichte für das zweite Quartal 2012 auf insgesamt 669 Mill. Euro. Dies entspricht knapp 1,7 Mill. Euro je beantragter Insolvenz. Im ersten Quartal lag dieser Durchschnittswert bei rund 960 000 Euro und im Jahr 2011 bei 821 000 Euro. Von der Insolvenz ihres Arbeitgebers waren im zweiten Quartal 2012 insgesamt 3610 Beschäftigte betroffen (2467 im ersten Quartal).

Die Entwicklung in den einzelnen Branchen verlief recht unterschiedlich. Einen bemerkenswert deutlichen Rückgang der Insolvenzen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gab es im Verarbeitenden Gewerbe auf 32 Fälle (- 30 %), im Bereich „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ auf 52 Fälle (- 21 %) und im Baugewerbe auf 59 Fälle (- 17 %). Dagegen stieg die Zahl der Insolvenzen bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern um 65 % auf 28 Fälle und im Handel um 25 % auf 84 Fälle.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen blieb im zweiten Quartal 2012 mit 1437 Anträgen knapp 11 % unter dem Ergebnis des vorherigen Quartals und gut 26 % unter dem des zweiten Quartals 2011. Die voraussichtlichen Forderungen je Verbraucherinsolvenz lagen mit 58 400 Euro unter dem Durchschnitt des ersten Quartals 2012 (60 900 Euro) und unter dem des Jahres 2011 (64 100 Euro).

Bei den Insolvenzen der ehemals selbstständig Tätigen wird unterschieden zwischen Personen, die aufgrund nicht überschaubarer Vermögensverhältnisse (mehr als 19 Gläubiger oder Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen) wie Unternehmen das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen und Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen, auf die das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher angewendet wird.

Die Zahl der Regelinsolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger lag im zweiten Quartal 2012 mit 364 Fällen gut 10 % unter dem Wert des vorherigen Quartals und 3 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Die voraussichtlichen Forderungen je Regelinsolvenz ehemals Selbstständiger lagen mit 171 200 Euro deutlich unter dem Niveau des ersten Quartals 2012 (296 200 Euro) und unter dem des Jahres 2011 (225 400 Euro). Die Zahl der Anträge auf ein vereinfachtes Verfahren ehe-

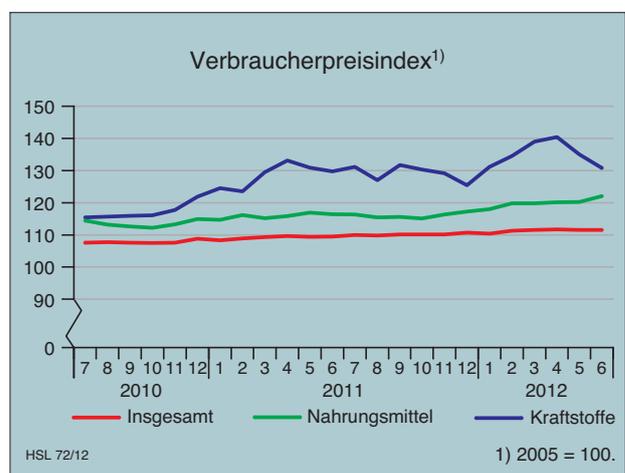
mals Selbstständiger übertraf mit 136 zwar den Wert des ersten Quartals 2012 (133 Fälle), lag jedoch 8 % unter Niveau des zweiten Quartals 2011. Die voraussichtlichen Forderungen je Verfahren lagen mit 147 300 Euro über dem Durchschnitt des vorherigen Quartals (121 300 Euro) und dem des Jahres 2011 (145 200 Euro).

### Inflationsrate sinkt auf 1,9 %

Der Verbraucherpreisindex lag im zweiten Quartal 2012 um 1,9 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums und 0,5 % höher als im ersten Quartal 2012. Nachdem zu Beginn des Jahres steigende Preise u. a. für Mineralölprodukte, Nahrungsmittel und Bekleidung die Inflationsrate wieder bis auf 2,2 % im Februar wachsen ließen, führte seit März eine Abschwächung der Teuerung bei Dienstleistungen und Mineralölprodukten zu einem Rückgang der Inflationsrate auf 1,8 % im Juni.

Der Preisindex für Haushaltsenergie (Strom, Heizöl, Gas, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) lag im zweiten Quartal 2012 um 5,1 % über dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Darunter verteuerten sich Heizöl um 4,8 %, Gas um 4,6 % und Strom um 2,8 %. Autofahrer mussten durchschnittlich 3,2 % höhere Kraftstoffpreise bezahlen, wobei sich Superbenzin (+ 3,5 %) stärker verteuerte als Diesel (+ 2,0 %).

Die Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln fielen im zweiten Quartal 2012 mit 1,3 % gegenüber dem Vorquartal stärker aus als vor einem Jahr (+ 0,8 %), sodass die Jahresteuerrate von 3,2 % im ersten Quartal auf 3,8 % im zweiten Quartal 2012 stieg. Die Preisentwicklung der einzelnen Produkte verlief recht unterschiedlich. Teurer wurden binnen Jahresfrist Fisch (+ 7,4 %), Fleisch und Fleischwaren (+ 6,9 %), Brot- und Getreideerzeugnisse (+ 3,4 %), Gemüse (+ 3,3 %), Obst (+ 2,6 %) sowie Molkereiprodukte und Eier (+ 0,7 %). Lediglich für Speisefette und -öle (- 1,7 %) zahlten die Verbraucher weniger als vor einem Jahr.



Das Preisniveau von Kleidung und Schuhen stieg im zweiten Quartal 2012 weiter an (+ 3,1 % gegenüber dem zweiten Quartal 2011). Dagegen setzte sich der Trend sinkender Preise für Leistungen der Nachrichtenübermittlung (- 1,4 %) und für Unterhaltungselektronik (- 3,9 %) weiter fort, allerdings merklich abgeschwächt.

Deutliche Preissenkungen wurden für PC (- 19,6 %), Digitalkameras (- 13,4 %), Heimkino-Anlagen (- 10,7 %) sowie Notebooks und DVD-Player (jeweils - 10,0 %) beobachtet. Allerdings gab es auch in diesem Bereich Produkte, die teurer wurden, z. B. Tintenstrahldrucker (+ 11,1 %).

Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung (u. a. Wasch- und Pflegemittel) verteuerten sich im zweiten Quartal 2012 um 1,3 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres, Heimtextilien sowie Glaswaren und Geschirr um jeweils 1,4 %, Möbel und Einrichtungsgegenstände um 0,2 %. Die Preise für Haushaltsgeräte sanken binnen Jahresfrist um 1,3 %.

Dienstleistungen für private Haushalte wurden durchschnittlich 1,4 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für Flugtickets (+ 11,2 %), Pauschalreisen (+ 4,9 %) sowie Bahnfahrkarten (+ 3,7 %). Die Jahresteuerrate für Wohnungsmieten stieg im zweiten Quartal 2012 leicht auf 1,4 % (+ 1,3 % im Vorquartal).

### Verbraucherpreisindex in Hessen

Art der Angabe	2011			2012	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
	2005 = 100				
Verbraucherpreisindex	109,5	110,0	110,3	111,1	111,6
darunter					
Nahrungsmittel	116,4	115,8	116,2	119,2	120,8
Kleidung und Schuhe	96,5	95,2	100,2	97,4	99,5
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	107,6	107,8	108,0	108,5	109,1
Haushaltsenergie	133,3	134,0	136,8	139,9	140,1
Verkehr	118,4	118,6	118,1	120,4	120,7
Kraftstoffe	131,2	129,9	128,3	134,9	135,4
Nachrichtenübermittlung	85,9	85,3	84,9	84,9	84,7
Unterhaltungselektronik	61,6	60,3	59,5	58,8	59,2
	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %				
Verbraucherpreisindex	2,1	2,2	2,1	2,1	1,9
darunter					
Nahrungsmittel	1,9	2,1	2,4	3,2	3,8
Kleidung und Schuhe	0,0	0,7	1,8	1,8	3,1
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,4	1,2	1,2	1,3	1,4
Haushaltsenergie	9,1	9,5	10,0	6,2	5,1
Verkehr	4,3	5,0	3,6	3,3	1,9
Kraftstoffe	10,6	12,3	8,2	7,2	3,2
Nachrichtenübermittlung	- 2,7	- 3,1	- 2,5	- 1,7	- 1,4
Unterhaltungselektronik	- 4,9	- 7,1	- 6,4	- 6,2	- 3,9

## 10 Jahre Forschungsdaten für die Wissenschaft - zum zehnjährigen Bestehen der Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik

*Um der Wissenschaft einen komfortablen Zugang zu Einzeldaten der amtlichen Statistik zu ermöglichen, wurden vor über 10 Jahren Forschungsdatenzentren (FDZ) beim Statistischen Bundesamt und den statistischen Landesämtern eingerichtet. Aus diesem Anlass fand nun eine Konferenz statt, die sich sowohl rückblickend mit den FDZ beschäftigte, als auch einen Ausblick auf deren zukünftige Entwicklung zum Thema hatte. Der folgende Beitrag berichtet über diese Konferenz und zeichnet die Entwicklung beider FDZ der amtlichen Statistik in ihren Grundzügen nach.*

### Konferenz zum zehnjährigen Bestehen

Am 12. und 13. Juli feierten das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes und das der statistischen Landesämter gemeinsam ihr zehnjähriges Bestehen. Zu diesem Anlass trafen sich Vertreter aus Wissenschaft und amtlicher Statistik in der hessischen Landesvertretung in Berlin. Die Veranstaltung bot beiden Seiten die Möglichkeit, sich miteinander über die Erfahrungen in den letzten 10 Jahren auszutauschen und Strategien für zukünftige Entwicklungen zu entwerfen. Unter den rund 170 Teilnehmern waren neben bekannten Wissenschaftlern aus der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung auch viele Leiterinnen und Leiter der statistischen Ämter, so auch die Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamtes (HSL), Frau Dr. Christel Figgenger.

Begrüßt wurden die Teilnehmer durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Herrn Roderich Egeler und die Präsidentin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, Frau Professor Ulrike Rockmann. Beide wiesen in ihren Ansprachen auf den schwierigen Weg hin, den die FDZ seit ihrer Gründung bestritten haben und weiterhin bestreiten. Sie würdigten dabei Personen, die sich insbesondere in der Aufbauphase der beiden FDZ um die informationelle Infrastruktur in Deutschland verdient gemacht haben. In diesem Zusammenhang wurde auch dem früheren Präsidenten des HSL, Herrn Eckart Hohmann, gedankt. Er hatte als langjähriger Vertreter der statistischen Landesämter im Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten die Einrichtung und Etablierung der FDZ entscheidend vorangetrieben und maßgeblich mitbeeinflusst.

Im Anschluss an die Begrüßung folgte eine Betrachtung der Entwicklung beider FDZ aus der Sicht der Wissenschaft. Hierbei wurde neben Lob auch Kritik geäußert. Während die Forschungsdatenzentren als solche sehr positiv bewertet wurden, kritisierten Wissenschaftler mehrfach die Kosten für den Datenzugang sowie die aus ihrer Sicht zu strikte Geheimhaltung in den statischen Ämtern. Von Vertretern der amtlichen Statistik wurde hierzu angemerkt, dass die Wahrung des Datenschutzes keine Ermessenfrage ist, sondern auf Grundlage gesetzlicher Vorgaben geschieht. Der Schutz der Auskunftgebenden hat oberste Priorität. Nur die strikte Wahrung des Datenschutzes kann das Vertrauen der Auskunftgebenden in die amtliche Statistik sicherstellen und somit eine hohe Qualität der erhobenen Informationen garantieren. Dies kommt letztlich auch der Wissenschaft zugute. Bei der Diskussion um die Kosten zeigten die statistischen Ämter Verständnis für die Kritik. Hintergrund für die derzeitigen Kostensätze in den FDZ sind die Vorgaben von Bund und Ländern, wonach die FDZ sich aus den Einnahmen zur Hälfte selbst finanzieren sollen. Einigkeit bestand darin, dass es nicht zielführend sein kann, wenn aufgrund hoher Kosten Datennutzungen ausbleiben oder die Zahl der Datennutzer zurückgeht. Hohe Kosten, die sich als Hemmnis für den Datenzugang herausstellen, widersprechen der Idee, den Zugang der Wissenschaft zu amtlichen Mikrodaten zu erleichtern. Eine Idee, auf die sich die FDZ gründen.

Den Abschluss des ersten Veranstaltungstages bildete eine Poster-Präsentation, bei der Nachwuchswissenschaftler Arbeiten vorstellten, die auf der Grundlage amtlicher Mikrodaten durchgeführt wurden. Die einzelnen Beiträge wurden im Vorfeld von einer Kommission aus einer Vielzahl eingereicherter Bewerbungen ausgewählt. Unter den ausgewählten Projekten war auch die Arbeit von Lars Redert, der am FDZ-Standort Hessen mit Hilfe von Daten der hessischen Verkehrsunfallstatistik das Unfallgeschehen auf Autobahnen und Landstraßen untersuchte. Er prüfte dabei die Möglichkeiten zur Darstellung von Unfallschwerpunkten in webbasierten Kartendiensten mittels Georeferenzierung.

Während der erste Veranstaltungstag unter der Überschrift „Nutzen der Forschungsdatenzentren“ stand,



Lars Redert (HSL) im Gespräch mit Dr. Florian Köhler (Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen). Foto: HSL

trug der zweite Tag den Titel „Forschungsdatenzentren in der Praxis“. Hier wurden Ergebnisse beispielhafter Datennutzungen aus verschiedenen Bereichen in 4 Teilveranstaltungen vorgestellt und diskutiert. Die ersten beiden Teilveranstaltungen umfassten Beiträge aus den Bereichen „Arbeitsmarkt“ und „Sozialstatistik“. Dabei wurden Untersuchungen zu Arbeitszeitmustern, zum Handlungsbedarf für eine soziale Absicherung Soloselbstständiger oder zu Einflussfaktoren bei der Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter präsentiert. Darüber hinaus wurden Hintergründe für die Abbrüche von Fremdpflegeverhältnissen bei Kindern und Jugendlichen, zur Lebenserwartung und Pflege im Alter sowie Qualitätsindikatoren der OECD auf der Grundlage der DRG-Statistik<sup>1)</sup> vorgestellt. Die dritte Teilveranstaltung fasste Forschungsergebnisse zusammen, die auf der Grundlage amtlicher Firmendaten entstanden sind. Hierzu zählten Analysen zur Effizienz von Krankenhäusern sowie die Betrachtung von Exporteinbrüchen oder das lebenslange Lernen in Unternehmen. In der

1) Die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik wird verallgemeinert als DRG-Statistik bezeichnet. DRG steht dabei für Diagnosis Related Groups (dt: diagnosebezogene Fallgruppen). Die Statistik wird vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

vierten Teilveranstaltung stellten Wissenschaftler ihre Forschungsarbeiten zur Verbreitung von Tabakkonsum in Deutschland sowie zur permanenten Einkommenshypothese unter Liquiditätsbeschränkungen vor und gaben einen Überblick über Möglichkeiten zur räumlichen Auswertung amtlicher Statistikdaten. Nicht nur der zuletzt genannte Beitrag machte noch einmal deutlich, dass von vielen Forschungsprojekten auch die amtliche Statistik selbst profitieren kann.

### Gründung und Aufgaben der Forschungsdatenzentren

Die Veranstaltung in Berlin war eine „nachträgliche Geburtstagsfeier“, denn das FDZ des Statistischen Bundesamtes wurde bereits am 1. September 2001 eingerichtet und das FDZ der statistischen Landesämter folgte am 1. April 2002. Die Einrichtung beider FDZ vor über 10 Jahren geschah mit dem Ziel, der wissenschaftlichen Forschung einen vereinfachten Zugang zu amtlichen Mikrodaten zu ermöglichen.

Mit derzeit 455 verschiedenen Statistiken sind die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit Abstand die größten Datenproduzenten in Deutschland. Sei es die Zahl an Geborenen und Gestorbenen, die Zusam-

mensetzung der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden, die Entwicklung am Arbeitsmarkt, die Veränderung ökonomischer Zusammenhänge oder die Häufigkeit von Hochschulabschlüssen – Daten der Statistikämter informieren über alle relevanten sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in der Bundesrepublik. Die von den statistischen Ämtern veröffentlichten Tabellen basieren in der Regel auf erhobenen Einzeldaten, und für diese Einzeldaten interessiert sich vor allem die Wissenschaft. Zum einen bedarf es für eine tiefgehende Beurteilung gesellschaftlicher und ökonomischer Zusammenhänge oftmals des Blickes „hinter“ einen zusammengefassten (Tabellen-)Wert. Dies gilt z. B. für die Beantwortung von Fragestellungen, die sich mit bestimmten Teilgruppen aus Wirtschaft und Gesellschaft beschäftigen<sup>2)</sup>. Zum anderen sind Einzeldaten eine Voraussetzung für die Anwendbarkeit vieler statistischer Methoden und Verfahren.

Auch wenn das Bundesstatistikgesetz mit dem sogenannten „Wissenschaftsprivileg“ den Zugang der Wissenschaft zu faktisch anonymen Mikrodaten für Forschungszwecke seit 1987 möglich macht, war vor der Einrichtung der FDZ der Datenzugang für die Wissenschaft sehr begrenzt<sup>3)</sup>. Von der amtlichen Statistik wurden für Forschungsprojekte zwar anonymisierte Einzeldaten zur Verfügung gestellt, allerdings war die Datenbereitstellung teilweise mit hohen Kosten verbunden und konzentrierte sich auf wenige Statistiken<sup>4)</sup>. Zumeist waren dies Statistiken, die im Zusammenhang mit haushalts- oder personenbezogenen Erhebungen standen. Für Einzeldaten aus den Wirtschaftsstatistiken, bei denen sich insbesondere bei tiefer räumlicher oder sachlicher Gliederung die faktische Anonymität nur schwer sicherstellen lässt, bot sich ein Datenzugang nur in geringem Umfang. In einigen wenigen Fällen hatten Wissenschaftler die Möglichkeit, auf Grundlage gesonderter Vereinbarungen mit einem statistischen Landesamt Einzeldaten innerhalb der geschützten Räume der amtlichen Statistik zu nutzen. Die Auswertung blieb da-

2) Vgl. Zühlke, S.; Zwick, M.; Scharnhorst, S.; Wende, T., „Die Forschungszentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder“, Statistische Analysen und Studien NRW, Band 13, 2004, S. 3.

3) Vgl. Richter, Alexander, „10 Jahre Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 66. Jahrg., Heft 2/3 Februar/März 2011, S. 28 ff.

4) Ebd. S. 30.

5) Vgl. Wagner, J., „FiDASt Reloaded“. In: Rolf, G.; Zwick, M.; Wagner, G. (Hrsg.), „Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland – Festschrift für Johann Hahlen zum 65. Geburtstag und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag“, Baden-Baden, 2008, S. 370 f.

6) Vgl. Wissenschaftsrat (Hrsg.), „Stellungnahme zu den Wirtschaftsforschungsinstituten der Blauen Liste in den alten Bundesländern – Allgemeine Gesichtspunkte“, Berlin, 1998, S. 13 ff.

7) Für detaillierte Informationen zum Gutachten siehe: Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.), „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“, Baden-Baden, 2001.

8) Vgl. Richter, Alexander u. Weil, Stefan, „Metadaten – Eine Grundlage für die Auswertung amtlicher Statistiken durch die Wissenschaft“, Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 1/2005, S. 14 ff.

bei jedoch auf die Daten des jeweiligen Landesamtes beschränkt und war folglich nur für ein einzelnes Bundesland möglich<sup>5)</sup>.

Dies führte insbesondere bei den Wirtschaftswissenschaftlern dazu, dass die Forderungen nach Lösungen für die Beschränkungen immer lauter wurden. Viele Ökonomen sahen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der empirischen Wirtschaftsforschung in Deutschland gefährdet. Im Jahr 1998 setzte sich daher u. a. der Wissenschaftsrat in einer Stellungnahme mit diesem Problem auseinander<sup>6)</sup>. Daraufhin wurde im Jahr 1999 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung eine Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur (KVI) eingesetzt. Sie führte eine umfassende Bestandsaufnahme der Situation durch und legte Vorschläge für eine Verbesserung vor. Das Ergebnis war ein im Jahr 2001 vorgelegtes Gutachten, das auf die Notwendigkeiten von erleichterten Zugangswegen zu Einzeldaten der amtlichen Statistik hinwies und die Einrichtung von Forschungsdatenzentren bei den amtlichen Datenproduzenten forderte<sup>7)</sup>.

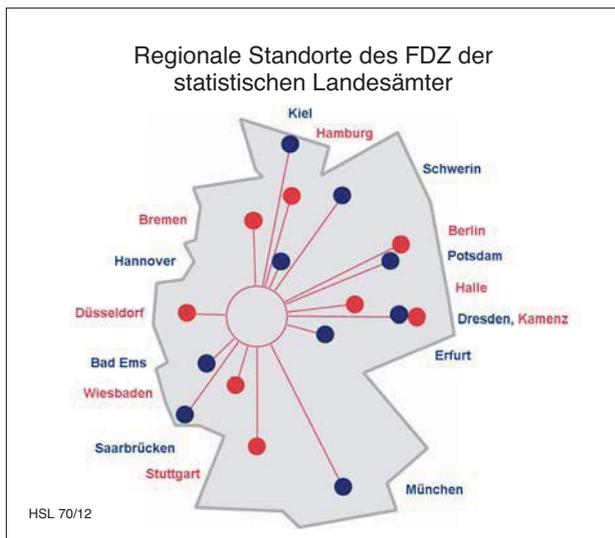
Die Tätigkeit der FDZ umfasst heute jedoch nicht allein die Aufbereitung und Bereitstellung von Mikrodaten für Forschungsprojekte. Um die Mikrodaten, die ausgewertet werden sollen, richtig interpretieren zu können, bedarf es Informationen, die eine korrekte Deutung von statistischen Daten ermöglichen, wie beispielsweise die Darstellung von Erhebungsmethoden oder Merkmalsdefinitionen<sup>8)</sup>. Eine Aufgabe der FDZ ist es daher ebenfalls, solche Zusatzinformationen – sogenannte Metadaten – für die wissenschaftlichen Nutzer zu erstellen und diesen zugänglich zu machen. Weitere Aufgaben sind die Wahrung der Datenschutzbestimmungen oder die Verbesserung des Analysepotenzials, beispielsweise durch Datenintegration.

### Funktion der Forschungsdatenzentren

Das FDZ des Statistischen Bundesamtes und das FDZ der statistischen Landesämter sind heute etablierte Schnittstellen zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft.

Die gemeinsame Festveranstaltung machte noch einmal die von Beginn an bestehende, enge Zusammenarbeit





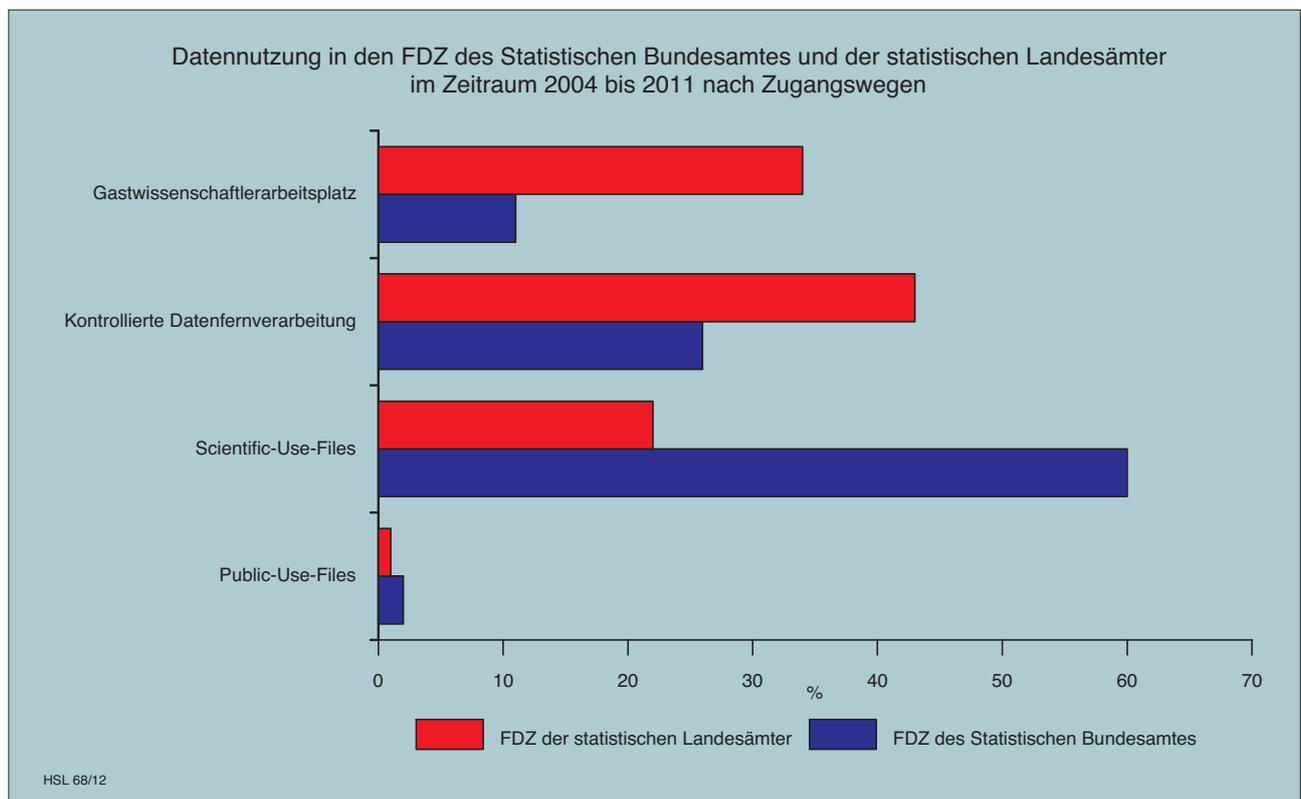
zwischen beiden FDZ deutlich. Den Zugang zu Mikrodaten der amtlichen Statistik ermöglichen beide. Es gelten dieselben rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen. Trotzdem haben beide FDZ unterschiedliche Aufgaben- und Arbeitsschwerpunkte, die aufeinander abgestimmt sind. Während sich das FDZ des Statistischen Bundesamtes mit der Aufbereitung und Bereitstellung zentral erhobener Statistiken beschäftigt, ist das FDZ der statistischen Landesämter u. a. für dezentral durchgeführte Statistiken zuständig.

Das Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter ist eine Arbeitsgemeinschaft der 14 statistischen Landesämter in Deutschland. Mit 18 Standorten bietet es eine bundesweite Präsenz. Insbesondere bei der Nut-

zung von Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen ergibt sich aus dieser regionalen Struktur ein großer Vorteil für die Wissenschaft.

Die unterschiedliche regionale Präsenz der beiden FDZ führt zu einer weiteren Besonderheit. Während beim FDZ des Statistischen Bundesamtes mit rund 60 % der Datennutzungen ein Schwerpunkt im Vertrieb von Scientific-Use-Files für die Off-Site-Nutzung liegt, dominiert dagegen beim FDZ der statistischen Landesämter die sogenannte On-Site-Nutzung. Hierbei werden die Daten in einem statistischen Amt ausgewertet. Beim FDZ der statistischen Landesämter finden 77 % der Datennutzungen entweder an einem Gastwissenschaftlerarbeitsplatz in einem der 18 Standorte oder per kontrollierter Datenfernverarbeitung statt.

Die beiden FDZ haben ihre Arbeitsschwerpunkte aufeinander abgestimmt, um dem enormen Datenbedarf der empirisch arbeitenden Wissenschaft gerecht zu werden. Damit aber auch der große Umfang an Statistiken im Zuständigkeitsbereich der statistischen Landesämter adäquat bearbeitet werden kann, wurden darüber hinaus beim FDZ der statistischen Landesämter die fachlichen Zuständigkeiten zwischen den regionalen Standorten aufgeteilt. Im Ergebnis ist ein regionaler Standort, stellvertretend für alle 16 Bundesländer, für einen oder mehrere Statistikbereiche fachlich zuständig. Das heißt, dass ein Standort die Mikrodaten bestimmter Statistiken, die für Forschungszwecke genutzt werden können, für alle 16 Bundesländer zentral vorhält, diese für Datennutzungen im gesamten Bundesgebiet aufbereitet und die Metadaten erstellt.



## FDZ-Standort Hessen

10 Jahre Forschungsdaten für die Wissenschaft bedeuten auch 10 Jahre FDZ-Standort Hessen. Der Standort im HSL ist seit seinem Bestehen für die Bereiche „Löhne und Gehälter“, „Erwerbstätigkeit“, „Betriebliche Weiterbildung“ sowie „Preise“ zuständig. Im Sommer 2007 wurde zusätzlich die fachliche Zuständigkeit für den komplexen Bereich der Unternehmensteuerstatistiken übernommen. Seitdem werden in Hessen auch die Statistik der Umsatzsteuervoranmeldungen und -veranlagungen, die Gewerbesteuerstatistik sowie die Körperschaftsteuerstatistik für wissenschaftliche Anfragen betreut.

Seit 2011 wird im Rahmen eines Pilotprojektes mit dem Hessischen Kultusministerium für eine derzeit begrenzte Anzahl an Forschungsprojekten auch der Zugang zu Daten der hessischen Schulstatistik<sup>9)</sup> am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz in Wiesbaden ermöglicht. Schuldaten sind „Ländersache“. Die Datenlage ist hier, anders als bei anderen amtlichen Statistiken, bundesweit uneinheitlich. So gibt es in vielen Bundesländern keine Einzeldaten in diesem Bereich. Mit dem Pilotprojekt versuchen das Hessische Kultusministerium und das HSL dem Bedarf der Wissenschaft nach schulstatistischen Einzeldaten nachzukommen.

Insbesondere die fachliche Zuständigkeit für die Unternehmensteuerstatistiken fügt sich gut in ein weiteres Projekt ein, mit dem der Standort Hessen zusammen mit dem FDZ des Statistischen Bundesamtes die bereits gute informationelle Infrastruktur im Rhein-Main-Gebiet ausbauen wird. Im Herbst sollen im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes des HSL und des Statistischen Bundesamtes Gastwissenschaftlerarbeitsplätze im House of Finance (HoF) an der Goethe-Universität Frankfurt eingerichtet werden. Das HoF ist eine einzigartige Forschungs- und Lehreinrichtung für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Zum Kuratorium des HoF gehören neben dem Bundesfinanzminister und dem Bundesbankpräsidenten auch der hessische Ministerpräsident sowie Vertreter internationaler Finanzinstitute.

## Fazit

Beide Forschungsdatenzentren blicken auf 10 Jahre erfolgreiche Arbeit zurück. Sie müssen jedoch zukünftig den immer schwieriger werdenden Ausgleich zwischen

den stetig wachsenden Anforderungen der Datennutzer auf der einen Seite und den bestehenden Geheimhaltungsbestimmungen sowie begrenzten Ressourcen auf der anderen Seite meistern.

Das HSL gestaltete die Entwicklung der informationellen Infrastruktur in Deutschland von Anfang an aktiv mit. So vertrat der frühere Präsident des HSL die statistischen Landesämter seit Gründung im Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten. Das HSL ist seit Bestehen der FDZ an einer Vielzahl von Arbeitsgruppen und Methodenprojekten, die mit der Forschungsdateninfrastruktur im Zusammenhang stehen, beteiligt. Insofern war es naheliegend, dass der Festakt zum zehnjährigen Bestehen der Forschungsdatenzentren in Berlin in der hessischen Landesvertretung stattfand.

### Was ist ...

#### ... der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten?

Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) hat die Aufgabe, die Dateninfrastruktur in Deutschland zu bewerten, weiterzuentwickeln sowie für Bund und Länder Empfehlungen zum Programm der wissenschaftsgetragenen Statistik und dessen Finanzierung zu erarbeiten. Dies geschieht mit dem Ziel, die Situation der empirisch arbeitenden Sozial- und Wirtschaftswissenschaften nachhaltig zu verbessern und zu ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit beizutragen. Nachdem im Jahr 2001 ein Gründungsausschuss für den RatSWD eingerichtet worden war, wurde der Rat im Jahr 2004 erstmalig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung berufen. Der RatSWD setzt sich sowohl aus Vertretern der Wissenschaft als auch der Datenproduzenten zusammen. (<http://www.ratswd.de>)

#### ... der Wissenschaftsrat?

Der Wissenschaftsrat (WR) wurde 1957 von Bund und Ländern eingerichtet, um einen Überblick über die wissenschaftliche Arbeit in Deutschland zu geben und die Bundesregierung bzw. die Landesregierungen bei der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung von Hochschulen, Wissenschaft und Forschung zu beraten. Der WR setzt sich aus Wissenschaftlern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Vertretern der Bundesregierung und der Landesregierungen zusammen (<http://www.wissenschaftsrat.de>).

<sup>9)</sup> Die hessische Schulstatistik umfasst neben Informationen zu Schulen auch Informationen zu Schülern, Lehrern und Unterricht in Hessen.

## BEVÖLKERUNG

### Bevölkerungszunahme in Hessen 2011 überwiegend durch hohe Zuwanderung aus Polen, Rumänien und Bulgarien

Am Jahresende 2011 lebten in Hessen gut 6 092 000 Einwohner, 25 100 oder 0,4 % mehr als zu Beginn des Jahres. Die Zunahme fiel erheblich stärker aus als 2010 (+ 5100), als nach 5 Jahren rückläufiger Entwicklung erstmals wieder ein leichtes Bevölkerungsplus zu verzeichnen war. Ein annähernd hoher Bevölkerungszuwachs wurde zuletzt 1999 mit rund 17 000 Personen registriert, ein höherer zuletzt im Jahr 1995 mit gut 29 000. Ausschlaggebend für den Bevölkerungszuwachs waren wieder höhere Wanderungsgewinne (+ 34 100) im Zuge stark gestiegener Zuwanderungen aus dem Ausland. Der Saldo aus Geborenen und Gestorbenen schlug mit einem im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegenen Geburtendefizit (- 9000) zu Buche.

#### Hohe Zuwanderung aus jüngeren, östlichen EU-Mitgliedsländern

Die Zuzüge stiegen gegenüber dem Vorjahr um 22 100 auf knapp 190 300 an. Gleichzeitig nahmen die Fortzüge um 1600 auf gut 156 200 zu. Daraus resultierte ein Wanderungsüberschuss von 34 000 Personen, das Zweieinhalbfache des Vorjahres (2010: gut 10 800). Ein ähnlich hohes Niveau wurde zuletzt 1995 erreicht.

Maßgeblich hierfür war der starke Anstieg der Zuzüge aus dem Ausland (+ 21 %), bei gleichzeitiger Abnahme der Fortzüge in das Ausland (- 6,1 %). Gut drei Viertel der Zu- und Fortzüge im Jahr 2011 betrafen Umzüge von bzw. in andere europäische Staaten. Per saldo kamen die meisten Personen aus Polen (+ 6200), Rumänien (+ 4000) und Bulgarien (+ 3400) sowie aus Spanien (+ 1700), Griechenland (+ 1400) und Italien (+ 1000). Beliebtestes Auswanderungsland der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit war 2011 wieder die Schweiz (- 700). Insgesamt erzielte Hessen 2011 gegenüber dem Ausland einen Wanderungsgewinn von 31 100 Personen, im Vergleich zu 10 800 im Vorjahr. Der Wanderungsgewinn aus den anderen Bundesländern nahm leicht um 300 auf rund 3000 Personen zu. Gegenüber den neuen Bundesländern ergab sich ein Plus von gut 2300 Personen (2010: + 2800); der Saldo mit den alten Bundesländern stieg von - 200 auf + 600. Größere Gewinne gab es gegenüber Nordrhein-Westfalen (+ 1600), Rheinland-Pfalz (+ 1200) und Thüringen (+ 1000). Wanderungsverluste ergaben sich aus den Wanderungsverflechtungen mit Berlin (- 1400), Bayern (- 800) und Hamburg (- 800).

Die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung schlug 2011 wieder mit einem Geburtendefizit (- 9000) zu Buche und schmälerte die Bevölkerungszunahme. Die Zahl der Geburten sank im Vergleich zum Vorjahr um rund 300 auf knapp 51 500. Gleichzeitig nahm die Zahl der Gestorbenen um gut 200 auf rund 60 400 zu.

Die seit Beginn der Siebzigerjahre zu verzeichnende negative Bilanz der Geborenen und Gestorbenen setzte sich damit wieder verstärkt fort.

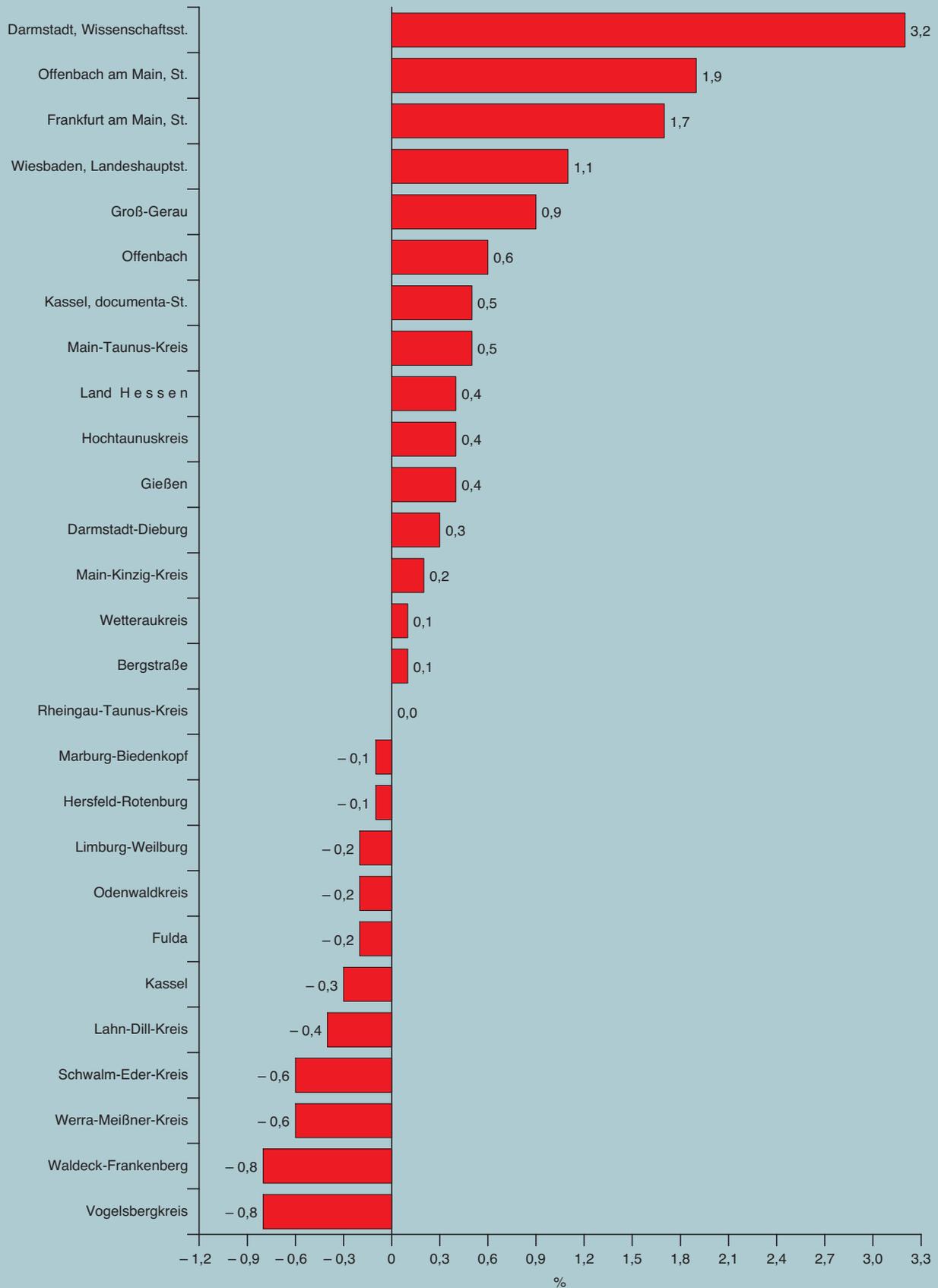
#### Bevölkerungswachstum fast ausschließlich im Großraum Rhein-Main

Regional stellte sich die die Bevölkerungsentwicklung wieder unterschiedlich dar. Bevölkerungszuwächse gab es fast ausschließlich im Großraum Rhein-Main, während sich der Rückgang in Mittel- und Nordhessen weiter fortsetzte. Im Regierungsbezirk Darmstadt nahm die Bevölkerung 2011 gegenüber dem Vorjahr um gut 30 000 (2010: + 12 600) oder 0,8 % auf 3 835 600 Einwohner zu, der Regierungsbezirk Gießen verzeichnete einen Rückgang von 1700 Personen (2010: - 3000) oder 0,2 % auf insgesamt 1 039 600 Einwohner, und im Regierungsbezirk Kassel nahm die Bevölkerung um 3300 Personen (2010: - 4500) oder 0,3 % auf 1 216 900 Einwohner ab.

Im **Regierungsbezirk Darmstadt** wurden die durchweg positiven Wanderungssalden (insgesamt 31 870) in 8 der 10 Landkreise durch ein Geburtendefizit verringert, und im Landkreis Groß-Gerau sowie im Main-Taunus-Kreis war die Bevölkerungsbilanz nahezu ausgeglichen. In den Landkreisen nahm die Bevölkerung zwischen 0,03 % (Rheingau-Taunus-Kreis) und 0,9 % (Groß-Gerau) zu. Nur der Odenwaldkreis verzeichnete eine geringfügige Abnahme von gut 0,2 %. Den größten Zuwachs verbuchten die 4 kreisfreien Städte. An der Spitze lag Darmstadt mit einer Bevölkerungszunahme von 3,2 %, gefolgt von Offenbach am Main und Frankfurt am Main mit 1,9 bzw. 1,7 % sowie Wiesbaden mit 1,1 %. Alle 4 kreisfreien Städte hatten sowohl Geburtenüberschüsse (insgesamt gut + 2300) als auch Wanderungsgewinne (insgesamt knapp + 19 400) aufzuweisen.

Für den **Regierungsbezirk Gießen** war im vergangenen Jahr eine positive Wanderungsbilanz (+ 800) sowie ein negatives natürliches Bevölkerungswachstum (- 2450) festzustellen. Sämtliche 5 Landkreise wiesen Geburtendefizite aus und im Lahn-Dill-Kreis und im Vogelsbergkreis gab es zudem Wanderungsverluste. Die Landkreise Gießen, Limburg-Weilburg und Marburg-Biedenkopf hatten Wanderungsgewinne. Im Ergebnis verbuchten der Landkreis Gießen einen leichten Bevölkerungszuwachs von 0,4 % und die übrigen Landkreise Bevölkerungsabnahmen zwischen 0,1 (Marburg-Biedenkopf) und 0,8 % (Vogelsbergkreis).

Bevölkerungszu- bzw. Abnahme (-) in Hessen 2011<sup>1)</sup>  
nach Verwaltungsbezirken in Rangfolge



Bevölkerungsentwicklung in Hessen 2011  
nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber 2010		davon		Bevölkerungs- stand am Jahresende
			Saldo der natürlichen Bevölkerungs- bewegung	Wanderungs- saldo <sup>1)</sup>	
	Anzahl	%	Anzahl		
Darmstadt, Wissenschaftsst.	4 650	3,2	85	4 565	149 052
Frankfurt am Main, St.	11 854	1,7	1 934	9 920	691 518
Offenbach am Main, St.	2 270	1,9	214	2 056	122 705
Wiesbaden, Landeshauptst.	2 943	1,1	109	2 834	278 919
Bergstraße	152	0,1	– 790	942	262 802
Darmstadt-Dieburg	833	0,3	– 258	1 091	290 032
Groß-Gerau	2 256	0,9	8	2 248	257 143
Hochtaunuskreis	907	0,4	– 369	1 276	228 332
Main-Kinzig-Kreis	866	0,2	– 973	1 839	408 100
Main-Taunus-Kreis	1 073	0,5	– 30	1 103	228 471
Odenwaldkreis	– 236	– 0,2	– 459	223	96 796
Offenbach	2 053	0,6	– 64	2 117	340 114
Rheingau-Taunus-Kreis	54	0,0	– 513	567	183 179
Wetteraukreis	414	0,1	– 674	1 088	298 429
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	30 089	0,8	– 1 780	31 869	3 835 592
Gießen	914	0,4	– 343	1 257	257 387
Lahn-Dill-Kreis	– 1 076	– 0,4	– 783	– 293	252 477
Limburg-Weilburg	– 357	– 0,2	– 448	91	170 357
Marburg-Biedenkopf	– 219	– 0,1	– 334	115	250 861
Vogelsbergkreis	– 913	– 0,8	– 539	– 374	108 538
Reg.-Bez. G i e ß e n	– 1 651	– 0,2	– 2 447	796	1 039 620
Kassel, documenta-St.	996	0,5	– 293	1 289	196 526
Fulda	– 538	– 0,2	– 428	– 110	216 717
Hersfeld-Rotenburg	– 152	– 0,1	– 447	295	122 081
Kassel	– 599	– 0,3	– 1 035	436	236 387
Schwalm-Eder-Kreis	– 1 099	– 0,6	– 1 013	– 86	181 523
Waldeck-Frankenberg	– 1 300	– 0,8	– 805	– 495	160 571
Werra-Meißner-Kreis	– 641	– 0,6	– 719	78	103 109
Reg.-Bez. K a s s e l	– 3 333	– 0,3	– 4 740	1 407	1 216 914
Land H e s s e n	25 105	0,4	– 8 967	34 072	6 092 126

1) Einschl. Korrekturen.

Der nordhessische **Regierungsbezirk Kassel** verzeichnete im vergangenen Jahr bei einem Wanderungsgewinn von rund 1400 Personen und einem Geburtendefizit von gut 4700 eine Bevölkerungsabnahme von 0,3 %. Alle 6 Landkreise sowie die kreisfreie Stadt Kassel wiesen Geburtendefizite aus. Einen positiven Wanderungssaldo hatte der Landkreis Kassel aufzuweisen, der vor allem aus Gewinnen mit der Stadt Kassel resultierte. Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg und der Werra-Meißner-Kreis

profitierten ebenfalls vom Wanderungsgeschehen. Insgesamt fiel die Bevölkerungsbilanz nur in der Stadt Kassel (+ 0,5 %) positiv aus; die Landkreise hatten Bevölkerungsrückgänge von 0,1 % (Hersfeld-Rotenburg) bis zu 0,8 % (Waldeck-Frankenberg).

Diana Schmidt-Wahl  
Tel.: 0611 3802-337  
E-Mail: dschmidtwahl@statistik-hessen.de

## Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2010	2011				2012	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Feb.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 067,0	6 092,1	6 067,0	6 066,5	6 066,2	6 093,0	6 092,1	6 093,4	6 093,8
N a t ü r l i c h e B e v ö l k e r u n g s b e w e g u n g:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 290	2 289	2 994	615	898	2 005	2 871	285	1 156
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,5	4,5	5,8	1,2	1,9	4,0	5,5	0,6	2,4
* Lebendgeborene	"	4 312	4 290	5 748	2 767	3 859	4 545	5 686	2 934	3 528
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,5	8,5	11,2	5,4	8,3	9,1	11,0	5,7	7,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 017	5 037	6 540	4 499	5 016	5 087	6 649	4 571	5 266
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	9,9	12,7	8,7	10,8	10,2	12,8	8,9	10,9
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	14	16	15	17	12	12	29	14	11
auf 1000 Lebendgeborene	"	3,2	3,7	2,6	6,1	3,1	2,6	5,1	4,8	3,1
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 705	- 747	- 792	- 1 732	- 1 157	- 542	- 963	- 1 637	- 1 738
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,4	- 1,5	- 1,5	- 3,4	- 2,5	- 1,1	- 1,9	- 3,2	- 3,6
W a n d e r u n g e n:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	14 014	15 855	10 762	14 042	12 324	16 504	12 145	15 734	13 497
* darunter aus dem Ausland	"	6 420	7 771	4 506	6 486	5 950	8 043	5 646	8 241	7 068
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 989	13 151	12 953	12 848	11 569	12 804	12 201	13 021	11 475
* darunter in das Ausland	"	5 613	5 313	6 859	5 595	5 143	5 499	5 408	5 609	5 242
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 025	2 705	- 2 191	1 194	755	3 700	- 56	2 713	2 022
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	17 098	17 623	14 783	17 908	15 645	18 745	16 167	18 275	15 752

Arbeitsmarkt <sup>3)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	197 932	182 518	182 273	181 258	186 109	181 250	176 865	175 172	182 465
und zwar										
Frauen	"	92 903	87 435	87 460	87 821	91 113	85 548	83 816	83 623	88 036
Männer	"	105 030	95 083	94 813	93 437	94 996	95 702	93 049	91 549	94 429
Ausländer	"	47 974	46 024	46 007	45 808	46 428	46 845	46 156	45 104	46 684
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	19 792	17 474	16 192	17 967	21 151	17 131	16 393	16 991	21 016
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	6,4	5,9	5,8	5,8	6,0	5,8	5,6	5,6	5,8
und zwar der										
Frauen	"	6,4	6,0	6,0	6,0	6,2	5,8	5,7	5,7	6,0
Männer	"	6,4	5,7	5,7	5,6	5,7	5,8	5,6	5,5	5,7
Ausländer	"	14,0	13,2	13,1	13,1	13,2	13,4	12,8	12,5	13,0
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	6,0	5,4	5,0	5,5	6,5	5,3	5,0	5,1	6,4
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	31 737	7 943	6 397	5 490	3 244	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) <sup>5)</sup>	"	30 821	38 053	37 869	38 919	40 260	36 639	36 482	36 504	36 688

Erwerbstätigkeit <sup>6)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010		2011		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7)8)</sup>	1000	2 165,8	2 185,9	2 197,6	2 183,1	2 227,3	2 217,2	2 233,4	2 283,7	2 272,5
und zwar										
Frauen	"	973,2	986,6	991,5	989,6	1 004,9	1 004,4	1 006,7	1 030,7	1 029,6
Ausländer	"	214,5	219,3	217,5	212,4	224,3	221,5	232,4	238,5	236,1
Teilzeitbeschäftigte <sup>9)</sup>	"	423,5	440,1	428,1	429,7	441,8	444,6	458,8	...	...
darunter Frauen <sup>9)</sup>	"	348,6	360,8	353,2	354,2	362,3	364,4	373,7	...	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>10)</sup>										
davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,5	7,7	7,7	6,9	7,8	6,8	7,9	8,2	7,2
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,4	2,6	2,3	2,6	2,7	2,4
Produzierendes Gewerbe	"	559,7	553,9	563,9	553,0	565,4	557,0	563,3	573,0	565,9
darunter Frauen	"	123,8	123,2	125,0	122,7	126,3	124,7	125,3	127,4	126,1
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	527,9	527,6	533,9	530,0	540,9	540,6	543,9	557,0	558,0
darunter Frauen	"	232,6	232,2	235,6	234,0	238,1	238,6	239,2	245,1	245,5
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	543,1	555,2	552,9	549,1	563,3	560,3	570,0	583,5	576,2
darunter Frauen	"	245,2	248,4	250,3	249,1	251,0	250,3	252,8	259,1	257,4
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	527,6	541,3	539,0	543,9	549,7	552,4	548,1	561,1	564,0
darunter Frauen	"	369,0	380,1	377,8	381,2	386,8	388,4	386,7	396,0	397,7

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. Erstellungsdatum: 03.05.2012.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 6) Statistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte. — 7) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 8) Erstellungsdatum: 28.06.2012. — 9) Wegen Umstellungen im Erhebungsverfahren wird dieses Merkmal bis voraussichtlich Mitte 2013 ausgesetzt. — 10) Abgrenzung nach WZ 2008.

## Hessischer Zahlenspiegel

Soziales										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>Leistungsbezug nach SGB II<sup>1)</sup></b>										
Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten										
Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	.	413 081	420 840	418 997	415 854	407 336	406 918	...	...
darunter Frauen	"	.	211 398	214 631	213 890	212 668	208 928	208 864	...	...
davon										
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	"	.	287 958	294 423	292 804	290 375	283 375	283 095	...	...
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	"	.	125 123	126 417	126 193	125 479	123 961	123 823	...	...
darunter unter 15 Jahren	"	.	117 982	119 274	119 020	118 293	116 892	116 779	...	...
Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>Schlachtungen<sup>2)</sup></b>										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 008	3 769	3 719	3 457	2 881	4 273	3 281	2 913	2 703
darunter										
Kälber <sup>3)</sup>	"	178	166	185	133	110	123	211	99	127
Jungrinder	"	55	99	86	77	59	181	125	232	77
Schweine	"	47 556	46 648	45 973	49 903	42 157	46 347	45 825	43 544	41 960
darunter hausgeschlachtet	"	2 128	1 667	1 604	1 046	650	2 250	1 361	835	647
<b>Schlachtmengen<sup>4)</sup></b>										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	5 810	5 926	5 998	6 188	5 959	5 980	5 739	5 491	5 218
darunter										
* Rinder insgesamt	"	1 115	1 130	1 118	1 074	923	1 267	973	893	868
* darunter										
Kälber <sup>3)</sup>	"	22	20	23	16	14	15	26	12	15
Jungrinder	"	7	14	12	10	9	27	17	36	11
* Schweine	"	4 315	4 290	4 151	4 645	3 934	4 245	4 277	4 098	3 937
* Geflügelfleisch <sup>5)</sup>	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* Erzeugte Konsumeier <sup>6)</sup>	1000 St.	14 415	14 789	14 979	14 986	14 722	18 078	16 543	16 227	16 171
Verarbeitendes Gewerbe <sup>7)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Betriebe	Anzahl	1 356	1 373	1 374	1 376	1 376	1 404	1 404	1 404	1 403
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	339,5	351,3	347,6	348,7	350,6	354,8	354,3	354,5	354,9
* Geleistete Arbeitsstunden	"	43 395	45 230	42 664	48 560	41 309	48 894	42 443	44 843	43 986
* Entgelte	Mill. Euro	1 273,1	1 360,7	1 474,8	1 427,2	1 377,4	1 401,4	1 506,0	1 518,0	1 473,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	7 811,3	8 793,9	8 180,5	9 455,7	8 579,8	9 735,9	8 193,7	8 836,4	9 016,2
* darunter Auslandsumsatz	"	3 930,5	4 526,0	4 147,8	4 990,2	4 391,8	5 090,7	4 285,8	4 649,2	4 727,5
Exportquote <sup>8)</sup>	%	50,3	51,5	50,7	52,8	51,2	52,3	52,3	52,6	52,4
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>9)</sup> insgesamt	2005 = 100 % <sup>10)</sup>	12,5	1,9	1,3	13,5	- 3,7	- 8,6	- 9,6	- 8,3	- 4,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	20,3	- 1,2	- 3,2	8,3	- 9,1	- 7,7	- 4,7	- 7,4	- 3,0
Investitionsgüterproduzenten	"	9,5	7,4	9,9	28,8	7,4	- 6,9	- 13,6	- 14,1	- 9,3
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 1,7	10,4	25,2	25,0	11,7	- 23,8	- 28,1	- 22,1	- 32,6
Verbrauchsgüterproduzenten	"	3,2	3,3	1,1	4,0	- 7,9	- 11,0	- 11,4	4,7	8,5
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>11)</sup>	15,5	- 4,0	- 0,4	8,7	- 14,1	- 13,8	- 11,5	- 9,9	- 0,7
Maschinenbau	"	30,1	10,4	14,4	30,4	10,9	- 1,6	- 19,9	- 12,9	- 3,8
Kraftwagen und -teile	"	16,2	1,5	- 5,5	20,3	- 12,6	- 13,1	- 5,5	- 15,5	1,3
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	29,2	11,9	11,1	23,3	- 2,4	- 14,1	- 6,1	- 13,4	1,8
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Betriebe <sup>11)</sup>	Anzahl	107	112	111	112	112	113	113	113	113
* Beschäftigte <sup>11)</sup>	"	15 944	16 143	16 061	16 084	16 101	16 365	16 360	16 363	16 333
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>11)12)</sup>	1000 h	2 004	2 042	1 860	2 227	1 827	2 192	1 859	2 002	1 964
* Entgelte <sup>11)</sup>	Mill. Euro	65,5	67,9	65,2	63,9	72,6	62,8	67,3	69,0	72,2
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung <sup>13)</sup>	Mill. kWh	2 205,3	1 244,6	830,0	901,7	774,6	1 017,9	1 040,2	940,2	706,8

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. — 2) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 3) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 4) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 5) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 6) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Krickiern. — 7) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 9) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 10) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 11) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 12) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 13) Mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

## Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk <sup>1)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011		2011				2012
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Beschäftigte <sup>2)</sup>	2009 = 100 <sup>3)</sup>	97,7	97,8	99,7	97,7	97,0	97,3	100,1	97,7	97,0
* Umsatz <sup>4)</sup>	2009 = 100 <sup>5)</sup>	100,0	105,2	105,2	115,6	87,5	106,4	108,2	118,2	88,3
Baugewerbe <sup>6)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>B a u h a u p t g e w e r b e <sup>7)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	47,6	48,1	49,5	49,6	50,0	48,2	48,7	48,9	49,3
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 427	4 682	4 938	5 651	4 939	5 162	5 027	5 479	5 459
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 867	2 001	2 100	2 405	2 121	2 322	2 312	2 532	2 541
* gewerblicher Bau	"	1 316	1 413	1 464	1 623	1 483	1 476	1 417	1 551	1 567
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 243	1 268	1 374	1 623	1 335	1 364	1 298	1 396	1 351
* Entgelte	Mill. Euro	105,6	114,2	124,3	119,8	111,9	109,4	123,4	123,3	122,5
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	450,9	491,3	482,3	531,4	509,6	488,9	497,3	519,2	583,0
darunter										
* Wohnungsbau	"	142,3	156,7	162,4	161,6	164,0	171,5	199,7	203,5	246,6
* gewerblicher Bau	"	145,8	175,7	163,5	181,6	170,4	188,0	164,5	172,5	182,9
* öffentlicher und Straßenbau	"	162,8	158,8	156,4	188,1	175,2	129,3	133,1	143,1	153,4
Index des Auftragseingangs <sup>8)</sup>	2005 = 100	94,7	117,7	118,0	126,6	156,0	130,5	139,5	119,9	171,7
darunter										
Wohnungsbau	"	91,5	138,8	149,1	180,3	133,7	136,2	274,8	143,7	239,0
gewerblicher Bau	"	97,4	148,0	109,0	141,2	233,7	149,5	118,6	139,8	211,1
öffentlicher und Straßenbau	"	93,6	89,3	116,5	101,2	103,5	114,7	118,9	98,6	124,1
<b>A u s b a u g e w e r b e <sup>9)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>10)</sup>	1000	19,6	20,6	.	.	20,4	20,9	.	.	21,1
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 817	6 159	.	.	6 141	6 169	.	.	6 142
* Entgelte	Mill. Euro	152,0	162,6	.	.	163,9	161,8	.	.	172
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	612,4	720,6	.	.	614,9	526,3	.	.	634,1
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	443	523	482	663	528	599	611	626	611
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	394	464	446	601	463	519	555	561	550
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	525	668	542	768	659	794	664	758	773
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	98	123	100	143	124	147	127	148	140
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	140 450	185 546	147 418	204 356	186 532	220 960	184 933	203 231	213 588
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	133	128	129	157	140	121	110	132	151
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 005	1 301	1 716	1 015	1 416	729	1 345	620	807
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	160	193	222	165	219	128	177	98	122
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	165 538	192 706	173 820	185 512	217 974	153 636	172 142	81 936	96 332
* Wohnungen insgesamt <sup>11)</sup>	Anzahl	1 018	1 330	1 056	1 524	1 197	1 631	1 285	1 581	1 376
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) <sup>11)</sup>	"	5 400	6 602	5 599	7 819	6 401	7 691	6 483	7 248	7 252
Großhandel <sup>12)13)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Index der Umsätze <sup>14)</sup> — real	2005 = 100	107,8	109,1	100,5	106,5	98,9	117,4	97,9	102,1	109,9
* Index der Umsätze <sup>14)</sup> — nominal	"	112,0	117,0	109,9	116,4	105,9	124,7	105,0	109,1	116,3
* Beschäftigte (Index)	"	94,7	96,3	95,7	95,6	95,7	96,9	97,1	97,1	97,3

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung (ab 1.1.2004); die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. — 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 3) Hier: 30.09.2009 = 100. — 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 13) Einschl. Handelsvermittlung. — 14) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse.

## Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe <sup>1)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>E i n z e l h a n d e l<sup>2)</sup></b>										
* Index der Umsätze <sup>3)</sup> — real	2005 =100	96,8	98,3	100,5	98,5	93,5	103,0	95,6	97,8	98,2
* Index der Umsätze <sup>3)</sup> — nominal	"	99,3	102,0	105,0	102,9	97,2	109,2	101,5	104,3	104,3
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>4)</sup>	"	92,0	93,9	99,4	94,6	91,6	100,7	94,6	97,4	97,3
Apotheken <sup>5)</sup>	"	103,9	105,7	103,3	108,9	102,5	114,9	104,2	109,4	107,7
Bekleidung	"	112,2	113,3	124,9	112,8	107,3	119,6	114,1	111,3	112,7
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>6)</sup>	"	103,9	108,1	105,7	100,8	93,7	121,2	105,0	99,3	105,6
Geräten d. Informations- u. Komm.technik <sup>6)</sup>	"	104,1	108,4	93,0	96,1	96,2	107,0	96,9	94,5	110,3
Versand- u. Internet-Eh.	"	87,5	92,2	89,3	93,6	81,0	99,1	89,2	87,1	83,6
* Beschäftigte (Index)	"	95,7	97,1	96,0	96,4	96,8	97,0	97,1	97,3	97,1
<b>K f z - H a n d e l<sup>7)</sup></b>										
* Index der Umsätze <sup>3)</sup> — real	2005 =100	89,7	98,4	99,4	112,8	97,2	115,8	104,0	103,1	105,1
* Index der Umsätze <sup>3)</sup> — nominal	"	93,9	104,5	105,1	119,4	103,1	124,3	111,6	110,3	112,5
* Beschäftigte (Index)	"	96,1	98,7	97,6	98,1	97,5	100,8	101,3	101,1	101,1
<b>G a s t g e w e r b e</b>										
* Index der Umsätze <sup>3)</sup> — real	2005 =100	87,1	89,1	85,5	96,2	89,5	89,5	87,4	92,5	92,2
* Index der Umsätze <sup>3)</sup> — nominal	"	95,5	99,1	94,2	106,8	99,2	100,8	98,4	104,7	104,8
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	103,1	107,9	97,1	122,2	105,8	109,0	105,4	114,8	118,2
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	89,0	93,1	92,4	97,2	94,9	95,4	94,8	100,0	98,0
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	102,4	103,4	98,0	108,6	101,1	106,0	100,8	105,3	104,0
Ausschank von Getränken	"	81,4	85,3	92,4	89,7	94,7	87,2	90,6	89,1	90,0
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	98,8	98,9	100,7	100,5	100,0	101,4	102,4	103,0
Außenhandel <sup>8)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt <sup>9)</sup>	Mill. Euro	4 299,0	4 615,8	4 412,8	4 848,0	4 497,7	5 080,4	4 395,3	4 703,4	4 735,2
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	111,2	127,5	106,6	112,9	123,3	133,0	132,1	136,6	130,3
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 052,2	4 398,7	4 136,1	4 553,7	4 191,9	4 750,9	4 089,3	4 381,9	4 417,6
davon										
* Rohstoffe	"	14,6	17,1	14,3	16,1	21,1	18,1	13,5	22,0	22,4
* Halbwaren	"	363,6	400,6	335,5	352,2	353,9	418,0	312,8	353,3	422,8
* Fertigwaren	"	3 674,0	3 981,0	3 786,3	4 185,4	3 816,9	4 314,8	3 763,0	4 006,6	3 972,4
davon										
* Vorerzeugnisse	"	613,5	663,2	679,2	741,2	633,0	732,3	666,7	671,0	655,6
* Enderzeugnisse	"	3 060,6	3 317,8	3 107,1	3 444,2	3 183,9	3 582,5	3 096,3	3 335,6	3 316,8
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	1 121,2	1 205,4	1 186,8	1 217,8	1 105,9	1 460,5	1 204,4	1 272,1	1 191,4
Maschinen	"	482,3	566,2	514,2	555,7	556,6	534,8	506,7	552,0	524,8
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	504,8	534,5	456,3	592,5	525,0	519,6	450,8	454,9	495,8
elektrotechnische Erzeugnisse	"	474,9	486,2	480,7	566,7	481,6	448,3	428,6	467,8	477,5
Eisen- und Metallwaren	"	284,9	319,0	299,2	344,0	307,6	308,4	290,1	308,1	306,6
davon nach										
* Europa	"	2 942,4	3 125,4	3 057,5	3 249,7	3 185,2	3 360,5	2 963,9	3 143,2	3 176,7
* darunter EU-Länder	"	2 544,5	2 673,7	2 594,2	2 771,9	2 774,5	2 846,9	2 497,0	2 644,4	2 668,4
* Afrika	"	86,0	91,7	78,4	91,6	83,4	128,5	96,2	76,9	70,6
* Amerika	"	562,9	611,7	551,1	551,5	541,6	749,8	606,4	648,4	654,5
* Asien	"	666,8	744,0	680,0	896,6	643,6	797,6	684,2	780,1	767,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	40,8	43,0	45,8	58,6	43,8	43,5	44,3	54,7	65,0
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt <sup>9)</sup>	"	5 691,2	6 321,8	5 777,0	6 272,9	6 331,8	6 594,9	5 920,7	6 305,7	6 554,8
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	218,5	250,5	249,2	222,3	247,7	241,6	225,6	249,2	205,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	5 182,5	5 808,0	5 129,9	5 632,3	5 662,7	5 933,1	5 325,6	5 664,0	5 952,6
davon										
* Rohstoffe	"	127,5	143,3	79,4	150,0	105,6	128,0	122,1	84,6	85,8
* Halbwaren	"	695,9	791,1	647,3	697,6	777,4	696,1	557,8	736,4	782,3
* Fertigwaren	"	4 359,1	4 873,6	4 403,2	4 784,7	4 779,7	5 109,0	4 645,6	4 842,9	5 084,5
davon										
* Vorerzeugnisse	"	500,0	629,5	536,7	645,2	687,8	595,7	570,4	589,0	705,5
* Enderzeugnisse	"	3 859,1	4 244,1	3 866,6	4 139,5	4 091,9	4 513,3	4 075,3	4 253,9	4 379,0

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 8) Vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausführergebnissen nicht vertretbar. — 9) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten.

## Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel <sup>1)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt <sup>2)</sup>										
davon aus										
* Europa	"	3 579,6	4 007,2	3 723,4	3 997,2	4 175,3	4 256,1	3 809,9	4 029,0	4 241,4
* darunter EU-Länder	"	3 115,2	3 437,8	3 330,2	3 466,9	3 582,1	3 704,6	3 353,1	3 502,2	3 620,9
* Afrika	Mill. Euro	144,8	189,5	157,5	172,3	173,0	154,1	110,0	112,2	121,5
* Amerika	"	616,9	648,2	628,4	656,2	613,5	696,1	600,4	718,3	689,7
* Asien	"	1 329,2	1 438,8	1 240,0	1 434,6	1 344,6	1 465,1	1 388,7	1 416,9	1 434,2
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	20,7	38,1	27,8	12,7	25,3	23,6	11,7	29,4	68,0
Tourismus <sup>3)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Gästeankünfte	1000	996	1 037	926	1 205	1 182	1 019	1 018	1 248	1 270
darunter										
* von Auslandsgästen	"	240	248	210	272	264	235	252	288	311
* Gästeübernachtungen	"	2 346	2 418	2 255	2 653	2 710	2 296	2 443	2 758	1 270
darunter										
* von Auslandsgästen	"	454	471	392	483	473	448	479	512	311
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>B i n n e n s c h i f f f a h r t</b>										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	957	829	827	802	800	898	748	852	922
davon										
* Gütereingang	"	763	650	636	641	606	699	609	700	724
* Güterversand	"	195	180	191	161	194	198	139	152	197
<b>S t r a ß e n v e r k e h r</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>4)</sup>	Anzahl	28 114	30 433	31 489	37 877	32 465	38 052	32 744	35 709	34 057
darunter										
* Personenkraftwagen <sup>5)</sup>	"	24 978	27 009	27 207	33 223	28 969	33 315	29 003	32 027	30 399
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 704	1 913	1 976	2 399	1 886	1 960	1 616	1 613	1 849
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	992	986	1 763	1 679	1 160	2 195	1 576	1 498	1 268
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	337	419	469	450	380	512	463	448	446
<b>S t r a ß e n v e r k e h r s u n f ä l l e</b>										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>6)</sup>	"	2 478	2 569	2 630	2 811	2 675	2 268	2 074	2 692	2 754
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 756	1 872	2 013	2 190	1 996	1 678	1 491	2 110	2 026
* getötete Personen	"	21	22	17	23	20	19	21	26	20
* verletzte Personen	"	2 323	2 478	2 662	2 794	2 677	2 205	2 020	2 822	2 591
<b>L i n i e n n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s u n t e r n e h m e n <sup>7)</sup></b>										
Fahrgäste <sup>8)</sup>	1000	129 049	136 380	.	.	394 952	413 215	.	.	404 056
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	89 977	91 904	.	.	266 998	284 342	.	.	271 537
Straßenbahnen	"	18 150	18 389	.	.	52 867	53 048	.	.	56 677
Omnibussen	"	21 624	26 510	.	.	76 389	77 342	.	.	77 273
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 552 262	2 648 899	.	.	7 663 617	7 941 733	.	.	7 790 705
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 335 007	2 401 498	.	.	6 950 321	7 190 589	.	.	7 067 513
Straßenbahnen	"	76 520	77 660	.	.	225 270	224 011	.	.	239 249
Omnibussen	"	140 736	169 742	.	.	488 026	527 133	.	.	483 943
<b>L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n <sup>7)</sup></b>										
Fahrgäste	1000	46	66	.	.	197	168	.	.	198
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	47 078	57 104	.	.	168 093	130 524	.	.	170 618

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Ingesamt-Positionen enthalten. — 3) Betriebe ab 9 Betten; einschl. Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012: Betriebe am 10 Betten; einschl. Campingplätzen (Touristik-Camping) ab 10 Stellplätzen. — 4) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 5) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmontat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 6) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel. — 7) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 8) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

## Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>B a n k e n<sup>1)</sup></b>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>2)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	171 431	171 086	.	.	517 332	509 229	.	.	506 733
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>2)</sup>	"	125 896	126 420	.	.	378 542	373 500	.	.	372 107
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	22 127	24 928	.	.	73 426	74 334	.	.	71 566
Kredite über 1 Jahr <sup>3)</sup>	"	103 769	101 491	.	.	305 116	299 166	.	.	300 541
Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>2)</sup> von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	175 460	187 443	.	.	570 378	565 762	.	.	558 677
<b>I n s o l v e n z e n</b>										
* Insolvenzen	Anzahl	1 000	946	1 010	1 118	904	854	754	805	864
davon										
* Unternehmen	"	145	140	138	176	110	143	123	134	143
* Verbraucher	"	630	591	651	705	598	514	463	468	506
* ehemals selbstständig Tätige	"	182	181	177	195	152	170	149	169	182
* sonstige natürliche Personen <sup>4)</sup> , Nachlässe	"	43	34	44	42	44	27	19	34	33
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	253 612	198 427	225 161	219 363	134 905	347 557	213 787	414 284	228 903
Gewerbeanzeigen <sup>5)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 648	6 495	5 791	6 826	6 031	6 822	5 774	6 151	5 832
* Gewerbeabmeldungen	"	5 689	5 607	4 510	5 591	4 844	6 466	5 099	5 342	5 092
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>V e r b r a u c h e r p r e i s e</b>										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	107,5	109,7	109,6	109,4	109,5	111,5	111,7	111,5	111,5
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	113,2	116,0	115,8	116,9	116,4	119,5	119,9	119,9	121,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	113,5	115,0	113,5	114,6	115,3	118,2	118,0	118,5	118,9
Bekleidung, Schuhe	"	96,4	96,9	97,3	97,2	95,0	100,0	100,2	100,2	98,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>6)</sup>	"	109,4	112,8	112,6	112,5	112,6	115,0	115,2	115,2	115,1
* Nettokaltmieten	"	106,3	107,6	107,5	107,6	107,6	108,6	108,9	109,1	109,2
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>7)</sup>	"	103,6	102,8	102,7	102,9	102,9	102,8	102,9	103,6	103,4
Gesundheitspflege	"	106,7	107,5	107,1	107,5	107,6	109,4	109,5	109,7	109,7
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	113,2	117,9	118,9	118,4	118,0	121,6	122,1	120,6	119,5
Nachrichtenübermittlung	"	88,0	85,6	86,0	85,9	85,8	84,8	84,8	84,6	84,6
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	99,6	99,9	99,4	97,8	99,2	99,9	100,1	99,9	99,9
Bildungswesen	"	107,9	107,5	108,0	107,8	107,5	105,3	105,3	105,2	105,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	109,1	111,0	108,8	109,0	110,0	112,2	112,3	112,8	113,9
<b>B a u p r e i s e</b>										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>8)</sup>	2005 = 100	113,3	115,9	.	115,7	.	.	.	118,1	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Steueraufkommen insgesamt <sup>9)</sup>	Mill. Euro	3 604,7	3 721,1	3 070,5	3 898,1	4 309,6	4 506,2	3 281,4	3 868,1	4 800,8
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 461,9	3 558,4	2 886,1	3 724,2	4 181,6	4 357,4	3 082,1	3 730,3	4 683,5
davon										
Lohnsteuer <sup>10)</sup>	"	1 434,2	1 491,7	1 517,3	1 708,7	1 450,2	1 502,9	1 602,3	1 662,1	1 499,3
veranlagte Einkommensteuer	"	193,4	179,4	- 55,1	- 16,3	626,6	622,6	15,6	11,4	679,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	132,9	147,2	271,3	399,8	193,2	135,6	135,4	104,5	544,1
Zinsabschlag <sup>10)</sup>	"	257,7	234,1	266,1	208,4	148,5	207,2	295,4	250,4	155,9
Körperschaftsteuer <sup>10)</sup>	"	91,1	108,8	- 472,1	23,0	435,8	659,8	- 215,5	35,0	425,5
Umsatzsteuer	"	1 232,4	1 256,9	1 247,7	1 235,1	1 198,6	1 071,6	1 107,6	1 496,5	1 220,1
Einfuhrumsatzsteuer	"	120,2	140,2	111,0	165,5	128,7	157,8	141,3	170,3	159,1

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

## Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Noch: Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup> noch: davon Bundessteuern Landessteuern darunter Erbschaftsteuer Grunderwerbsteuer sonstige Landessteuern Gewerbesteuerumlage	Mill. Euro									
		115,6	133,2	103,3	165,6	128,0	148,8	128,9	130,3	117,3
		34,9	33,6	26,5	63,5	34,6	29,1	23,4	29,5	28,3
		33,6	43,2	32,2	43,1	42,6	49,4	47,0	43,4	38,1
		47,1	56,4	44,6	58,9	50,9	70,3	58,5	57,4	51,0
		27,2	29,5	81,1	8,2	0,0	0,0	70,5	7,6	0,0

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2010	2011			2012		
		Durchschnitt <sup>2)</sup>		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände davon Grundsteuer A Grundsteuer B Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) Gemeindeanteil an der Einkommensteuer andere Steuern <sup>3)</sup>	Mill. Euro									
		1 313,2	1 827,5	2 443,3	1 290,5	1 792,0	1 848,8	2 378,8	1 226,1	2 212,2
		2,9	4,4	3,6	4,3	3,8	5,8	3,6	4,4	4,2
		127,9	188,3	169,7	172,9	190,7	218,7	170,9	183,0	189,8
		672,4	938,5	1 102,5	987,3	870,7	929,3	966,8	857,7	1 228,8
		437,6	589,1	985,4	106,7	621,3	583,4	1 044,9	158,7	681,9
		9,2	16,6	12,9	14,0	16,3	21,1	15,1	18,2	18,3

Verdienste <sup>4)</sup>										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Bruttomonatsverdienste <sup>5)</sup> der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer <sup>6)</sup> im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich und zwar * männlich * weiblich * Leistungsgruppe 1 <sup>7)</sup> * Leistungsgruppe 2 <sup>7)</sup> * Leistungsgruppe 3 <sup>7)</sup> * Leistungsgruppe 4 <sup>7)</sup> * Leistungsgruppe 5 <sup>7)</sup> * Produzierendes Gewerbe * Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden * Verarbeitendes Gewerbe * Energieversorgung * Wasserversorgung <sup>8)</sup> * Baugewerbe * Dienstleistungsbereich * Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz * Verkehr und Lagerei * Gastgewerbe * Information und Kommunikation * Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen * Grundstücks- und Wohnungswesen * Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen * Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen * Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung * Erziehung und Unterricht * Gesundheits- und Sozialwesen * Kunst, Unterhaltung und Erholung * Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro									
		4 344	4 161	3 614	3 617	3 638	3 651	3 702	3 697	3 720
		4 604	4 445	3 828	3 830	3 857	3 864	3 926	3 919	3 943
		3 746	3 513	3 120	3 122	3 132	3 163	3 188	3 188	3 210
		7 881	7 808	6 413	6 443	6 492	6 469	6 565	6 556	6 637
		5 051	4 847	4 203	4 215	4 253	4 268	4 304	4 319	4 336
		3 521	3 288	2 917	2 919	2 936	2 944	3 003	3 002	3 011
		2 745	2 603	2 343	2 365	2 352	2 356	2 420	2 419	2 428
		2 183	2 112	1 901	1 931	1 928	1 922	1 982	2 000	2 007
		4 266	4 020	3 480	3 491	3 503	3 497	3 597	3 584	3 584
		3 627	3 317	3 040	3 103	3 027	3 005	3 094	3 195	3 121
		4 413	4 159	3 568	3 567	3 598	3 601	3 686	3 666	3 673
		5 454	4 996	4 318	4 294	4 308	4 301	4 403	4 421	4 418
		3 964	3 518	3 195	3 180	3 170	3 215	3 227	3 252	3 265
		3 220	3 076	2 839	2 925	2 845	2 753	2 951	2 968	2 921
		4 383	4 233	3 681	3 681	3 705	3 728	3 755	3 754	3 790
		3 971	3 810	3 303	3 314	3 340	3 359	3 397	3 396	3 425
		4 080	3 908	3 501	3 495	3 485	3 410	3 526	3 555	3 591
		2 608	2 451	2 270	2 259	2 286	2 289	2 277	2 249	2 308
		5 518	5 383	4 585	4 631	4 652	4 660	4 695	4 715	4 711
		6 414	6 900	5 298	5 306	5 320	5 366	5 391	5 407	5 534
		4 818	4 719	4 069	4 097	4 081	4 129	4 172	4 092	4 090
		6 238	5 813	4 781	4 768	4 813	4 833	4 877	4 851	4 890
		2 758	2 677	2 398	2 400	2 433	2 437	2 473	2 504	2 535
		3 630	3 411	3 171	3 183	3 185	3 251	3 254	3 263	3 271
		4 271	4 145	3 940	3 943	3 943	4 038	4 041	4 048	4 063
		3 886	3 520	3 240	3 249	3 265	3 255	3 293	3 302	3 323
		5 813	4 688	4 889	4 739	5 406	4 916	4 623	3 988	4 263
		3 976	3 637	3 101	3 130	3 244	3 315	3 340	3 353	3 349

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.  
 1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

# Statistisches Jahrbuch Hessen in zwei Bänden



STATISTIK HESSEN

Benötigen Sie

- Strukturdaten über das Land Hessen aus den verschiedensten Fachstatistiken?
- optisch gut aufbereitete Daten in Form von Tabellen, Schaubildern und Texten?
- eine PC-gestützte Weiterverarbeitungsmöglichkeit der Daten?

Dann greifen Sie zum Statistischen Jahrbuch Hessen. Es besteht aus zwei Einzelbänden (s. u.), die zu unterschiedlichen Terminen zweijährlich erscheinen.

Jeder Band liefert umfangreiches Datenmaterial zum Thema, aufbereitet in optisch ansprechenden und übersichtlichen Tabellen. Das Datenmaterial wird durch zahlreiche Schaubilder, kurze textliche Zusammenfassungen sowie durch methodische Vorbemerkungen mit Begriffserklärungen erschlossen. In jedem Band befindet sich außerdem ein Kapitel mit Vergleichsdaten über die Länder der BRD.

**Jeder Band enthält eine CD-ROM** mit einer PDF-Datei des kompletten Inhaltes sowie zusätzlich sämtliche Tabellen im Excel-Format. Der Bezugspreis beinhaltet außerdem eine **Update-CD-ROM**, die im Folgejahr des Erscheinens geliefert wird.

## Band 1: Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Umwelt

Themenbereiche: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit, Unternehmen und Arbeitsstätten, Geld und Kredit, Preise, Verdienste, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungen, Tourismus, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Ergebnisse über die Länder der BRD.

## Band 2: Bevölkerung, Bildung, Soziales und öffentliche Finanzen

Themenbereiche: Gebiet und Fläche, Bevölkerung, Haushalte, Bevölkerungsbewegung, Religionen, Versorgung und Verbrauch, Wohnungswesen, Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Sozialleistungen, Die Finanzen der öffentlichen Haushalte, Personal des öffentlichen Dienstes, Steuern, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Die Bände sind auch als reine CD-ROM-Version lieferbar.

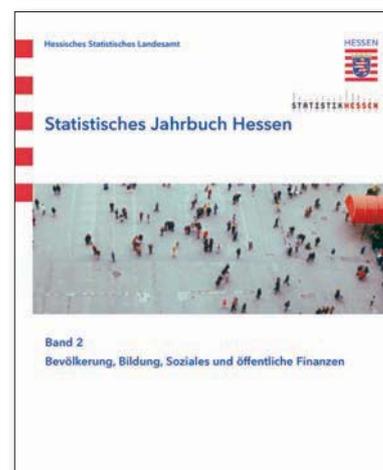
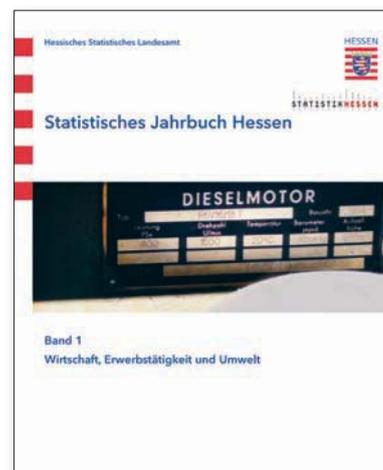
Die Bände können auch einzeln bezogen werden.

**Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.**

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: [vertrieb@statistik-hessen.de](mailto:vertrieb@statistik-hessen.de) · Internet: [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)



Jeder Band mit festem Einband  
Format: 27,3 x 21,5 cm  
Umfang:  
Band 1: 316 Seiten  
Band 2: 446 Seiten



W\_181

## Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft

Die jährlich herausgegebene „Hessische Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

### **Gebiet und Bevölkerung**

Fläche – Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung – Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung

### **Beschäftigung**

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung

### **Landwirtschaft**

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche – Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben – Rindvieh- und Schweinehaltung – Flächennutzung

### **Verarbeitendes Gewerbe**

Betriebe und Beschäftigte nach Hauptgruppen

### **Bauwirtschaft**

Bauhauptgewerbe – Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden

### **Verkehr**

Tourismus und Straßenverkehrsunfälle

### **Finanzen und Steuern**

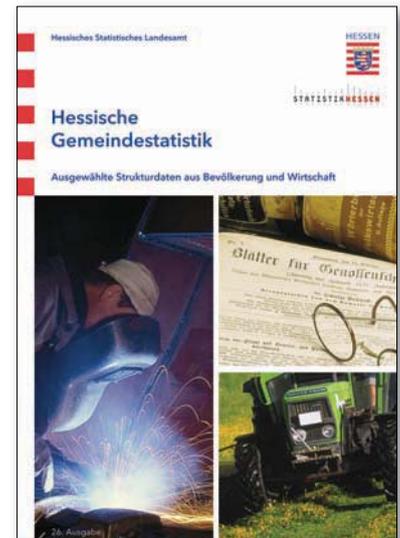
U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze – Finanzausgleich – Personalstand – Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Umsatzsteuerstatistik

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den Regionalverband FrankfurtRheinMain nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-950 · Fax: 0611 3802-992  
E-Mail: [vertrieb@statistik-hessen.de](mailto:vertrieb@statistik-hessen.de) · Internet: [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)

STATISTIK HESSEN



#### **Printversion:**

Format: DIN A 4, kartoniert

#### **Online:**

PDF-Format mit Excel-Anhang, kostenloser Download

**Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.**



# Hessen in der Europäischen Union



## Ein Vergleich mit den Mitgliedstaaten anhand der Strukturindikatoren der Lissabonner Strategie

STATISTIK HESSEN

Das Land Hessen ist in starkem Maße mit der europäischen Entwicklung verflochten. Schließlich liegt es in geografisch zentraler Lage der EU und stellt einen wichtigen Knotenpunkt im europäischen Wirtschaftsraum dar. Als bedeutende und wirtschaftsstarke Region gestaltet es Europa aktiv mit. Gleichzeitig ist Hessen aber auch vielfältigen Veränderungsprozessen in Europa unterworfen. Es stellt sich die Frage, wie es um das Bundesland beim Vergleich mit der EU steht.

- Hält der wirtschaftliche Vorsprung Hessens an?
- Wie entwickelt sich der Arbeitsmarkt?
- Sind die Anstrengungen im Umweltschutz ausreichend für ein nachhaltiges Wachstum?

Diesen und weiteren Fragen wird in der vorliegenden Publikation anhand von 32 Strukturindikatoren der sogenannten Lissabonner Strategie zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung der EU nachgegangen. Die Indikatoren sind nach folgenden Themenbereichen geordnet:

- Allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund
- Beschäftigung
- Innovation und Forschung
- Sozialer Zusammenhalt
- Umwelt

Jeder Indikator wird textlich erläutert und mit 1 bis 3 farbigen Grafiken illustriert, die die jeweilige Position von Deutschland und Hessen im Ranking der EU-Länder darstellen.

Dem Band ist eine CD-ROM beigelegt, die sowohl den kompletten Titel als PDF-Dokument enthält als auch zusätzlich Excel-Tabellen mit Zeitreihen zu den für Hessen verfügbaren Strukturindikatoren.



### Printversion:

Format: 19x19 cm,  
99 Seiten, kartoniert;  
mit CD-ROM

### Online:

PDF, Excel-Format

**Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.**

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992  
E-Mail: [vertrieb@statistik-hessen.de](mailto:vertrieb@statistik-hessen.de) · Internet: [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)



W\_165

## **Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China**

Von Dirk Schmidt und Sebastian Heilmann, 201 Seiten, kartoniert, 19,95 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2012.

Chinas rapider Aufstieg in Weltwirtschaft und Weltpolitik stellt das westliche Ausland vor grundlegende Herausforderungen: Inwieweit lässt sich das aufstrebende Land in internationale Regelwerke und Verantwortlichkeiten einbinden? Verinnerlichen außenpolitische Akteure in China wirklich die Spielregeln internationaler Kooperation oder passen sie sich nur vordergründig an, um zu warten, bis China diese Regeln zu seinen Gunsten verändern kann? Wird China zu einer strategischen Bedrohung oder zu einem berechenbaren und kooperationsbereiten Partner? In diesem Buch werden Chinas politische und wirtschaftliche Außenbeziehungen in deren Verknüpfung mit globalen wie auch innerchinesischen Veränderungen dargelegt. Der Band basiert auf in den vergangenen 20 Jahren entstandenen Forschungsarbeiten der Autoren, auf einer umfassenden Auswertung chinesischer Quellen und auf dem neuesten Stand der internationalen Chinaforschung. Aus dem Inhalt: Die chinesische Sicht der internationalen Beziehungen – Außenpolitische Entscheidungsfindung – Neuorientierungen in Chinas Außenpolitik – Grundzüge der Sicherheitspolitik – China in der Weltwirtschaft – China und die internationale Menschenrechtspolitik – Die Taiwan-Frage – Chinesisch-amerikanische Beziehungen – Chinas Beziehungen zu Europa und Deutschland. 7467

## **Kommunalverfassungsgesetze Hessen**

Hessische Gemeindeordnung (HGO); Hessische Landkreisordnung (HKO); Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG); Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main (MetropolG). Textausgabe mit Einführung. Von Jürgen Dieter, Christian Engelhardt, Stephan Gieseler und Jan Hilgardt, 3. geänderte Auflage, 196 Seiten, kartoniert, 9,80 Euro, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden 2012.

Das vorliegende Bändchen stellt eine praktische und informative Arbeitshilfe für kommunale Funktionsträger, Fraktionen, Verbände, Institutionen, Verwaltungsgerichte, Kommunalverwaltungen und interessierte Bürger dar. Die Textausgabe ist in besonderer Weise geeignet als Ausstattung der Gemeindevertreter, da die wichtigsten Gesetze für die Kommunalvertreter in einem Band zusammengefasst sind. Somit können sich diese einen schnellen Überblick über die im Kommunalverfassungsrecht relevanten Vorschriften verschaffen. Die Einführung skizziert die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung und die Zusammenhänge im Kommunalverfassungsrecht. 7485

## **Erschöpfte Familien**

Von Ronald Lutz (Hrsg.), unter Mitarbeit von Corinna Frey, 320 Seiten, kartoniert, 34,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2012.

„Erschöpfte Familien“ steht für eine Innensicht auf Armut und Prekarisierung, die der These folgt, dass sozial benachteiligte Familien zwar über Ressourcen und Bewältigungsmuster verfügen, aber in unterschiedlicher Weise fähig sind, ihr Leben zu gestalten und Kinder zu fördern, um Teilhabechancen zu ermöglichen. Erschöpfung meint, dass es nachvollziehbare

Gründe gibt, dies aufgrund von stetiger Überlastung nur noch eingeschränkt und mit Folgen für den Alltag leisten zu können. Dies heißt nicht, dass arme und benachteiligte Familien dazu prinzipiell nicht in der Lage wären, ihnen fehlt nur mitunter die Kraft. Mit diesem Begriff wird deutlicher als bisher, dass man der Entmutigung dieser Familien mit unterstützenden und fördernden Maßnahmen begegnen muss. Die These der erschöpften Familien ermöglicht es, jenseits einer individualisierenden Sichtweise auf Armut und Prekarität individuelles Verhalten in den Blick zu nehmen, um den Zusammenhang von sozialer Lage und Reaktionsmustern zu verstehen. 7462

## **Europäisierung des Öffentlichen Rechts**

Rahmenbedingungen und Schnittstellen zwischen dem Europarecht und dem nationalen (Verwaltungs-)Recht. Von Thorsten Siegel, XIX, 182 Seiten, kartoniert, Fadenheftung, 24,00 Euro, Mohr Siebeck, Tübingen 2012.

Das Europarecht und die nationale Rechtsordnung sind mittlerweile nahezu untrennbar miteinander verwoben. Der Autor des vorliegenden Bandes identifiziert und systematisiert die Schnittstellen zwischen beiden Rechtsordnungen und vermittelt sie in kompakter Form. Einleitend werden zunächst die für eine Europäisierung relevanten Strukturelemente des Europarechts behandelt. Nach einem Abschnitt zum Begriff der Europäisierung wird sodann das Verhältnis der Europäisierung zum Verfassungsrecht bewertet. Im Mittelpunkt stehen jedoch die für eine Europäisierung besonders relevanten Elemente auf den Gebieten des Allgemeinen Verwaltungsrechts, des Besonderen Verwaltungsrechts sowie des Verwaltungsprozessrechts. Dabei werden neben schon als „klassisch“ zu bezeichnenden Schnittstellen vor allem Themen aus jüngerer und jüngster Vergangenheit behandelt. Stets wird auf eine Verknüpfung der einzelnen Abschnitte untereinander geachtet, damit das Phänomen der Europäisierung in seiner Gesamtheit erfasst wird. Das Buch richtet sich insbesondere an Studierende in einem fortgeschrittenen Stadium. Darüber hinaus dient es als Einführung in besonders komplexe Rechtsgebiete, die trotz hoher Praxisrelevanz in der juristischen Ausbildung eine eher untergeordnete Rolle spielen. Schließlich sollen aktuelle Entwicklungstendenzen im Bereich der Europäisierung aufgezeigt werden. 7486

## **Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken**

### **Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG**

Kommentar. Von Dr. Torsten von Roetteken, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt am Main, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 40. Erg.-Lfg. vom August 2012, 2444 Seiten in 2 Ordnern) 125,00 Euro; Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg 2012. 6749

### **SGB HR: Soziale Gesetzgebung und Praxis, Sozialgesetzbuch, Haushalts- und Rechnungswesen**

Bearbeitet von B. Senkel und M. Lipphaus, 7. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 58. Erg.-Lfg. vom 1. März 2012) 82,50 Euro; Fachverlag C. W. Haarfeld, Essen 2012. 2473

### **Buchführung und Bilanzierung von A–Z**

Buchungsfälle und Bilanzierungstipps für Betriebe. Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Heft 5/2012 rd. 1202 Seiten, in Plastikordner); Erscheinungsfolge der Ergänzungslieferungen: jährlich 4 bis 6 Lieferungen; Rudolf-Haufe-Verlag, Freiburg 2012. 6135

## Unternehmenserfolg durch strategische Corporate Social Responsibility

*Eine empirische Analyse am Beispiel von IKEA. Reihe „Marketing“, Band 56, von Frank Huber, Frederik Meyer und Oguzhan Bulut, 140 Seiten, kartoniert, 43,00 Euro, JOSEF EUL VERLAG GmbH, Lohmar – Köln 2012.*

Zwischen Wirtschaft und Gesellschaft hat sich ein tiefer Graben aufgetan – das ist jedenfalls der Eindruck vieler Konsumenten. Dabei scheinen ökonomische Interessen und soziale Zielsetzungen auf den ersten Blick unvereinbar geworden zu sein. Bilanzierungsskandale, fragwürdige Herstellungs- und Beschäftigungsmethoden in Zulieferbetrieben oder gesundheitliche Schädigung von Verbrauchern verringern das Vertrauen in die Wirtschaft. Aus dem Ziel, einer weiteren Erosion der Beziehung zwischen Anbietern und Konsumenten entgegenzuwirken, resultiert die Notwendigkeit, dass Unternehmen durch ihr Handeln als überzeugtes Mitglied der Gesellschaft wahrgenommen werden. Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ist dementsprechend zunehmend in die öffentliche Diskussion gerückt und hat unternehmenspraktisch an Bedeutung gewonnen. Aber nicht alle CSR-Maßnahmen sind frei von Risiken, da Unternehmen, die ihre Spenden beispielsweise an die Absatzzahlen von bestimmten Produkten koppeln, unterstellt wird, soziale Zwecke für ihre eigenen Ziele zu missbrauchen. Darüber hinaus sind die CSR-Bemühungen häufig weniger erfolgreich, da sich Unternehmen zu einem Engagement bei anerkannten Projekten gezwungen sehen, die in den meisten Fällen nicht in Einklang mit der Firmenstrategie stehen. Ob CSR-Maßnahmen, die sich an der Wertschöpfungskette eines Unternehmens orientieren, Vorteile bringen, wurde bisher nicht empirisch überprüft. Die Ergebnisse der hier durchgeführten Studie geben interessante Einblicke in dieses Phänomen. Die Autoren verfolgen mit dem vorliegenden Buch die Absicht, die Wirkung von strategischer CSR offenzulegen und damit Determinanten und Konsequenzen einer erfolgreichen Kampagne zu identifizieren.

7479

## Medienwandel oder Medienkrise?

*Folgen für die Medienstrukturen und ihre Erforschung. Reihe Medienstrukturen, Band 1, herausgegeben von Otfried Jarren, Matthias Künzler und Manuel Puppis, 229 Seiten, kartoniert, 44,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012.*

Die Medienbranche wird gegenwärtig durch massive Veränderungen erschüttert: Digitalisierung, Konvergenz, „Neue Medien“ und Wirtschaftskrise werfen die Fragen auf, wie sich publizistische Medienangebote von gesellschaftlicher Relevanz noch finanzieren lassen und welche Folgen diese Veränderungen für den Journalismus haben. Zusätzlich wandelt sich auch die Medienpolitik: Neben einem Trend hin zu neuen Formen der Regulierung (Governance) gewinnt auch die europäische Ebene zunehmend an Bedeutung. Diesen Problemstellungen widmete sich der vorliegende Band, der die Ergebnisse des ersten Workshops des Netzwerks „Medienstrukturen“ präsentiert. Zielsetzung ist es, Veränderungen von Medienstrukturen sowie Gründe und Folgen dieser Veränderungen aus unterschiedlichen Perspektiven zu diskutieren und zu analysieren. Dabei stehen folgende Bereiche im Fokus: „Krise des Journalismus?“, „Folgen verschiedener Formen der Medienfinanzierung“ und „Medienregulierung – zunehmend europäisch?“.

7482

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM AUGUST 2012  
(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

### Statistische Berichte – kostenfreie Download-Dateien

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 30. September 2011 (Vorläufige Werte); (A VI 5 - vj 3/11); (K)<sup>1)</sup>

Baumobstanbauerhebung in Hessen 2012; (C I 8 - 5j/12); (K)<sup>1)</sup>

Viehbestanderhebung – Schweine – im Mai 2012; (C III 1-3 - j/12)<sup>1)</sup>

Schlachtungen in Hessen im 2. Vierteljahr 2012 (Vorläufiges Ergebnis); (C III 2 - vj 2/12); (K)<sup>1)</sup>

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im Mai 2012 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 05/12); (K)<sup>1)</sup>

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Juni 2012; (E I 3 - m 06/12); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Juni 2012; (E II 1 - m 06/12); (K)<sup>1)</sup>

Energieversorgung in Hessen im Mai 2012; (E IV 1, EIV 2 mit E IV 3 - m 05/12)<sup>1)</sup>

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Hessen; Fortschreibungsergebnisse; Stand: 31. Dezember 2011; (F I 1 - j/11); (G)<sup>1)</sup>

Baugenehmigungen in Hessen im Juli 2012; (F II 1 - m 07/12); (K)<sup>1)</sup>

Bauüberhang in Hessen am 31. Dezember 2011; (F II 3 - j/11); (K)<sup>1)</sup>

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Juni 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 06/12)<sup>1)</sup>

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Juni 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 06/12)<sup>1)</sup>

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juni 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 06/12)<sup>1)</sup>

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Juni 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 06/12)<sup>1)</sup>

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juni 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 06/12); (K)<sup>1)</sup>

Binnenschifffahrt in Hessen im Mai 2012; (H II 1 - m 05/12); (Häfen)<sup>1)</sup>

Die Sozialhilfe in Hessen im Jahr 2011 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik 2011; Teil I: Ausgaben und Einnahmen; (K I 1 mit K VI - j/11); (K)<sup>1)</sup>

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer 2011 in Hessen; (L IV 5 - j/11)<sup>1)</sup>

Verbraucherpreisindex in Hessen im Juli 2012; (M I 2 - m 07/12)<sup>1)</sup>

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Hessen im 4. Quartal 2011 und im Jahr 2011; (N I 1 - vj 4/11 und j/11)<sup>1)</sup>

Gefährliche Abfälle in Hessen 2010; (Q II 11 - j/10)<sup>1)</sup>

### Verzeichnisse

Verzeichnis der beruflichen Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) in Hessen (Ausgabe 2012); (Verz-8) 5,90 Euro  
E-Mail -Versand (Excel-Format) 2,00 Euro

Verzeichnis der Kindertagesstätten in Hessen 2012 (Ausgabe 2012); (Verz-11)  
E-Mail -Versand (Excel-Format) 67,00 Euro

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden